

(A) (Präsidentin Friebe)

Die Folgen der sexuellen Gewalt gegen die Frauen und Mädchen in den Todeslagern sind unmittelbare körperliche Verletzungen, erzwungene Schwangerschaft und psychische Verletzungen, deren Folgen unabsehbar sind. Das Leben der Frauen und Mädchen ist bedroht und ihre Würde zutiefst verletzt; ihre soziale Existenz geht verloren.

Angesichts dieser Verbrechen reicht es nicht, die serbischen Truppen nur anzuklagen. Vielmehr bedarf es der sofortigen Hilfe für die Opfer, Hilfen, die kurz- und langfristig eingesetzt werden. Der Beschluß des Landtags, einen Teil der Hilfsmittel für Bosnien für diese Gruppe von Frauen und Mädchen bereitzustellen, ist ein wichtiger Schritt. Es gilt nun, auch von Nordrhein-Westfalen aus die einheimischen Frauenorganisationen zu stärken, die diese Kriegsverbrechen aufdeckten und erste Hilfsangebote machten, um die verzweifelten Frauen in den Kriegsgebieten des ehemaligen Jugoslawien bei der Selbsthilfe zu unterstützen. Darüber hinaus ist jeder und jede aufgefordert, einen Beitrag zu leisten.

*Prof. Dr. Friedhelm Farthmann
Brigitte Speth für die Fraktion der SPD*

(B)

*Dr. Helmut Linssen
Regine van Dinther für die Fraktion der CDU*

*Dr. Achim Rohde
Ruth Witteler-Koch für die Fraktion der F.D.P.*

*Dr. Michael Vesper
Bärbel Höhn für die Fraktion DIE GRÜNEN*

(C)

Meine Damen und Herren, wir treten in die Beratung der heutigen Tagesordnung ein.

Ich rufe Punkt 1 auf:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1993 (Haushaltsgesetz 1993)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/4200

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 11/4626

Beschlußempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur 2. Lesung
Drucksachen 11/4700 bis 11/4716

Beschlußempfehlungen und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur 3. Lesung
Drucksache 11/4745

dritte Lesung

(D)

in Verbindung damit:

**Mittelfristige Finanzplanung des Landes
Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1992 bis 1996**

Unterrichtung
durch die Landesregierung zur Beratung
Drucksache 11/4201

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 11/4754

und

(A) (Präsidentin Friebe)

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1993 und zur Änderung anderer Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 11/4202

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur 2. Lesung
Drucksache 11/4717

Beschlußempfehlung und Bericht
des Haushalt- und Finanzausschusses
zur 3. Lesung
Drucksache 11/4746

dritte Lesung

(B) Darüber hinaus verweise ich auf den Änderungsantrag Drucksache 11/4839 der Fraktion der SPD. Im übrigen liegen zwei Entschließungsanträge der Fraktion der CDU vor: Drucksache 11/4799 - Stichwort: Tausend neue Lehrerstellen - und Drucksache 11/4819 - Personaldefizit bei der Polizei.

Die Abstimmung über die Entschließungsanträge erfolgt nach Verabschiedung des Haushalts.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Linssen für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte, Herr Kollege.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die dritte Lesung des Haushalts 1993 fällt in eine Zeit, in der unser rechtsstaatliches Wert- und Normengefüge aus allen Fugen zu geraten scheint, in der Gewalt und Verbrechen die Schlagzeilen beherrschen.

51 % der Bundesbürger glauben, daß sich unsere Gesellschaft zur Zeit in einer schweren Krise befin-

(C)

det, eventuell sogar auf eine Katastrophe zusteuert. Wir verzeichnen eine in der Gesellschaft wachsende Bereitschaft zur Gewalt, die für die steigende Zahl rechtsextremistischer Übergriffe auf ausländische Mitbürger und Gäste in unserem Land mitverantwortlich ist.

In Nordrhein-Westfalen gab es bis Ende November konkret 1 064 Übergriffe auf Ausländer und damit doppelt so viele wie im gesamten Jahr 1991. Die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten wird in diesem Jahr bundesweit die neue Höchstmarke von über 2 100 Gewalttaten erreichen - 50 % mehr als im Vorjahr.

Seit Anfang dieses Jahres wurden in Deutschland 17 Menschen - davon 8 Ausländer - von - wahrscheinlich! - Rechtsradikalen getötet. Der Anteil der Brand- und Sprengstoffanschläge macht mit mehr als 650 Fällen fast ein Drittel der Taten aus. Bei über 1 850 Taten lag eine nachweisbar fremdenfeindliche Zielsetzung vor. Die Gesamtzahl der gewaltbereiten und militanten Rechtsextremisten wird auf über 6 000 Personen geschätzt.

Vom Verfassungsschutz werden derzeit in Bund und Ländern 41 400 Rechtsextremisten in 77 Organisationen beobachtet. Ich glaube, wir begrüßen alle, daß seit gestern auch die Republikaner unter die Beobachtung des Verfassungsschutzes fallen.

(D)

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

In Nordrhein-Westfalen sind den Behörden rund 8 000 Mitglieder rechtsextremer Gruppen bekannt.

Meine Damen und Herren, die neue Gewalt von rechts ist vor allem Gewalt von Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden. Halbstarke ermorden Obdachlose. Kinder zünden Asylantenheime an. Es muß uns zu denken geben, daß die große Mehrzahl der Täter erst zwischen zwölf und zwanzig Jahre alt ist und 28 % aller Jugendlichen in Deutschland - so jedenfalls eine Umfrage - mehr oder minder ausländerfeindlich eingestellt sind. Jeder fünfte Jugendliche ist bereit, selbst Gewalt einzusetzen - so das Zitat -, "um durchs Leben zu kommen". Selbst an Schulen regiert vielerorts schon die Gewalt.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Auf Veranstaltungen, in öffentlichen Verkehrsmitteln gilt zunehmend das Faustrecht. Mißhandlungen sind an der Tagesordnung. Schüler verwüsten ihre Klassen, prügeln und rauben. In den Turnieren finden sich Totschläger, Würgekettler oder Wurfsterne. Verfeindete Cliques bekämpfen sich brutal bis aufs Messer. Ausländer gelten vielfach als jagdbares Wild.

Diffuser Frust und Lebensleere treiben bislang noch nicht straffällig gewordene Schüler den Rechtsextremisten zu, die mit einer kompletten rechten Antikultur, mit eigener Musik, eigenen Zeitschriften, eigener Mode locken und den vorher Vereinzelt eine neue Gruppenidentität vermitteln.

In Interview-Antworten von jungen Rechtsradikalen äußert sich die Sehnsucht nach "Kammeradschaft und Zusammengehörigkeit". Sie träumen davon, ideellen Werten den Vorrang vor materiellen Werten einzuräumen. Wörtlich heißt es - ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin -:

Wir wollen wieder zu einer Nation gehören, in der zu leben sich lohnt. Jeder ist bestrebt, sich Geld und damit dicke Autos, Designer-Klamotten oder teure Wohnungen zu beschaffen. Das kann nicht so weitergehen und nicht der Sinn des Lebens sein.

(B)

Ein 17jähriges Mädchen bedauert - ich zitiere -:

Es darf zum Beispiel nicht sein, daß sich Leute Kinder nicht mehr leisten können, wie es inzwischen bei uns der Fall ist.

Diese 17jährige meint auch:

Gewalt löst keine Probleme, aber Gewalt macht auf Probleme oftmals aufmerksam.

Waren die jugendlichen Gewalttäter früher vor allem Haupt- und Sonderschüler mit abgebrochener Lehre, sind an den Gewalttaten nunmehr zunehmend Jugendliche mit höherem Bildungsabschluß beteiligt. Zufällige Waffenfunde bei rechtsextremen Tätern haben gezeigt, daß diese Szene in der Lage ist, Verbrechen schwerwiegender Art durchzuführen. Es sind Listen entdeckt worden, wie sie in der linksterroristischen

(C)

Szene existiert haben - Listen mit Namen von anzugreifenden Personen.

"Im Potential sind die Rechtsextremen hochgefährlich, durchaus vergleichbar mit dem Linksterrorismus in der Struktur, aber noch nicht existent." - So Hans-Ludwig Zachert, der Präsident des Bundeskriminalamtes.

Meine Damen und Herren! Wer über Gewalt redet, darf das nicht nur auf den Terror von rechtsradikalen Jugendlichen einengen. Immer wieder warnen Verfassungsschützer davor, daß sich Rechts- und Linksterroristen gegenseitig hochschaukeln. Das hat mit einer Relativierung einer Gefahr von rechts, mit einem Aufrechnen von rechts gegen links - wie es in der Debatte der letzten Woche ja hier anklang - wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Es ist vielmehr schlicht beängstigende Realität und gehört zur Bedrohungsanalyse von heute.

Nach wie vor stellt der Linksextremismus ein gefährliches Gewaltpotential dar. Es gibt in Deutschland zur Zeit etwa 6 500 Mitglieder und Anhänger gewaltbereiter anarchistischer und vergleichbarer Gruppierungen. Das sind immerhin 50 % mehr als im Vorjahr. Auch bei ihnen nimmt die Gewaltbereitschaft zu.

(D)

Das Bundesamt für Verfassungsschutz schätzt die Stärke der militanten Autonomen, die sich die Beseitigung aller Herrschaftsstrukturen zum Ziel setzen und als "schwarzer Block" in Wackersdorf, in der Hamburger Hafenstraße oder jüngst bei der Berliner Demonstration gegen Fremdenhaß in Erscheinung getreten sind, auf bundesweit rund 4 000.

In der neuen Shell-Jugendstudie 1992 werden diese Linksextremen als - so wörtlich - "vielfach alleingelassene, problembeladene Menschen aus besseren Schichten" geschildert, die "sich selbst ein Problem" seien. "Ihr Leben erscheint ihnen häufig hoffnungslos. Sie werden von Gefühlen der Wertlosigkeit heimgesucht." So die Shell-Studie.

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Vielfach würden belastende Lebensereignisse wie die Scheidung der Eltern angegeben. Eines sei nicht zu übersehen - ich zitiere -, "daß die Befürwortung von Gewalt kein bloßer Wunsch nach Randalen ist, sondern fest verankert in Lebensbezügen erscheint."

Die Shell-Studie weiter: Mit der seelischen Gesundheit sei es bei vielen nicht zum besten bestellt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rechts- und Linksextremismus sind aber nur unvollständige Ausschnitte der Krise. Daneben haben längst Alltagskriminalität und das organisierte Verbrechen eine Dimension angenommen, die bei anhaltendem Anstieg ebenfalls die Grundfesten unserer Demokratie bedrohen könnte. So sieht sich unser demokratischer Rechtsstaat einer geradezu dramatischen Zunahme von Straftaten gegenüber. Allein im ersten Halbjahr 1992 wurden fast 3 Millionen Straftaten begangen. Bis zum Jahresende wird ein drastischer Anstieg der Kriminalität auf erstmals über 6 Millionen Straftaten zu verzeichnen sein. Das bedeutet eine Steigerung von rund 20 % gegenüber 1991 - eine Million mehr als im vergangenen Jahr. Zugleich sinkt die Aufklärungsquote.

(B) Sorgen bereiten vor allem die zunehmende Internationalisierung der Verbrechen, die organisierten Straftäter und die wachsende Gewaltbereitschaft. Bei den Gewalttaten erschreckt der immer schnellere Griff zur Schußwaffe.

Meine Damen und Herren! Die Strategie der Bagatelisierung von Strafdelikten, die wir auch hier in Nordrhein-Westfalen durch die SPD im letzten Jahrzehnt zu verzeichnen hatten, hat nicht nur entscheidend zu einem tatsächlichen Verlust von Recht und Ordnung, sondern auch zu einer Verletzung des Rechtsbewußtseins unserer Bürger geführt.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur Kriminelle, besonders auch Jugendliche erleben den demokratischen Staat als schwach und zum Teil handlungsgehemmt. Ein Staat, der das Recht nicht mehr durchsetzt, verliert das Vertrauen seiner Bürger und den Respekt junger Menschen, die in ihrer Umgebung aufmerksam die Grenzen des Tole-

(C)

rierbaren ausloten und ihr Verhalten gern an erkennbar werdenden Autoritätsdefiziten orientieren.

(Beifall bei der CDU)

Ich begrüße es, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß die Bonner Führung der SPD nach der Umkehr im Asylkurs mittlerweile eingesteht, auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit Nachholbedarf zu haben. Die SPD hat erkannt, daß angesichts der großen Bedeutung des Sicherheitsthemas für die Menschen die bisweilen geübte Diskreditierung der Law-and-order-Argumentation nicht mehr weiterhilft.

Wenn SPD-Chef Engholm in der Zeitschrift "Bunte" bekennt, er sei bereit, "mehr staatliche Härte walten zu lassen, als das anderen - auch in meiner Partei - lieb ist", dann sehe ich die SPD auch hier, auch wenn wieder einmal ein bißchen spät, auf dem Weg der Rückkehr zur Vernunft.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Schultz [SPD])

Es ist wohl wahr: Jede Demokratie lebt auch vom offenen Austrag ihrer Streitigkeiten. Aber unsere gegenwärtige politische Situation ist psychologisch aufgereizt, in der atmosphärischen Gemengelage zu kompliziert, als daß nicht jeder erkennen muß, daß wir für geraume Zeit ein gutes Stück mehr Konkordanz-Demokratie als normale Konflikt-Demokratie brauchen.

(D)

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frechen [SPD]: Da sind Sie spät auf dem richtigen Weg!)

Für den zivilen Umgang im Lande und insoweit auch für die innere Sicherheit unserer Gesellschaft wäre es ein Signal von herausragender Bedeutung, wenn in unserer Landespolitik endlich mehr von den Problemen und Lösungen als ständig von neuen Kommissionen und immer neuen Schönwetterparolen die Rede wäre.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Herr Ministerpräsident, erst wenn die Mitte zusammensteht, lassen sich auch die Ränder stabilisieren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Tschoeltsch [F.D.P.])

Nur ein Bündnis der Demokraten zur Unterstützung der - allein - überforderten Polizei kann den neuen Ausbruch von Verbrechen und Gewalt eindämmen. Es ist nicht länger hinnehmbar, daß beispielsweise Körperverletzungsdelikte, die für das Opfer keinen bleibenden Schaden zur Folge haben, von Richtern zunehmend als Bagatelldelikte behandelt werden.

(Abgeordneter Grevener [SPD]: Richter sind unabhängig!)

- Ja, Sie haben recht, Richter sind natürlich unabhängig. Trotzdem kann ich etwas dazu sagen.

Bei Körperverletzungen muß der Trend zu mildereren Strafen gestoppt, und die Staatsanwälte müssen vom Justizminister angewiesen werden, über Berufungsverfahren Höchststrafen gegen Gewalttäter durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

(B)

Die Entwertung der körperlichen Unversehrtheit trägt eine Mitschuld an der Eskalation der Gewalt - auch gegen Ausländer.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist auch die gesetzliche Möglichkeit eines Unterbindungsgewahrsams bis zu zwei Wochen für gewalttätige Demonstranten zu überlegen. Das ambulante Gewerbe der Gewalt darf nicht länger nach Feststellung der Personalien aus der vorläufigen Haft wieder entlassen werden.

(Richtig! von der CDU)

Die Praxis, daß die Justizbehörden nach Feststellung der Personalien in manchmal auch falsch verstandener Liberalität Straftäter oft wieder auf freien Fuß setzen und selbst bei Gewaltdelikten lediglich Geld- oder Bewährungsstrafen aussprechen, muß beendet werden. Es muß sich wirklich niemand wundern, daß es für den Einsatzwillen von Polizisten nicht gerade zuträg-

(C)

lich ist, wenn ihnen diese alten Kunden schon am nächsten Morgen wieder auf der Straße begegnen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn es richtig ist, daß Strafe unter anderem abschrecken soll, dann müssen eben auch empfindliche Strafen ausgesprochen werden. Insbesondere für Straftaten an Kindern, älteren Menschen und Behinderten sind Strafverschärfungen vorzusehen.

Wir brauchen den Mut zum starken Staat, den Mut gegebenenfalls auch zu drakonischer Härte, wie sie der sozialdemokratische Hamburger Bürgermeister Henning Voscherau gefordert hat.

Auch wenn Herrn Engholm das Bild metaphorisch etwas entglitten ist: Wir verstehen und unterstützen ihn, wenn er angesichts der Morde von Mölln ausdrückt - ich zitiere -:

Brutale innere und äußere Glatzköpfigkeit führt in den Knast, nirgendwohin sonst.

Vor seiner Ermordung durch die Mafia hat der italienische Richter Giovanni Falcone in seinem Buch über die Cosa Nostra etwas Bemerkenswertes gesagt, das ich Ihnen hier gern zitieren möchte. Er schrieb:

(D)

Ich glaube an den Staat und meine, daß gerade das fehlende Staatsbewußtsein, das Fehlen des Staates als verinnerlichter Wert die gegenwärtigen Verzerrungen in der sizilianischen Seele erzeugen: den Dualismus zwischen Gesellschaft und Staat, das Zurückgreifen auf die Gruppe - den Clan -, die Suche nach einem Alibi, das jedem erlaubt, in vollständiger Anomie zu leben und zu arbeiten ohne Bezug auf Normen des Gemeinschaftslebens. Die Mafia ist nichts anderes als der Ausdruck eines Bedürfnisses nach Ordnung, das heißt nach Staat.

Fehlendes Staatsbewußtsein, das Fehlen des Staates als verinnerlichter Wert, Dualismus zwischen Gesellschaft und Staat, das Zurückgreifen auf die Gruppe ohne Bezug auf Normen des Gemeinschaftslebens - auch bei den jungen Rechtsradikalen sind diese nichts anderes als der Ausdruck eines Bedürfnisses nach

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Ordnung, nach festen Sicherheiten, nach intakten zwischenmenschlichen Beziehungen, nach Elternersatz und ideeller Heimat. Hier äußert sich bei Jugendlichen ein großer Werteverlust, ein Verlust an festen Wertmaßstäben, an geistiger Orientierung, an Toleranz, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme.

Dies beklagt auch der Innenminister unseres Landes, wenn er feststellt, daß die Bindungsfähigkeit von Familie, Schule, Kirche und anderen gesellschaftlichen Gruppen immer mehr nachlasse. Wörtlich:

Ein Teil der Jugendlichen akzeptiert nicht mehr die Normen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Diese Erkenntnis ist zwar durchaus richtig und konsequent angedacht, jedoch muß man den Ursachen der Nichtakzeptanz unserer Normen nachgehen. Man muß fragen, wie es dazu gekommen ist, daß die Hemmschwelle zur Begehung von Straftaten gerade bei Jugendlichen so niedrig ist. Die allgemeine Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen hat doch wohl zum nicht geringen Teil ihre Ursachen, ihre Wurzeln im Gedankengut vieler Vertreter der sogenannten 68er Generation.

(B) (Beifall bei der CDU)

Sie hat sich damals gegen jede Art von Autorität, sowohl von staatlicher als auch von familiärer als auch von schulischer Seite, ausgesprochen. Diese Vertreter propagierten damals die Selbstverwirklichung des einzelnen als Lebenszweck und versuchten, sämtliche Werte und konservativen Tugenden des Bürgertums über Bord zu werfen. Diese 68er haben den Gang durch die Institutionen angetreten, nehmen heute unter anderem in den Schulen unseres Landes teilweise Schlüsselfunktionen ein und sind daher mit ursächlich für erzieherische Fehlleitungen vieler Kinder und Jugendlicher.

(Zustimmung bei der CDU)

Bezeichnend für die Geschichte der verfehlten Erziehungsziele aus dem Gedankengut vieler 68er steht der Rückblick unserer Kollegin Beate Scheffler, von Hause aus Lehrerin, die als Landtagsabgeordnete in der Halbzeitbilanz der GRÜNEN im Landtag von

(C)

NRW - wir haben diese bunte Broschüre ja alle bekommen -

(Abgeordneter Hombach [SPD]: Mit sehr viel Personalisierung!)

bekannt - ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren -:

Die Jugendlichen von heute sind unsere Kinder, unsere SchülerInnen, sie sind auch das "Produkt" unserer Erziehung.

Es war unsere Revolte, die viele Wertesysteme hat zusammenbrechen lassen. Waren wir es nicht, die gegen alle Normen angekämpft haben? Wir haben jede Autorität in Frage gestellt, wollten die Familien am liebsten auflösen. Haben wir als Erziehende unseren Kindern nicht zu selten die Chancen zur Auseinandersetzung mit uns gegeben? Wir ließen sie diskutieren, bestimmen und entscheiden. Wir setzten möglichst wenige Grenzen, sprachen ungern Verbote aus, mit denen sich die Kinder hätten auseinandersetzen müssen.

Sehr geehrte Frau Scheffler, die antiautoritäre Erziehung war keine "Erziehungsarbeit", sondern sie war in vielen Fällen eine systematische Zerstörungsarbeit an der Jugend.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die damals übliche offene Ermutigung zu Regelverletzungen - ich darf vielleicht noch die bekanntesten Sprüche zitieren: "Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt",

(Richtig! bei den GRÜNEN)

"Macht kaputt, was euch kaputtmacht",

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Genau!)

- Sie rufen "Genau!"; das ist sehr bezeichnend -,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Noch nichts begriffen! - Gegenrufe von den GRÜNEN)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

die Ermutigung zur Gewalt gegen Sachen - das ist nur ein Teil der Saat, die jetzt wieder einmal aufgeht.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere mich nur zu gut an den Frankfurter Philosophen Jürgen Habermas, einen der geistigen Väter dieses Denkens, der erst neulich seine damals vertretene Überzeugung wiederholt hat, man dürfe - wörtlich -

Staatstreue nicht mit Verfassungstreue verwechseln. Diese stützt sich auf Einsicht, jene auf Gehorsamsbereitschaft. Die konkreten Ordnungen des Staates dürfen nicht mit jenen Normen gleichgesetzt werden, in deren Licht sie sich legitimieren.

Bereits damals, meine Damen und Herren, in den heftigen Auseinandersetzungen um die richtige Friedenspolitik, bedeutete dies nichts anderes, als daß es in der Welt die Dummen gibt, für die Gesetze bindend sind, und Kluge, die über die Normen verfügen und von Fall zu Fall entscheiden, ob sie die Gesetze respektieren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Riemer [F.D.P.])

(B)

Für die Gesetze gibt es die Gerichte. Für die Normen gibt es nach dieser Vorstellung den angeblich herrschaftsfreien Diskurs, und der geht ihnen, den angeblichen Klugen, im Zweifelsfall vor. Das kann, meine Damen und Herren, in Diktaturen richtig sein. In einer Demokratie ist es nicht Rechtsens.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfehle uns allen hierzu Platons Dialog "Kriton" zur Lektüre, nämlich das Hohe Lied des Gesetzeshorsams.

In den ersten Demokratien der Geschichte, den griechischen Stadtstaaten, hat man schon bald über nichts intensiver nachgedacht als über Erziehung. Das ist unmittelbar einleuchtend, denn Demokratien sind für ihr Gedeihen auf das mehr oder weniger allgemeine Gelingen von Erziehung angewiesen. Tyranneien, Diktaturen kommen mit Drill aus. Ihnen reicht es, die Menschen mit Furcht und Schrecken zu führen. Da

(C)

dies aber der Natur des Menschen gerade nicht entspricht, halten Gewaltherrschaften selten lange.

Demokratie entspricht dagegen der Natur des Menschen. Das kann man sagen, obwohl die Zahl demokratischer Herrschaften in der Geschichte beängstigend klein ist. Aber Demokratie, meine Damen und Herren, bedarf zu ihrem Gelingen des auf seine Rechte und Pflichten hin erzogenen Menschen. Ohne ihn geht es nicht.

(Beifall bei der CDU)

Erziehung gegen Pflichtgefühl, gegen Familie, gegen Einordnung in die Gemeinschaft, getarnt als Kampf gegen Streß und Ausbeutung, unterhöhlt nicht nur die Autorität von Eltern, Lehrern und Vorgesetzten, sondern unterhöhlt vor allem das Vertrauen in die Bindungen, die schon Konfuzius als Grundlage jedes menschlichen Zusammenlebens beschrieb: Eltern - Kinder, Lehrer - Schüler und letztlich Bürger - Staat.

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter Dr. Linssen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Schumann?

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Nein, ich möchte gerne im Zusammenhang vortragen.)

(D)

- Bitte schön.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Reden Sie doch einmal über Auschwitz! Machen Sie das einmal plausibel!)

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Keine Demokratie kann sich in der Frage, wie man und wer die Kinder und Heranwachsenden erzieht, Gleichgültigkeit leisten. Je mehr der Staat sehr zu Recht darauf verzichtet, den Eltern bei der Erziehung auf die Finger zu sehen, um so entschiedener müssen seine Anstrengungen sein, im Kindergarten, in Schule und Universität auf erzieherische Elemente in den dort absolvierten Programmen zu achten.

Das Mißtrauen gegen den Staat in diesen Angelegenheiten ist nichts Falsches, begründet sich aber doch daher, daß der Mißtrauende weiß, was mit Erziehung

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Fürchterliches angerichtet werden kann. Dieses Wissen, meine Damen und Herren, von der Bedeutung der Erziehung trägt logischerweise in sich die Fähigkeit zur Einsicht, daß Erziehung keineswegs beliebig sein darf.

Sie, liebe Frau Scheffler, bedauern, daß es Ihnen nicht gelungen ist - so wörtlich - "ein Wertesystem" zu schaffen, das der "Individualisierung" und "Beliebigkeit" hätte Vorschub leisten können. Heute müssen Sie resignierend feststellen - ich darf aus der genannten Broschüre zitieren -:

Statt der mündigen, sozial und ökologisch engagierten, politisch hochmotivierten Jugend hat unsere Erziehung eine Spezies hervorgebracht, die zum überwiegenden Teil egozentrisch, konsumorientiert und im schlimmsten Falle sogar gewalttätig und fremdenfeindlich ist.

Tatsächlich ist der schlimmste Fall eingetreten.

Meine Damen und Herren, wir alle müssen bereit sein, aus diesem - ich möchte fast sagen - "schrecklichen Fehlschlag" zu lernen. Es ist richtig, den Staat zu kontrollieren, wo er das Erziehungswesen organisiert. Dies ist auch und vor allem eine Aufgabe der

(B) Opposition. Deshalb widmen wir uns in diesem Landtag mit soviel Engagement dem Bildungsthema, dem Schul- und dem Erziehungsthema.

(Beifall bei der CDU - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]): Erziehung zur Ordnung!)

Doch dazu bedarf es freilich des gemeinschaftsorientierten, pflichtbewußten, disziplinierten und urteilsfähigen Bürgers. Diesen wiederum bekommt man nur durch Erziehung.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Auch mit der Zwergschule hat das nicht geklappt!)

Auch im Bildungssystem unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen ist Erziehung in der jüngeren Geschichte stark vernachlässigt worden.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

Die Erlasse und Rahmenrichtlinien zu Fragen des Lebens in der Schule muten wie ein gigantisches Unternehmen an, das das Ziel hat, dort Erziehung gerade nicht stattfinden zu lassen. Ich möchte es mir ersparen, aus den in dritter Auflage heute noch gültigen nordrhein-westfälischen Richtlinien für den Politikunterricht aus dem Jahre 1973 zu zitieren, deren Spracharsenal dem Wörterbuch der gesellschaftskritischen Frankfurter Schule entnommen ist.

Dabei hat - es lohnt sich, ab und zu einmal in alten Dokumenten zu blättern - die CDU in diesem Landtag schon vor zwanzig Jahren im Zusammenhang mit der Diskussion um die Richtlinien für den Politikunterricht, die ich vorhin zitiert habe, davor gewarnt, daß die Grundlagen demokratischer Lebensformen durch einen einseitigen Erziehungsstil in Gefahr geraten könnten. Vor zwanzig Jahren hat die CDU-Landtagsfraktion deutlich zu verstehen gegeben, daß man unter pädagogischen Vorzeichen niemals vergessen dürfe, daß Gesetze auch für den verbindlich sind, der sie inhaltlich nicht billigt.

Wir haben damals darauf hingewiesen, daß es sicher eine demokratische Notwendigkeit sei, Kritikfähigkeit zu lernen, daß es aber genauso notwendig sei, die Gesetze zu respektieren.

(D)

Die CDU hat - das möchte ich ausdrücklich in Erinnerung rufen - damals in ihrem Antrag, der mit "Die freiheitlich-demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung als Auftrag der Erziehung in den Schulen" überschrieben war, auch Gewissensbildung als eine der wichtigsten, wenn auch für die Erzieher in den Schulen sicher in der Umsetzung schwierigsten Aufgaben, gefordert.

Es ist für mich bestürzend zu hören, daß der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Philologenverbandes vor vier Tagen feststellen mußte, daß selbst unter Lehrern keineswegs Einigkeit darüber herrsche, welche Erziehungsziele zu verfolgen seien. Und der Sprecher der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft gesteht ein, daß die Erziehung der Kinder zu Gerechtigkeit, Rücksicht und Anteilnahme offensichtlich häufig mißlinge.

Nun wäre es sicherlich falsch, meine Damen und Herren, den pauschalen Vorwurf zu erheben, die

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Schulen seien an dieser ganzen Entwicklung schuld. Wir alle - Politiker, Pädagogen, Eltern und elektronische Medien - können uns nicht aus der Verantwortung stehlen, daß es uns nicht gelungen ist, in einer modernen, ausdifferenzierten Gesellschaft den Kindern und Jugendlichen Maßstäbe und Muster zu vermitteln, die die Orientierung in einer komplexen, unübersichtlichen Wirklichkeit erleichtern.

(Beifall bei der CDU)

Wir alle - Politiker, Pädagogen, Eltern und auch Medien - müssen wieder unserer traditionellen Rolle als Vermittler von Normen und Werten gerecht werden. Auch die Medien tragen hohe Verantwortung. Längst gehören Gewalt, Mord und Totschlag zur Spannungskurve jeder Fernsehunterhaltung, und das durchaus schon am Nachmittag, wenn mehr Kinder und Jugendliche - oft allein und ohne die Möglichkeit der Verarbeitung im Gespräch mit den Eltern - vor dem Fernseher sitzen.

(Abgeordneter Greverer [SPD]: Besonders vor dem Privatfernsehen!)

(B) Die Medien haben Grund, sich zu fragen, welche Wirkung die hemmungslose Darstellung von Gewalt, aber auch die ausführliche Filmberichterstattung über die Gewaltausbrüche der letzten Monate auf junge Menschen hat.

Die CDU, meine Damen und Herren, war immer für die Pluralität der Medien. Ich hörte gerade das Stichwort: "Die privaten Medien sind daran vor allem schuld". - Ich sage hier ganz klar: Die Würde des Menschen geht der Freiheit der Medien vor!

(Beifall bei CDU und Beifall des Abgeordneten Wickel [F.D.P])

Vor allem der Familie kommt eine zentrale Erziehungsverantwortung zu, die sie nicht allein an die Schulen delegieren kann.

Das erste, was der Mensch vorfindet im Leben, und das letzte, wonach er die Hand ausstreckt, und das Kostbarste, was er besitzt im Leben, ist das Familienleben. Die Familie ist der Grundpfeiler der menschlichen Gesellschaft, um deren

(C)

Wohlstand sich alle großen und kleinen Fragen des irdischen Menschenlebens drehen. Das öffentliche Volksleben ist deshalb der getreue Spiegel des Familienlebens.

Zitatende! - Sie merken es an der etwas altertümlichen Sprache; es ist die Sprache von Adolph Kolping, der sicherlich ein weiser Mann war.

Tatsächlich kann die Familie für die Selbstfindung des jungen Menschen ein Optimum an Hilfe und Anregung leisten, gerade im Blick auf solche wesentlichen Faktoren wie Vertrauen, Geborgenheit, Zuneigung, aber auch gewissermaßen für die allgemeinen Verhaltensmuster, für die grundlegenden Orientierungen und Wertvorstellungen im Leben.

Wenn heute, meine Damen und Herren, oft darauf hingewiesen wird, daß die Familie unter bestimmten Voraussetzungen gar nicht in der Lage sei, ihre Aufgaben wirklich angemessen zu erfüllen, so spricht dies nicht gegen die Wichtigkeit der Familie, sondern eher für die Notwendigkeit, Familien besser in die Lage zu versetzen, ihre Chancen und Aufgaben auch angemessen wahrnehmen zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

(D) Dazu gehört auch die Bereitstellung von genügend Kindergartenplätzen hier in Nordrhein-Westfalen mit sozial gerechten und seriös berechneten Elternbeiträgen.

Familie ist in ihrer Bedeutung für Mensch und Gesellschaft nicht zu ersetzen. Sie garantiert den Zusammenhalt der Generationen. Zu Recht sind Ehe und Familie im Grundgesetz daher unter besonderen Schutz gestellt. Und wenn Sie diese Lebensform durch Gleichsetzung mit anderen Lebensformen noch so sehr relativieren, Frau Ministerin Ridder-Melchers: Der Familie muß aus den dargelegten Gründen die besondere Fürsorge des Staates gelten.

(Beifall bei der CDU)

Laut einer "Stern"-Umfrage nennen übrigens auch die Jugendlichen nach dem beruflichen Aufstieg als Lebensziel Nummer 2 den Wunsch nach Heirat und Familie. Auch in einer pluralisierten Gesellschaft hat

(A) (Dr. Linssen [CDU])

sich nichts daran geändert, daß sich junge Menschen Kinder wünschen, eine Familie wollen, sich nach Zuverlässigkeit und Geborgenheit sehnen.

Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit der Politik und der Menschen, die die Politik verkörpern, sind gerade deshalb für Jugendliche besonders wichtig. Gerade in schwierigen Zeiten suchen die Menschen nach Ordnung, wo sie zu sich selbst und zu anderen finden. Daher brauchen wir die Familie, ja, wir brauchen eine familiäre Gesellschaft, in der vertrauensvolle, lebendige Beziehungen zwischen Menschen und ein positives Verhältnis zum Gemeinwesen gedeihen können.

Wir brauchen aber auch Lehrer, die Zugang finden zu den Köpfen und Herzen unserer Kinder, und wir brauchen eine Schule, die durch eine werteorientierte Erziehung zum Staatsbürger unsere Jugendlichen auf die gemeinsamen gesellschaftlichen Ideale unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung verpflichtet.

(Beifall bei der CDU)

(B) Wenn es uns nicht gelingt, meine Damen und Herren, unsere Jugend gezielt im Sinne der von uns verinnerlichten Werte zu erziehen, wird dieser Staat auf Dauer nicht überleben können.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen eine Jugend, die sich für Ziele und Ideale der parlamentarischen Demokratie und des Rechtsstaates begeistert. Wir brauchen eine Jugend, die von Kindesbeinen an erfährt, daß die parlamentarische Demokratie die beste Staatsform für das Zusammenleben von Menschen ist, und wir brauchen eine Jugend, die nicht nur nach materiellen Werten strebt, sondern auch immaterielle Werte anstrebt.

Wir brauchen eine Jugend, für die Moral kein leerer Begriff ist und der vor allem unsere Gesetze sakrosankt sind. Es muß endlich damit aufgehört werden, gesetzeskonformes Verhalten mit Obrigkeitshörigkeit gleichzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Der demokratische Rechtsstaat ist keine Obrigkeit im absolutistischen Sinne; er ist die Vertretung und der Anwalt aller Bürger und verdient von allen Respekt und Achtung!

(Beifall bei der CDU)

Wir kommen letztlich nicht darum herum: Wenn wir Ausländern, sozial Schwachen, Behinderten, Kranken und Randgruppen in unserer Gesellschaft Schutz und Sicherheit geben wollen, müssen wir alte Tugenden wie Ehre, Pflichterfüllung, Achtung vor dem Gesetz und den Rechten anderer wiederbeleben und ihnen Geltung verschaffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir finden nur zu einem menschlichen Klima in Staat und Gesellschaft zurück, wenn es der geistigen Führung in unserem Lande gelingt, eine Erziehung zur Fähigkeit zur Streitkultur einerseits und zu Pflichtgefühl, Anstand und Ordnung andererseits durchzusetzen - letzteres übrigens Tugenden, die von Oskar Lafontaine vor zehn Jahren, damals auf Altkanzler Helmut Schmidt bezogen, zwar als "Sekundärtugenden" verhöhnt wurden, mit denen man, so wörtlich, "auch ein KZ betreiben" könne, Tugenden jedoch, ohne die in Wahrheit kein normaler junger Mensch glücklich werden kann.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Hierauf müssen vor allem unsere Schul- und Erziehungspolitik ausgerichtet sein. Wir müssen Bindungsfähigkeit zurückgewinnen. Ohne die Rückkehr zu alten demokratischen Tugenden, ohne die Rückbesinnung auf Werte, die im besten Sinne des Wortes als konservativ zu bezeichnen sind, wird unsere Gesellschaft letztendlich zu einer zufälligen Zweckgemeinschaft egoistischer Individuen verkommen, in der ein freiheitlich-demokratischer, friedliebender Rechtsstaat keine Lebensgrundlage mehr finden würde.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Im übrigen, meine Damen und Herren, stimme ich Wolfgang Schäuble zu, die nationale Identität nicht den Rechtsextremisten zu überlassen.

(Beifall bei der CDU)

Nach Ansicht von Professor Klaus Dörner braucht jede Nation für ihre Identität ein gewisses nationales Wir-Gefühl. Wir brauchen dieses Wir-Gefühl sogar hier in Nordrhein-Westfalen, und nicht umsonst propagiert die Landesregierung auch dieses Wir-Gefühl.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Und das mit Erfolg!)

- Ja, natürlich! Ich freue mich darüber. Wir alle sollten dieses Wir-Gefühl propagieren.

Aufgrund der NS-Vergangenheit, so Dörner weiter, habe sich aber keine Nation so sehr jedes nationale Wir-Gefühl verboten wie die heutige Erwachsenen-Generation Deutschlands.

Als Folge - so Dörner - seien viele Jugendliche geradezu gezwungen, ihren Protest gegen die Erwachsenen-Generation nationalistisch und rechtsextremistisch auszudrücken.

(B)

Meine Damen und Herren, würden alle national-kulturellen Identifikationsmuster über Bord geworfen, wäre bald das Ergebnis ein trocken-nüchternes Staatswesen, das keinen Wir-Zusammenhang mehr böte und auch kein Vertrauen in die Fähigkeit zu solidarischem Schutz mehr erwarten lassen würde. Damit würden aber die Grundlagen unseres Staatswesens erschüttert.

Nun rede ich keinem Nationalbegriff das Wort, der sich vornehmlich aus der Abstammung herleitet, sondern der sich aus den national-kulturellen Identifikationsmustern der Sprache, der Werteordnung, also vor allem unseres Grundgesetzes, der Musik, der Kunst, nicht zuletzt aber auch der Religion und unserer Geschichte ergibt. Die Staatsangehörigkeit entspricht diesem Nationalbegriff. Es geht nicht um gemeinsame Blutsbande, wohl aber um die Zuwendung und Zuordnung zu einem Gemeinwesen. Dieser Nationalbegriff ist für Einbürgerung offen; er hat nichts Abschließendes.

(C)

Die eigene Nation ist nicht besser als andere. Sie steht aber näher. Dies gilt in ähnlicher Weise wie im Privatleben für die eigene Familie. Aus diesem Grunde steht der Begriff der Nation nicht im Gegensatz oder gar im Widerspruch zu menschenrechtlichen Vorstellungen. Alle Menschen sind von gleichem Wert, sie stehen einander aber nicht gleich nahe. Aus unseren nationalen Identifikationsmustern erwachsen uns Deutschen natürlich auch Pflichten. Ich denke an das Wort des israelischen Botschafters in Bonn, Benjamin Navon, der gesagt hat - ich darf mit Erlaubnis der Präsidentin zitieren -:

Wenn man die Zugehörigkeit zu einem Volk hat, dann kommt man nicht nur in den Genuß der guten und schönen Dinge, wie zum Beispiel des kulturellen Erbes. Man kann nicht nur stolz sein auf Bach und Beethoven, Goethe und Schiller, sondern man hat auch die Soll-Seite der Bilanz. Und das sind Naziherrschaft und Völkermord. Das eine geht nicht ohne das andere.

(Beifall bei der CDU)

Aus unserer jüngeren Geschichte erwächst uns Deutschen eine besondere Verantwortung für den Schutz rassisch, religiös und politisch Verfolgter, aber auch eine besondere Verantwortung für ein ausländerfreundliches Klima in unserem Land. Ich denke, wenn Jugendliche ihr Selbstwertgefühl aus einer so verstandenen nationalen Identität schöpfen, dann ist das für jemanden, der im Leben noch keine andere positive Identität entwickelt hat, eine durchaus wertvolle Erfahrung.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Die Rückbesinnung auf den seiner Werte gewissen, starken Staat ist kein Plädoyer für ein anderes System und schon gar nicht ein Plädoyer für ein Heimweh nach einer Zeit, in der man sich gegenüber der anderen Seite im Kalten Krieg bewähren mußte.

Doch wenn der Druck von außen entfällt, wenn mit dem Zusammenbruch des Sozialismus der Glaube an Ideologien, an weltliche Heilsversprechungen seine Faszination eingebüßt hat, dann brauchen wir um so dringlicher eine Werteordnung, die den Frieden sichert, die soziale Gerechtigkeit voranbringt, die

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Schöpfung bewahrt und die Freiheit erhält. Dies gilt es umzusetzen im regionalen wie auch im globalen Rahmen und auch im Zuge der Vereinigung für unser eigenes Land.

"Frieden ist das Werk der Gerechtigkeit", so sagte schon Augustinus. Gerechtigkeit wird nicht nur für Opfer und Täter der Vergangenheit und Gegenwart erwartet, sondern auch für die Lebensbedingungen der Zukunft. Reichtum und wissenschaftlich-technischer Fortschritt der westlichen Industrieländer führen noch immer zu einem Wohlstand auf Kosten der Mehrheit der Weltbevölkerung, die zur Teilnahme an unseren Märkten kaum in der Lage ist.

Als wirklich familiäre Gesellschaft - ich möchte dieses Stichwort noch einmal aufnehmen - kommen wir um die Herstellung einer gerechten und menschenwürdigen Weltfriedensordnung, die allen Menschen eine gute Zukunft sichert, nicht herum. Dies liegt auch in unserem eigenen Interesse. Dies ist das "Rerum novarum" - um dieses Stichwort der Enzyklika zu verwenden -, das rerum novarum der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts. Es wird uns nicht gelingen, einen Graben um die Wohlstandsburg der Industrieländer zu ziehen.

(B) (Zustimmung bei der CDU)

Wir werden Europa nicht zu einer Festung ausbauen können gegen anbrandende Flüchtlingsströme. Die Heerscharen der Hoffnungslosen werden sich unweigerlich in Bewegung setzen, wenn wir bei der Umsetzung von Konzeptionen und Strukturen einer globalen Solidarität keinen Erfolg haben.

(Beifall bei der CDU)

Dies geschieht am wirkungsvollsten, indem wir unsere Märkte öffnen, Lösungen für die Verschuldungsprobleme dieser Länder finden und im Rahmen von bilateralen und multilateralen Entwicklungsprojekten technische Beratung und Vermittlung von Managementenerfahrung leisten. Wenn es technisch möglich ist, Bilder der Flutkatastrophe in Bangladesch live auf dem Fernsehschirm zu sehen, dann muß es uns doch auch gelingen, mit unserer Technik und unserem Wissen den Lebensstandard der Dritten Welt so anzu-

heben, daß Hunger und Elend bald der Vergangenheit angehören.

(Beifall bei der CDU)

Politik für die Zukunft bedeutet heute, daß Verantwortung für die Heimat immer auch zugleich Verantwortung für den sozialen Frieden in der Welt ist. Der soziale Frieden ist nicht teilbar. Hierfür werden wir einen zunehmenden Anteil unseres Bruttosozialproduktes abgeben müssen. Ich halte dies für die schwierigste Aufgabe, die wir in den nächsten Jahren überhaupt vor uns haben. Dazu brauchen wir die Hilfe anderer Institutionen; wir brauchen die Hilfe der Kirche, denn die Politik kann es nicht alleine, nämlich Verständnis bei der Bevölkerung für diese Forderung zu bekommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es gibt keinen Königsweg, so weiterzumachen wie bisher. Die Globalität der Probleme fordert die internationale Zusammenarbeit aller Staaten bei der Leistung humanitärer Hilfe, bei der Sicherung des Friedens und bei der Bewahrung der Menschenrechte - UNO-Einsätze mit uneingeschränkter deutscher Beteiligung eingeschlossen. Sicherheit bedeutet nach dem Ende des Kalten Krieges mehr als militärische Absicherung der Grenzen.

Die neuen Dimensionen von Sicherheit umfassen auch die wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen der Völker.

Auch hier in Nordrhein-Westfalen brauchen wir Zukunftsentwürfe, die über die reine Mangelverwaltung hinausgehen müssen. Bei knapper werdenden Mitteln muß umgebaut werden. Herr Ministerpräsident, dieser Haushalt wird dieser Forderung an entscheidenden Stellen nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Wer Zukunftsentwürfe nicht leistet, der treibt die Menschen nur in die Arme neuer Fundamentalismen. Die Bedrohung durch den jungen Rechtsradikalismus zeigt: Wenn der alte Mißerfolg von Utopien erst einmal vergessen ist und eine sorgenvolle Gegenwart

(C)

(D)

(A) (Dr. Linssen [CDU])

allzu lange als ungerecht empfunden wird, dann drohen wiederum Träume von totalitären, ideologisch geprägten Gesellschaften. Die demokratischen Gesellschaften müssen in der Lage sein, dem Erfahrungsverlust entgegenzuarbeiten und eigene visionäre Kraft zu entfalten.

Wir sollten - bei aller Konkordanz-Demokratie in grundsätzlichen Fragen unserer Gesellschaft - weiterhin auch hier im Plenum Spannungen nicht ausweichen, sondern sie aushalten und fruchtbar machen. Der demokratische Kampf der Parteien um die Macht ist - und da denke ich vor allem an den unverantwortlich hohen Schuldenberg dieser Landesregierung, der noch unsere Enkel und Urenkel belasten wird - eine ständige Versuchung, auf Kosten der Zukunft zu leben, um die Gegenwart zu erleichtern. - Herr Minister Schleußer, ich hörte gerade aus Ihrer Richtung ein leicht abfälliges Hüsteln. Dieser Schuldenberg, auf dem wir sitzen, ist hausgemacht. Er hat mit deutscher Einheit nichts zu tun.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Unterschied zu den Verhältnissen, die wir z. Zt. in Bonn haben. Da sind die Schulden allerdings ebenfalls horrend.

(B) (Zuruf des Ministers Schleußer)

Es gilt also, einen Konsens des Verzichts, eine Ethik der Bescheidenheit im Parteien- und Verbändestaat zu entwickeln.

Meine Damen und Herren, die freiheitliche Ordnung zeichnet sich dadurch aus, daß vieles nicht durch den Staat, sondern durch die Bürgergesellschaft vorangebracht wird. Sie leidet nicht unter ihren temperamentvollen Auseinandersetzungen, sondern allenfalls daran, daß notwendige Entscheidungen nicht oder zu spät fallen und sich zu viele an herrschende Verhältnisse anpassen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Klose)

Gerade jetzt in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist es für uns alle, zumal für die junge Generation, von allergrößtem Wert, sich einzumischen. Deshalb sind ja auch diese Riesendemon-

strationen mit Hunderttausenden so sehr zu begrüßen, und es ist zu begrüßen, daß sich Menschen nicht nur in Hamburg, München oder Frankfurt mit Protestveranstaltungen einmischen, sondern auch in Nordrhein-Westfalen praktisch in jeder Stadt und in jedem Dorf Demonstrationen stattfinden.

Bei der Bekämpfung des rechten Terrors sind nicht nur Gesetz und Ordnung, Erziehung in Elternhaus und Schule gefordert. Gefordert sind wir alle in erster Linie als Staatsbürger. Fahren wir denjenigen über den Mund, die glauben, im kleinen Gespräch in der Straßenbahn oder an der Theke Beifall für ausländerfeindliche Sprüche erheischen zu können.

(Beifall bei der CDU und der F.D.P.)

Stellen wir uns öffentlich an die Seite der Bedrängten und damit die Bedränger ins Abseits. Wehrhafte Demokraten lassen Wehrlose nicht allein. Zivilcourage tut jedem politischen System bitter not. Freiheit und Rechtsstaat leben von ihr. Zivilcourage muß in Deutschland Platz greifen; denn Deutschland, das sind wir selber, Nordrhein-Westfalen, das sind wir selber, wir alle.

"Die Würde des Menschen ... zu achten und zu schützen", so wie es im Grundgesetz steht - gemeinsam müssen wir alles tun, diese Verpflichtung uneingeschränkt und gewissenhaft zu erfüllen. - Herzlichen Dank!

(Anhaltender Beifall bei der CDU - Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Prof. Dr. Farthmann.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zu Recht hat Herr Linssen darauf hingewiesen, daß wir am Ende eines Jahres stehen, das tiefe und unerwartete Verunsicherungen und Erschütterungen für das politische Leben in Deutschland gebracht hat. Kennzeichen dieser Entwicklung waren vor allem ein deutlich schwindendes Vertrauen und eine schwindende Zustimmung der

(C)

(D)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Bevölkerung zu der sogenannten politischen Klasse über alle parteipolitischen Grenzen hinweg und zum anderen ein Ausbrechen rechtsextremistischer und ausländerfeindlicher Aktivitäten und Gewalttaten, wie wir sie alle nach 40 Jahren Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland nicht mehr für möglich gehalten hätten.

Auch wenn ich mich nicht der Schönfärberei schuldig machen möchte, glaube ich doch, gewisse Anzeichen dafür erkennen zu können, daß wir den schwierigsten Abschnitt dieser Entwicklung vielleicht schon durchschritten haben. Dafür sprechen folgende Umstände.

Nach einer anfänglichen Phase der Lähmung und Unsicherheit hat der Rechtsstaat durch hartes und konsequentes Eingreifen den rechtsextremistischen Straftäter in die Schranken gewiesen. Das Ausmaß der Gewalttaten und der Brandschätzungen hat in der Bevölkerung durch einen heilsamen Schock Besinnung und Nachdenklichkeit ausgelöst. Die wichtigen Parteien in der Bundesrepublik haben sich in der Frage der Asylpolitik aus ihrer Selbstblockade befreit, haben sich aufeinander zubewegt und dem Bürger die Gewißheit der Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates zurückgegeben.

(B) Schließlich, meine Damen und Herren, hat sich das demokratische Deutschland in seiner ganz überwältigenden Mehrheit durch zahlreiche machtvolle Demonstrationen zur Mitmenschlichkeit und Toleranz und gegen Ausländerhaß und Nationalismus bekannt.

(Beifall bei der SPD)

Das alles sind ermutigende Zeichen für einen neuen Anfang, und alle politischen Kräfte tun gut daran, diese Chance zu nutzen und im neuen Jahr einen neuen Schritt nach vorn zu tun.

Diese positiven Aspekte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich die Bundespolitik in einer tiefen Krise befindet. Noch niemals zuvor hat eine Bundesregierung so andauernd und so ausgeprägt an Vertrauen bei den Wählern verloren wie die gegenwärtige.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Von 43,8 % bei der letzten Bundestagswahl am 02. Dezember 1990 ist sie inzwischen auf 36 % in der Ennid-Befragung angekommen. In den neuen Bundesländern, wo die CDU im Herbst 1990 noch eine völlig unangefochtene Position hatte, ist die Zustimmung der Bevölkerung sogar auf 28 % abgesackt.

Der Bundeskanzler liegt in der Rangskala der zwanzig bekanntesten Politiker nach der "Spiegel"-Umfrage inzwischen in der unteren Hälfte.

Vor einigen Tagen ist ein Mitglied der Bundesregierung mit einer Begründung zurückgetreten, die es in Deutschland seit dem Ende des zweiten Weltkrieges noch nicht gegeben hat,

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

nämlich mit der Begründung: Ich schäme mich, dieser Bundesregierung anzugehören.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

In der Tat hat die Bundesregierung in vielen Bereichen ein Desaster angerichtet. Der immer wieder vollmundig angekündigte Aufschwung in den neuen Bundesländern ist bisher ausgeblieben. Dafür schreitet die Entindustrialisierung in beängstigendem Maße in den neuen Bundesländern fort.

(D)

Inzwischen fährt auch die Wirtschaft im Westen voll in die Rezession. Und nicht nur das, sondern wie noch nie zuvor beim Beginn einer Rezession steht dieses Mal die Bundesregierung absolut hilflos da, weil nämlich sämtliche Mittel eines Deficit spending, also der staatlichen Rezessionsbekämpfung, schon durch die Schuldenpolitik der letzten Zeit total ausgeschöpft worden sind.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU] - Beifall bei der SPD)

Wir haben in dieser Situation nichts mehr zuzusetzen. Die Wirtschaftspolitik muß der weiteren Entwicklung nahezu tatenlos zusehen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Sprechen Sie von Nordrhein-Westfalen?)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

- Ja, ich dachte, wir in Nordrhein-Westfalen wären auch ein Teil der Bundesrepublik. Welche Auswirkungen das hat, Herr Tschoeltsch, werde ich Ihnen gleich eröffnen. Daß Sie das alles nicht gern hören, weiß ich wohl, aber das gehört zur öffentlichen und politischen Diskussion, daß man das erträgt.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ferner hat das blinde Vertrauen auf dem Markt dazu geführt, daß in Deutschland inzwischen 2,5 Millionen Wohnungen fehlen, und nirgendwo ist erkennbar, wie dieser Wohnungsmangel in absehbarer Zeit behoben werden könnte.

(Zuruf von der CDU)

Die unsoziale Bundespolitik hat 4,2 Millionen Menschen in Deutschland in die Sozialhilfe getrieben, während gleichzeitig die Zahl der Millionäre noch nie so hoch gewesen ist wie heute.

(Beifall bei der SPD)

(B) Die Steuerpolitik hat die unteren Einkommensbezieher überproportional belastet und gleichzeitig Steuergeschenke für Spitzenverdiener bereitgehalten.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Das Gesundheitswesen in der Bundesrepublik befindet sich mittlerweile in einer tiefen Krise, und erst der parteiübergreifende Kompromiß hat wieder etwas Ruhe gebracht.

Am schlimmsten aber steht es in Bonn um die Staatsfinanzen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es ist nicht zu fassen!)

Noch nie hatte der Staat so viele Schulden wie heute.

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU] und des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(C)

Bereits Ende 1991 lag die Staatsverschuldung bei 1,5 Billionen DM. Ich hatte das Wort Billionen nur noch aus der Schule in Erinnerung; eine Billion sind 1000 Milliarden. Die Verschuldung wird, wenn keine Kurskorrektur eintritt, Ende 1995 sogar 2,3 Billionen DM erreichen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Mit Ihren ... wird es noch viel höher!)

Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich noch daran, wie Helmut Kohl den damaligen Kanzler Helmut Schmidt einen Schuldenkanzler genannt hat? Was sollen wir denn heute für eine Bezeichnung erfinden?

(Zuruf der Abgeordneten Hieronymi [CDU] und des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

Nach zehn Jahren Kohl sind wir soweit, daß der Staat - Herr Linssen, das ist leider nicht zum Lachen - in das nächste Jahrhundert einen Schuldenberg vor sich herschiebt, den selbst mehrere Generationen nicht mehr abtragen können.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(D) Weil selbst die Zinsen mit neuen Krediten bezahlt werden müssen, ist eine grausame Dynamik in Gang gekommen, denn schon heute muß der Bundesfinanzminister von jeder Steuermark, die er einnimmt, 13 Pfennig an die Banken als Zinsen überweisen.

(Zurufe von der CDU)

Selbst bei uns in Nordrhein-Westfalen, die wir lange - daraus haben wir nie einen Hehl gemacht - wegen der ungeheuren Leistungen für den Strukturwandel unter extrem hoher Verschuldung zu leiden hatten,

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ach so! - Weitere Zurufe von der CDU)

beträgt die Zinslastquote 10,5 % - deutlich unter der des Bundes.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber nicht von den Steuereinnahmen!)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Der Schuldenberg droht den Staat inzwischen handlungsunfähig zu machen. Bereits jetzt muß der Bundesfinanzminister für den Schuldendienst mehr Geld ausgeben, als die Bundesminister für Umwelt, für Bauen, für Gesundheit, für Landwirtschaft, für Bildung und Forschung, für Frauen und für Wirtschaft zusammen zur Verfügung haben.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch ein Witz!)

Das Ergebnis der zehnjährigen Kanzlerschaft Helmut Kohls lautet: Die Bundeskasse ist leer. Sie ist so leer, daß der Präsident des Bundesrechnungshofes, Zavelberg, bereits vor dem drohenden Staatsbankrott warnt.

Die jetzt vom Bundeskanzler endlich eingeläutete Stunde der Wahrheit kommt um zwei Jahre zu spät. Noch immer fehlt der Bundesregierung ein Rezept, wie sie mit den Lasten fertig werden will, die aus der deutsch-deutschen Vereinigung entstanden sind. Die rasche Wiedervereinigung - das will ich gern zugeben, und ich habe es auch schon mehrfach gesagt - war ein politisches Meisterstück des Bundeskanzlers, aber die Finanzierung der deutsch-deutschen Einigung gerät zum Fiasko.

(Beifall bei der SPD)

Notwendig ist jetzt eine vollständige Umkehrung der Steuer- und Finanzpolitik. Nach dem Urteil von Professor Miegel wird das Gemeinwesen durch die Bürger permanent erfordert. Oder anders ausgedrückt: Für das, was die Bürger vom Staat verlangen, zahlen sie zuwenig Steuern. Das bedeutet, es muß drastisch gespart werden, und/oder die öffentlichen Einnahmen müssen erhöht werden.

Um welche Größenordnung es dabei geht, mag Ihnen folgendes Beispiel verdeutlichen. Allein, um die Zinsen der Treuhand bezahlen zu können, müßte die Mehrwertsteuer um zwei Punkte erhöht werden. Das zeigt das gewaltige Ausmaß der Verschuldung und macht deutlich, daß mit wenigen kleinen Steuerkorrekturen das Problem nicht mehr zu meistern ist.

(Zuruf von der CDU)

(C)

Zur Wahrheit gehört auch der Mut, den Bürgern zu sagen, daß es auf viele Jahre keine Wohlstandsmehrung mehr geben wird. Wir alle werden den Gürtel enger schnallen müssen. Die Ära der Verteilung von Zuwächsen ist vorbei. Die bitteren Konsequenzen sind: Im Westen muß jeder wissen, daß auf lange Jahre keine realen Einkommenserhöhungen mehr erwartet werden können, daß wir alle mehr Steuern werden zahlen müssen, um die Kosten der Einheit zu bezahlen, und die Bürger werden ihre Ansprüche an den Staat entweder deutlich reduzieren oder dafür mehr bezahlen müssen.

Wenn weitere Steuererhöhungen notwendig sind, wird sich die SPD dem nicht verweigern. Voraussetzung dafür ist allerdings soziale Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Unser Motto lautet: Sparsam, aber gerecht. Das heißt, die Zeche darf nicht nur der kleine Mann bezahlen, sondern es müssen diejenigen die größeren finanziellen Lasten tragen, die auch den breiteren finanziellen Rücken haben. Deshalb wäre es vernünftig, den wirklich unsinnigerweise abgeschafften Solidarzuschlag schnellsten wieder einzuführen,

(Zustimmung bei der SPD)

eine verfassungskonform ausgestaltete Arbeitsmarkt-abgabe für Beamte und Selbständige vorzusehen,

(Erneut Zustimmung bei der SPD)

auf die wirklich instinktlose Senkung der Unternehmenssteuern ab 1. Januar 1994 schleunigst zu verzichten

(Beifall bei der SPD)

und schließlich das Steueränderungsgesetz 1992, das in diesem Jahr wiederum 4,2 Milliarden DM Entlastung bringen wird, zurückzunehmen.

Nordrhein-Westfalen ist durch eine solide und zukunftsorientierte Finanzpolitik in den vergangenen Jahren für die vor uns liegenden Aufgaben gut gerüstet.

(D)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

(Lachen des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜ-NE])

- Ich werde das gleich mit Zahlen belegen, Herr Vesper; hoffentlich freuen Sie sich dann auch noch so.

Das wird durch eine Vielzahl von Finanzdeckdaten belegt. Folgende Fakten sind in Ihre Erinnerung zu rufen:

Wir haben - Sie alle wissen das; ich mache gar keinen Hehl daraus - 1981 einen extrem hohen Verschuldungszuwachs gehabt. Aber seitdem hat sich die Situation deutlich geändert. Wir haben von 1981 bis heute die niedrigste Steigerungsquote bei den Gesamtausgaben aller Flächenländer.

Wir sind das sparsamste Land bei den Personalausgaben. Nordrhein-Westfalen hat 63 Staatsdiener pro 1 000 Einwohner, Baden-Württemberg 69 und Bayern 72.

Wie kein anderes Land haben wir in Nordrhein-Westfalen seit 1981 die jährliche Kreditaufnahme verringert. Mit 5,8 % bei der Kreditfinanzierung nehmen wir heute den drittbesten Platz aller Länder ein. Hatten wir 1981 bei der Neuverschuldung noch den schlechtesten Platz, so hat sich dies heute beinahe umgekehrt. 1992 werden wir den zweitbesten Platz hinter Bayern einnehmen. Die Neuverschuldung seit 1981 beträgt bei uns 248 DM je Einwohner, in Baden-Württemberg 259 DM und in Rheinland-Pfalz 328 DM. Der Durchschnitt aller West-Länder liegt bei 260 DM.

Schließlich hat auch auf der Einnahmenseite die vorausschauende Strukturpolitik in Nordrhein-Westfalen inzwischen Früchte getragen; denn seit 1981 ist die Deckungsquote in unserem Haushalt um fast 13 % auf nunmehr 94,2 % angestiegen. Im Durchschnitt der anderen Flächenländer lag die Verbesserung bei nur 4,5 %.

Seit 1981 haben wir die höchste Steuerfinanzierungsquote aller Flächenländer. Wie kein anderes Land sind wir seit 1981 in der Lage, unsere Aufgaben ohne fremde Hilfe aus eigenen Einnahmen zu bestreiten.

Wir sind ein finanzstarkes Land mit über 100 % der durchschnittlichen Finanzkraft aller Länder.

Natürlich haben die chaotischen Bundesfinanzen auch die Finanzpolitik in Nordrhein-Westfalen beeinflusst. Einen eigenen vom Bund losgelösten finanzpolitischen Weg kann natürlich selbst ein so großes Land wie Nordrhein-Westfalen nicht gehen. Die von der Bonner Regierungskoalition zu verantwortende Finanzsituation der öffentlichen Haushalte macht es uns auch hier in Nordrhein-Westfalen außerordentlich schwer, die wichtigsten landespolitischen Ziele bis 1995 zu erreichen. Trotzdem werden wir den Wählerauftrag vom 13. Mai 1990 erfüllen. Dabei können wir auf die Erfolge von 26 Jahren sozialdemokratischer Landespolitik in der Regierungsverantwortung aufbauen.

Wir haben bei uns in Nordrhein-Westfalen einen beispiellosen Strukturwandel eingeleitet und große Investitionen in eine gesicherte Zukunft geleistet. Neue Industrien, auf die wir stolz sein können, sind entstanden. Schon oft ist in diesem Zusammenhang das Beispiel der Umwelttechnik genannt worden.

Ein weiteres herausragendes Beispiel, das teilweise gar nicht wahrgenommen wird, ist die Medienindustrie.

(Beifall bei der SPD)

Man muß sich einmal anschauen, was sich auf diesem Gebiet inzwischen ereignet hat. Hier in Nordrhein-Westfalen sind mittlerweile rund 70 000 Menschen allein bei Film, Fernsehen und den Printmedien beschäftigt.

Wir machen in Nordrhein-Westfalen eine Politik des Strukturwandels ohne soziale Brüche. Wir unterstützen den heimischen Steinkohlenbergbau, damit notwendige Anpassungen die Modernisierung unseres Wirtschaftsstandortes nicht gefährden. Wir leisten auch unseren Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland, 1993 allein mit Mitteln in Höhe von 7,5 Milliarden DM.

Vor allem der letzte Punkt ist die Ursache dafür, daß heute finanzpolitisch nichts mehr so ist wie früher. Deshalb müssen die Fixpunkte einer soliden und verantwortbaren Finanzpolitik neu justiert werden.

(C)

(D)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Die SPD hat deshalb den Landeshaushalt 1993 unter zwei Fragestellungen beraten: Was können wir uns in unserem Lande noch leisten, und worauf kann unter gar keinen Umständen verzichtet werden? Dies sind die Maßstäbe, die wir bei der Beurteilung dieses Haushalts anlegen möchten.

Festzuhalten ist bis 1995 an den von uns gesetzten landespolitischen Schwerpunkten.

Das ist - erstens - bis 1995 die Schaffung von insgesamt 125 000 neuen Kindergartenplätzen. Damit sind wir voll im Plan. 1993 werden wir den Kommunen Mittel zur Schaffung von 25 000 neuen Kindergartenplätzen zur Verfügung stellen. Die Investitions- und Betriebskosten dafür belaufen sich auf 1,1 Milliarden DM. Allerdings gilt auch hier das, was ich eben gesagt habe, nämlich daß der Staat seine Wohltaten leider nicht mehr in dem Maße verteilen kann wie früher. Wir haben deshalb die Staffel für die Elternbeiträge anheben müssen. Das haben wir allerdings in sozial verantwortlicher Weise und in bester Absicht getan, diejenigen möglichst zu schonen, die über wenig Einkommen verfügen. Aber daß sich die Eltern finanziell mehr beteiligen müssen, war leider nicht zu vermeiden.

(B) (Zustimmung bei der SPD)

Wir haben ferner zugesagt, bis 1995 jährlich mindestens 27 000 neue vom Land geförderte Wohnungen zu schaffen. Wie schon 1992 werden wir auch im Jahre 1993 diesen Richtwert mit 33 000 Wohnungen pro Jahr deutlich übersteigen.

(Beifall bei der SPD)

Es kann keine Rede davon sein, daß wir hinter dem zurückhingen; wir haben vielmehr bis jetzt übererfüllt.

Drittens! Im Schwerpunkt Altenpolitik lösen wir die gegebenen Zusagen ohne Abstriche ein. Wir stellen im nächsten Jahr rund 415 Millionen DM dafür zur Verfügung, davon allein 285 Millionen DM im investiven Bereich. Rund 2 500 Pflegeplätze können damit geschaffen werden.

(C)

Viertens! Mit der Konzentration der strukturpolitischen Förderprogramme setzen wir den Strukturwandel in den Kohlegebieten im Aachener Revier, am Niederrhein, an Emscher und Lippe sowie im östlichen Ruhrgebiet fort. Zusätzlich zu den laufenden Programmen stellen wir dafür bis 1995 einen Rahmen von 2,2 Milliarden DM zur Verfügung.

Schließlich hat in der Schulpolitik die Durchführung unseres Maßnahmenkatalogs als Konsequenz aus dem Kienbaum-Gutachten dazu geführt, daß künftig 15 Millionen Unterrichtsstunden pro Jahr mehr erteilt werden können. Damit ist trotz aller Unkenrufe, trotz allen Widerstandes ermöglicht worden, den Unterrichtsausfall in unseren Schulen deutlich zu reduzieren.

(Beifall bei der SPD)

Darüber hinaus, meine Damen und Herren, wollen wir 1993 Akzente in der Wohn- und Lebensqualität der Städte sowie in der Sozialpolitik setzen.

Wir wollen zu dem ersten die Innenstädte vom Verkehr entlasten und Unfallbrennpunkte beseitigen. Das dafür aufgelegte Programm für den Bau zusätzlicher Ortsumgehungsstraßen wird mit jährlich 200 Millionen DM ausgestattet. Das ist eine große Kraftanstrengung für diesen Bereich, die nicht dazu dienen soll, unnötigerweise neue Straßen zu bauen, wie das teilweise denunzierend dargestellt wird.

(D)

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

- Herr Busch, daß Sie das nicht begreifen, habe ich nicht anders erwartet.

(Beifall bei der SPD)

Wir können vielmehr für den Umweltschutz ganz konkret an Lärmverminderung, an Abgasverminderung und an Energieverbrauch nirgendwo soviel tun als durch diese Umgehungsstraßen. Da können die Autos dann ohne anzuhalten fahren und brauchen sich nicht im ersten Gang zu quälen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

- Daß Sie das alles nicht wollen, ist ja der Grund, daß Sie so wenig Zustimmung bei den Bürgern finden. Das ist ja auch kein Wunder.

Meine Damen und Herren, als zweites zum Programm "Arbeit statt Sozialhilfe"! Das bleibt für uns in Nordrhein-Westfalen ein sozialpolitischer Leitsatz, und wie 1992 werden wir auch im nächsten Jahre 3 000 AB-Maßnahmen fördern.

Die Innere Sicherheit ist ein weiteres Vorrangthema unserer Politik. Da kann ich vielleicht an einiges anknüpfen, was auch Herr Linssen gesagt hat. Wir wollen alles dafür tun, daß unsere älteren Bürger auch abends ohne Angst über die Straßen und daß Frauen ohne Angst in die Tiefgaragen gehen können. Dazu gehört ferner die gezielte Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität.

Dieses alles wollen wir erreichen, indem wir die Polizei von Aufgaben entlasten, für die sie nicht oder nur am Rande zuständig ist. Eine bestmögliche Sicherheit für die Bürger kann allerdings nur mit einer motivierten Polizei erreicht werden. Deshalb werden wir über die bereits für 1991 und 1992 vorgesehenen Maßnahmen hinaus der Polizei im Jahre 1993 2 567 Stellen zum Aufstieg in den gehobenen Dienst zur Verfügung stellen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Im Länderdurchschnitt liegen wir mit unseren Beschlüssen - gemeinsam mit Hessen und Rheinland-Pfalz - in diesem schwierigen Gebiet vorn. Wir verdoppeln den Anteil des gehobenen Dienstes in der Schutzpolizei bis zum Ende der Legislaturperiode, und schon 1995 werden mehr als 40 % aller Schutz- und Kriminalpolizisten bei uns in Nordrhein-Westfalen im gehobenen Dienst sein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, weiteren finanziellen Spielraum gewinnen wir allerdings nur, wenn bürokratischer Ballast auf allen Ebenen abgeworfen wird. Wir brauchen eine moderne öffentliche Verwaltung, die kompetent und effektiv an der Gestaltung der Zukunft unseres Landes mitwirkt.

(Beifall bei der SPD)

(C)

Wir begrüßen deshalb ausdrücklich die Absicht der Landesregierung, die Effizienz der Verwaltung zu steigern und damit ein modernes Dienstleistungsangebot zu sichern. Wir werden prüfen, welche Aufgaben auch künftig nur der Staat erfüllen kann und welche Bereiche auf andere Weise effektiver gestaltet werden können.

Weiterhin müssen Verwaltungsvorgänge und Genehmigungsverfahren, im übrigen auch durch Entrümpelung von Bundesgesetzen, beschleunigt und Verfahrensstränge vereinfacht werden.

Für uns sind bei der Entscheidung über die Zukunft der Landesverwaltung drei Bedingungen wichtig. An erster Stelle steht die Aufgabenkritik.

Erstens: Überflüssige Aufgabenstellungen müssen gestrichen werden. Nicht das Sparen steht am Anfang, sondern die Frage: Welche Verwaltungen können und müssen wir entbehren?

Zweitens: Personaleinsparungen nach dem Rasenmäherprinzip lehnen wir ab.

Drittens! In Gesprächen zwischen Landesregierung und den verschiedenen Arbeitnehmervertretungen wird und muß beraten werden, in welchem Umfang und in welchen Schritten Personalreduzierungen wann vorgenommen werden.

(D)

Unsere Fraktion setzt sich für ein abgewogenes Gesamtkonzept in dieser schwierigen Frage ein. Wir sind dort ja noch keineswegs durch die Schwierigkeiten hindurch. Wir setzen uns für ein Gesamtpaket ein, in dem auch die Frage nach den Behördenstandorten in den Regionen nicht ausgeklammert werden darf.

(Beifall bei der SPD)

Am Ziel selber, meine Damen und Herren, darf aber nicht gerüttelt werden.

Wenn es gelingt, eine effiziente Verwaltung von der obersten Landesebene über die Mittelinstanzen bis zur kommunalen Ebene zu schaffen, dann bringt das enorme Wettbewerbsvorteile für die heimische Wirtschaft und damit für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Lande.

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

Meine Damen und Herren, ich habe die Landtagsopposition in meinen Ausführungen bisher nicht erwähnt.

(Abgeordneter Schultz [SPD]: Da ist auch nicht viel zu erwähnen.)

Das ist auch kein Wunder. Denn nachdem diese in den letzten Monaten nicht mit Sachalternativen aufgetreten ist, sondern sich darauf beschränkt hat, durch persönliche Verunglimpfungen Profil zu gewinnen, ist dies, so glaube ich, die natürliche Folge.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Peinlich, peinlich!)

Nachdem der erhoffte Erfolg beim Publikum aber ausgeblieben ist, haben die Oberstrategen der Ampelkoalition jetzt einen neuen Ansatz gefunden. Jetzt diskutieren nämlich die Damen und Herren von CDU, F.D.P. und GRÜNEN die für sie offensichtlich existentielle Frage, wer denn nach der nächsten Landtagswahl mit wem eine Koalition eingehen kann, soll oder will.

(Heiterkeit bei der SPD)

(B) Meine Damen und Herren auf den Oppositionsbänken, ich kann Ihnen nur raten: Beschäftigen Sie sich ruhig weiter mit diesen Problemen. Wir Sozialdemokraten werden uns den Sorgen der Menschen in diesem Lande zuwenden. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile dem Vorsitzenden der Fraktion der F.D.P., Herrn Kollegen Dr. Rohde, das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Daß sich der Kollege Farthmann das Thema Schwarz-Schilling nicht entgehen ließ, das verstehe ich. Aber die Einengung der Handlungskompetenz der Fraktionen

(C)

durch Parteitagsbeschlüsse ist auch Ihr Thema, Herr Farthmann.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sonst hätten Sie nämlich in Bonn längst ohne Nachverhandlungen dem Asylkompromiß zugestimmt. Also: Thema imperatives Mandat für Sie zu Recht von Schwarz-Schilling angesprochen.

Die schrecklichen Ereignisse in Jugoslawien müssen doch auch Ihnen die Frage nahelegen, wie Sie sich die Beteiligung der Bundeswehr an Friedenseinsätzen der UNO denken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Darauf warten wir immer noch, Herr Kollege Farthmann.

Was die Schulden der Bundesrepublik Deutschland angeht: Es ist richtig, daß der Staat Bundesrepublik noch nie so viele Schulden wie heute hatte, aber, Herr Farthmann, doch wegen der Wiedervereinigung. An sich müßten Sie ja von jetzt an als Patriot von Kohl als dem "Wiedervereinigungskanzler" sprechen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

(D)

Deswegen die Frage: Hätten Sie die Erbschaft des Sozialismus ausgeschlagen?

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Das steht doch gar nicht zur Debatte!)

Denn wer die Erbschaft, Herr Farthmann, des Sozialismus annimmt, der muß auch für die Schulden aufkommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das hat die Bundesregierung getan.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Ja, durch Steuersenkungen!)

Sie waren doch Spitzenkandidat Ihrer Partei in Thüringen. Deswegen möchte ich Sie davor warnen: Diskreditieren Sie nicht ständig die Wiedervereini-

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

gung, weil sie Geld kostet. Sprechen Sie nicht ständig von Schulden. Sprechen Sie von Zukunftsinvestitionen in den Aufbau eines neuen, modernen Deutschland!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was das Koalitionsgerede angeht, Herr Farthmann: Die Zeiten absoluter Mehrheit sind vorbei.

(Abgeordneter Dr. Brunemeier [SPD]: Ach?)

Mit der Verabschiedung des Haushalts, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es unsere Pflicht, uns zu fragen, ob die Landespolitik gerüstet ist, ob die Politiker im Lande gerüstet sind, Nordrhein-Westfalen einigermaßen sicher durch die Turbulenzen der nächsten Jahre zu bringen. Deswegen einige Anmerkungen, zunächst zur politischen Kultur!

Die Regierung, die Mehrheitsfraktion muß endlich lernen, auf die Opposition zu hören.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Mit dem Freund-Feind-Denken muß es vorbei sein. Initiativen der Opposition nur deshalb abzulehnen, weil sie von der Opposition kommen, sie abzulehnen, auch wenn das den Bürgern in Nordrhein-Westfalen schadet, diese Politik der Uneinsichtigkeit, der fehlenden Souveränität im Umgang miteinander kann sich Nordrhein-Westfalen nicht mehr leisten, kann sich die gesamte Bundesrepublik Deutschland nicht mehr leisten.

(B)

Wir alle müssen doch aus der Behandlung des Asylthemas gelernt haben. Als die CDU damit anfing, hörte keiner darauf. Als es noch Zeit war, bevor der Massenmißbrauch des Asylrechts erst so richtig einsetzte, haben die demokratischen Traditionsparteien nicht aufeinander gehört, sie haben das Thema hochgeschaukelt, jeder für sich, die Türen für die Republikaner geöffnet. Deswegen müssen wir alle sagen: Wir haben Fehler gemacht. Die einen haben provoziert, die anderen zu spät gehandelt.

Ich erinnere mich noch ganz genau an die Abstimmung hier im Hause, als die SPD den Antrag von CDU und F.D.P. zur Änderung des Asylrechts ablehnte. Ein paar Tage später aber, nachdem die SPD-

(C)

Landesregierung entschieden hatte, wagten es auch die Kollegen der SPD-Fraktion, Farbe zu bekennen. Wahrlich kein Ruhmesblatt für Mut im Parlament!

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Drei Tage später!)

- Drei Tage danach.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Durch Nachgeben ermutigen Sie die Gewalttäter!)

Dennoch haben alle Parteien weiter versagt. SPD und F.D.P. haben sich durch ihre Fundamentalisten, die nur ihre eigene fundamentalistische Position wiedererkennen wollten, in eine Situation treiben lassen, in der dann nur die Verhandlungsführer den Knoten durchhauen konnten. Und dann stimmten die Vertreter der reinen Lehre, nachdem sie ihre Parteien in diese Situation der Verhandlungsunfähigkeit gebracht haben, nicht einmal dem Kompromiß zu.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Auch jetzt ringt die SPD noch um eine Lösung, die unter allen Umständen den Schein wahren soll, also Chiffre, nur Chiffre für Wiedererkennung von Parteitagsbeschlüssen bieten soll. Aber jetzt gibt es nur noch die Lösungsmethode: "Frisß, Vogel, oder stirb" und "Koste es, was es wolle!"

(D)

Das macht deutlich: Wenn die Parteien nicht frühzeitig aufeinander zugehen, gibt es keine vernünftigen Lösungen, nur noch fundamentalistische Rechthaberei, nur noch Glaubenskämpfe, bei denen alle verlieren. Und das Ergebnis ist dann: Es wählen sich die Bürger die Rattenfänger, die ihnen schnelle Lösungen versprechen.

Wenn die Fraktionen nicht aufeinander zugehen, disqualifizieren sie das Parlament zu einer Quasselbude, die Abgeordneten machen sich zu Vollstreckern von Verträgen, die nicht von ihnen selbst ausgehandelt worden sind, oder, weil doch entschieden werden muß, produzieren selbst erst die Präsidialverfassung, die sie doch verhindern müßten, wenn sie die Demokratie ernst nehmen. Und Demokratie ernst nehmen

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

heißt, rechtzeitig und frühzeitig aufeinander zuzugehen, um vernünftige Lösungen zu finden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deswegen sage ich: Das ist auch Ihr Thema, Herr Farthmann - Parteitage hin, Parteitage her. Was heißt denn eigentlich "innerparteiliche Demokratie"? Abgeordnete sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sind hier im Landtag, sind im Bundestag nur ihrem Gewissen unterworfen. Das ist nicht nur ein Recht, das ist die Pflicht des Parlamentariers.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn wir - die Pragmatiker, diejenigen, die aufeinander zugehen können - nicht dafür sorgen, daß man gemeinsam Anträge oder Ansätze für vernünftige Politik entwickelt, dann zerstören wir selbst den Parlamentarismus. Es geht hier nicht um eine Regierung zur gesamten Hand, es geht hier um die Respektierung des Parlamentarismus.

Deswegen stellt man sich die Fragen: Warum auf einmal, so Schwarz-Schilling, der Druck auf schnelle Entscheidungen, die wir doch überall spüren, warum der Druck, umfassend auf vielen Gebieten zu reformieren, auch hier in Nordrhein-Westfalen?

(B)

Das Thema Asyl macht doch vor allem deutlich: Es wird von nun an keine Lösungen mehr geben. Herr Farthmann, Sie haben gesagt: Heute ist nichts mehr so, wie es vor der Vereinigung war. Es wird keine Lösung geben, die jeden zufriedenstellt. Die Zeiten des reinen Gewissens, der reinen Lehre, die man sich nur in der Idylle leisten konnte, als andere bestimmten - die Amerikaner und die Russen -, sind vorbei.

Noch einmal: Wenn die demokratischen Traditionsparteien im Freund/Feind-Verhältnis verharren, profitieren in unserer Gesellschaft nur die Extremen von links und rechts.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was hat sich geändert? Hierzu sagt Arnulf Baring in seinem Büchlein, daß ich Ihnen zu Weihnachten empfehle, "Deutschland, was nun?":

(C)

Im Rückblick erscheint die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland als eine idyllische Phase. Jetzt kompliziert sich die Situation in vielen Bereichen wieder.

Und wir sind wieder zur Situation nach 1871 zurückgekehrt: das Volk mit den meisten Nachbarn, mit den meisten Grenzen.

Das verlangt eine neue Politik. Der "Cordon sanitaire" der Asylpolitik ist selbst nur der Ausdruck für eine dem folgende europäische Wirtschafts- und Entwicklungspolitik für die Staaten Mitteleuropas. Nicht nur die Geschichte Hitlers, sondern auch die Geschichte vor Hitler hat uns wieder eingeholt.

Daraus müssen wir für Nordrhein-Westfalen und auch für den Landtag lernen. Oder will jemand das moderne Industrieland Nordrhein-Westfalen regierungsunfähig machen? Soll die Aufbauleistung für Nordrhein-Westfalen, das Land, auf das wir stolz sind, nach 1995 durch Extremismus gefährdet werden? - Das ist doch die Sorge, die uns umtreibt. Also: Demokratische Traditionsparteien in Nordrhein-Westfalen, seid euch eurer Verantwortung bewußt!

Es gab in der letzten Woche eine gemeinsame Entschließung von F.D.P., CDU und SPD zur Bekämpfung des fremdenfeindlichen Nationalismus in der Form des Rassismus. Ich fand das gut. Dennoch ist mir aufgefallen, daß es noch viele Sozialdemokraten gibt, die glauben, sie könnten weiter vom Rechtslinks-Gegensatz leben.

(D)

So möchte ich Stephen Holmes aus der FAZ der letzten Woche zitieren:

Der Kampf zwischen Kommunisten und Kapitalisten, zwischen Adam Smith und Karl Marx, wurde zwischen zwei Richtungen des Rationalismus des 18. Jahrhunderts ausgetragen. Der kalte Krieg war ein Bürgerkrieg innerhalb der Aufklärung. Die neuen Formen autoritärer Herrschaft auf der Basis von fremdenfeindlichem Nationalismus und religiösem Fundamentalismus haben mit Aufklärung nichts zu tun.

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

Und er fragt in der Serie der Fragen, was links sei und was denn die Aufgabe in den nächsten Jahren ist, weiter:

1. Wie wird sich die Linke zur massenhaften Einwanderung aus dem Süden und Osten stellen, wenn man die voraussehbaren Folgen für eine industrielle Umweltzerstörung und den Verbrauch der natürlichen Ressourcen in Rechnung stellt?

Ich glaube, das Thema "Rechts-Links" ist dazu ungeeignet.

2. Was sagen sie

- die Linken -

zu den Menschenrechtsverletzungen wie derzeit auf dem Balkan?

Deswegen ist das Thema "Schwarz-Schilling" nicht allein eines von CDU und F.D.P., sondern genauso eines der SPD.

3. Wird die Linke die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols unterstützen, wenn es gilt, die nationalen und internationalen Mafiaorganisationen zu bekämpfen? Wird sie der Mafia endlich den Krieg erklären?

(B)

Das Thema ist also "Lauschangriff" und "Gewaltmonopol des Staates".

4. Wie werden europäische Linke sich zum ökonomischen Wachstum in den Entwicklungsländern stellen, auf das man nicht verzichten kann, obwohl die Umweltbelastung dadurch noch größer werden wird?

Da ist das Thema die Einstellung der SPD zur Nuklearenergie in den hochentwickelten Ländern oder zu High-Tec in NRW, um auf veraltete Industrien zu verzichten, weil sie besser in Ländern mit niedrigen Löhnen angesiedelt sind.

Von den Sozialdemokraten wird also in den nächsten Jahren vor allem in Bonn, aber auch in Düsseldorf verlangt, daß sie immer mehr liberale Positionen übernehmen müssen, weil liberale Antworten auf die

(C)

Probleme unserer Welt die Antworten sein werden, mit denen die Bundesrepublik Deutschland, mit denen Nordrhein-Westfalen und mit denen Europa am besten fahren wird.

Ein Schlüsselwort in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der letzten Woche, das häufig auftauchte, heißt "Privatisierung". Die Wirtschaft steht also in den nächsten Jahren für die Entscheidungsprozesse des Staates Pate, weil die Grenzen des öffentlichen Dienstrechts, die Grenzen der Kameralistik, die Grenzen der Steuerungsmöglichkeiten des öffentlichen Dienstrechts erreicht sind, weil privates Management und Organisationsmethode effektiver und leistungsgerechter sind.

Die Bundesrepublik hat schon große Chancen vertan, weil das Schwungrad zur Standorterneuerung wie jetzt die Telekommunikation in den Vereinigten Staaten und in Japan, von uns, weil bei uns öffentlich-rechtlich organisiert und zudem auch noch monopolisiert bei der Bundespost, nicht genutzt werden konnte. Das ist einer der Gründe, warum z. B. jetzt die Bundesrepublik solche Strukturprobleme hat, weil wir den Einstieg mangels Privatisierung der Bundespost in das Informations- und Telekommunikationszeitalter nicht rechtzeitig geschafft haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

Wir werden noch Schiffbruch erleiden, wenn die Bundesbahn nicht rechtzeitig privatisiert wird.

Es wäre auch sinnvoller gewesen, mit uns Liberalen darüber frühzeitiger nachzudenken, die Ruhrkohle über die Gewinnung, Veredelung, Vertrieb von Steinkohle hinaus in die Lage zu versetzen, neue Märkte in anderen Bereichen zu erschließen, mehr zu diversifizieren und privatisieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Was soll eigentlich das Wort: Nordrhein-Westfalen ist nicht mehr das Land von Kohle und Stahl, sondern mit Kohle und Stahl. Klöckner macht doch deutlich, daß auch die Stahlindustrie diversifizieren muß. Vielleicht ist es sinnvoller, wie die japanischen Forschungen bei Kobe und Nippon Steel klar machen, in

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

Hochöfen Müll zu recyceln und zu neuen Produkten aufzuarbeiten als Stahl zu schmelzen.

Die Zeit der quasi öffentlichen Strukturen, insbesondere der Subventionierungen in beiden Bereichen - Kohle und Stahl - ist vorbei. Unser Reichtum ist die Unzahl kleinerer und mittlerer privater Unternehmen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Privatisierung heißt aber vor allen Dingen, daß der Staat abspeckt und sein Dienstleistungsangebot durch Privatisierungen verbessert. Folgerichtig haben wir Liberalen einen Antrag eingebracht "Fortsetzung der Bürger-Kommission für einen schlankeren Staat" mit dem Ziel

- konsequente Privatisierung öffentlicher Leistungen
- kritische Überprüfung staatlicher Aufgaben durch Deregulierung und Rationalisierung
- nachhaltige Reduzierung von Ausstattungsstandards.

Laßt uns also gemeinsam untersuchen:

(B)

- Konzentration der politischen Führung auf weniger Ministerien
- mehr politische Beratung von außen
- Wegfall von Hierarchieebenen in der Verwaltung
- Stärkung der Arbeitsebenen
- Abbau der Verwaltungs- und Koordinierungsebenen durch Straffung des Behördenaufbaus, also Abbau von Instanzen, zum Beispiel
 - Konzentration der Mittelbehörden durch Einbeziehung oberster Landesbehörden und der Landschaftsverbände in die Regierungspräsidenten,
 - Schaffung von Großkreisen,

(Beifall bei der F.D.P.)

(C)

- systematischer Abbau von Doppelzuständigkeiten,
- Abbau vor allem von zentraler Verteilungsbürokratie,
- Verlagerung von Zuständigkeiten auf die unteren Instanzen,

(Beifall bei der F.D.P.)

- Entlastung von Polizei, Lehrern und Wissenschaftlern von Verwaltungstätigkeiten und Konzentration auf ihre eigentlichen Aufgaben; wir haben das einige Male angesprochen,
- Reform des öffentlichen Dienstrechts, also
 - Beamte nur für den hoheitlichen Bereich,
 - Wegfall von Stellenkegeln und Dienstaltersstufen,
 - Bezahlung nach Leistungskriterien,
 - Rückführung des Landespersonalvertretungsgesetzes auf den wirklich relevanten Schutzbereich, also die Wiederherstellung der vollen Verantwortlichkeit des Dienstherrn für generelle Entscheidungen,
 - effizienter Personaleinsatz,
 - Verlängerung von Arbeitszeiten.

(D)

Ich sage, daß der Finanzminister hier in die richtige Richtung geht. Seine Arbeit ist verdienstvoll. Wir möchten ihn ermuntern, so weiterzumachen.

Im übrigen werden wir insbesondere im Wissens-, Informations- und Ausbildungsbereich auf das ehrenamtliche Engagement von Bürgern in Schule und Hochschule angewiesen sein. Auch hier müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Warum eigentlich nicht Vorlesungen von Landtagsabgeordneten über Recht und Geschichte an Schulen und Hochschulen?

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Das kommt aber sehr darauf an! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Auch das noch!)

Der politischen Kultur, verehrte Frau Höhn, täte das gut; angesichts der Politikverdrossenheit auch den Schülern und Studenten.

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE])

Wir fänden es gut, meine sehr verehrten Damen und Herren, die SPD-Fraktion entschlösse sich ähnlich wie bei Bürger I zu einer Bürger-II-Kommission.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Schon wieder eine Kommission!)

Wir könnten dann zusammen mit dem Antrag der CDU betreffend Bürokratieabbau für gemeinsame Anstöße sorgen, das Thema "schlanker Staat" schneller voranzubringen.

Zweites Schlüsselwort: Verkürzung von Genehmigungsverfahren!

(B) Wir haben immer wieder darauf hingewiesen: Ohne Verkürzung der Genehmigungsverfahren läßt sich die Standortqualität Nordrhein-Westfalens nicht verbessern. Immer mehr hat sich herausgestellt, daß die Länge der Genehmigungsverfahren, das Unmaß an Bürokratie, mit dem insbesondere kleinere und mittlere, aber auch große Unternehmen malträtiert werden, dazu führen, daß immer mehr Produktionen ins Ausland verlagert werden. Bei jedem Besuch einer Firma hören wir: Ein Antrag auf Investitionsgenehmigung dauert in Portugal sechs Monate, in Spanien acht Monate, in Belgien neun Monate, in England zehn Monate und in Frankreich elf Monate. In der Bundesrepublik: mehrere Jahre. Uns bleibt gar nichts anderes übrig, so die Vorstandsmitglieder, als unsere Produktion ins Ausland zu verlagern - unabhängig von den anderen Vorteilen der betreffenden Länder wie Arbeitszeiten, Löhne und Steuern.

(Abgeordnete Hürten [GRÜNE]: Dummes Zeug!)

Man soll sich also keinen Illusionen über die nachlas-

(C)

sende Standortqualität Nordrhein-Westfalens hingeben.

Wir finden es gut, daß die Bundesregierung jetzt die Initiative ergriffen hat - sie war sicherlich der richtige Ansprechpartner - für die Verkürzung von Genehmigungsfristen, für den Abbau von Bürokratie in diesen Bereichen. Dennoch sollte eine gemeinsame Arbeitsgruppe unseres Landtags, bestehend aus Abgeordneten und Vertretern der Regierung - wie es auch in Bonn geschehen ist -, versuchen, Verbesserungsvorschläge zur Vorlage der Bundesregierung für die Diskussion im Bundestag zu machen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Im übrigen bin ich der Meinung: So notwendig es ist, Genehmigungsverfahren überall zu verkürzen - wenn sie weiter von Genehmigungsbehörden, der Exekutive, durchgeführt werden -, wird es nach öffentlichen Anhörungen in unglaublicher Weise die Einlegung von Rechtsmitteln und die entsprechend lange dauernden Rechtsmittelverfahren geben. Das haben wir ja beim Flughafen Düsseldorf erlebt, wir sehen es bei Sondermülldeponien etc.

(D) Ich bin der Meinung, daß es notwendig ist, Planfeststellungsverfahren - bisher durch Behörden durchgeführt - durch Parlamentsbeschlüsse zu ersetzen und insbesondere bei Trassenführungen von Straßen und Schienenwegen, bei Sondermüllbeseitigungsanlagen und bei Flughäfen per Gesetz, also durch den Landtag, zu entscheiden. Andere Länder entscheiden durch Gesetze. Ich halte das für einen richtigen, vor allen Dingen auch demokratischen Weg.

Drittes Schlüsselwort - unabhängig von der Privatisierung und der Abkürzung von Genehmigungsverfahren -: Neuorientierung der Umweltpolitik, insbesondere um neue Märkte zu gewinnen, die uns in der Welt nach vorne bringen.

Ich sage: Statt ständig neue Gesetze und Verordnungen zu produzieren, deren Nutzen nur marginal ist, weil Sie der Philosophie der End-of-the-pipe-Lösung anhängen, und die die Wirtschaft und den Staatsapparat lähmen, brauchen wir eine Politik, die sich vor

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

allein auf die Umgestaltung von Produktionsprozessen und Produkten konzentriert

(Beifall bei der F.D.P.)

und die möglichst schadstofffrei recycelbare Produkte entwickelt.

Auf diese strategische Weichenstellung für eine neue Umweltpolitik hat Klaus Matthiesen immer wieder hingewiesen. Wir unterstützen ihn in dieser Politik für ein modernes Industrieland Bundesrepublik Deutschland - und Nordrhein-Westfalen. Die Bundesregierung wäre gut beraten, bereits in den Verhandlungen zum Solidarpakt die Entwicklung neuer Produkte und neuer Schadstoffkreisläufe insbesondere für die jetzt gefährdeten Bereiche Chemie und Automobilindustrie, Handel und Energiewirtschaft zu verabreden.

Da ich jedenfalls nicht möchte, Herr Matthiesen, daß die Bundesregierung von Ihnen überholt wird, habe ich meine Parteifreunde in Bonn auf die von Ihnen ausgehende Gefahr hingewiesen. Mehr kann ich nicht tun, um der Bundesregierung zu helfen.

(Heiterkeit des Ministers Matthiesen)

(B) Natürlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir uns gefreut, daß die Sozialdemokraten nach vielen Jahren zum erstenmal wieder das Stichwort "Gewaltmonopol des Staates" ausgesprochen haben.

Der Innenminister hat vor einiger Zeit viele Sünden zum Thema Asyl gebeichtet.

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Ja!)

Aber, was die Durchsetzung des Gewaltmonopols angeht, ist noch viel zu tun. Es ist noch viel zu tun im Bereich der organisierten Kriminalität, im Bereich der Alltagskriminalität. Die Polizeiorganisation kann in vielen Bereichen noch verbessert werden.

Wir alle gehen den richtigen Weg in der Bekämpfung der organisierten Kriminalität mit der Abschöpfung von Verbrechensgewinnen, der Lockerung des Steuergeheimnisses, der Eindämmung des Datenschutzes, der Verlängerung der Kronzeugenregelung. Insofern sind vor allen Dingen Umsetzung und Management

(C)

gefragt. Die Lehren aus Gladbeck, die Lehren aus dem Mord an Rohwedder zur Verbesserung der Organisationsstruktur der Polizei sind noch nicht alle gezogen worden. Wir werden den Innenminister ständig daran erinnern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt müssen wir - Kollege Linssen hat das angesprochen - mit allen Mitteln gegen den Extremismus ankämpfen. Aber ich lasse mir von niemandem einreden, dieses Land Bundesrepublik, das wir mit aufgebaut haben, sei kein moderner Rechtsstaat, sei Weimar, sei Drittes oder Viertes Reich. Wir lassen uns von ein paar Extremen, die von Geschichte keine Ahnung haben, von ein paar Idioten nicht unser Land kaputt machen!

(Beifall bei der F.D.P., der CDU und des Abgeordneten Henning [SPD])

Ich bin deswegen auch nicht bereit, im Gewande der Bußfertigkeit herumzulaufen, mich ständig dafür zu entschuldigen, daß es in unserem Lande Hohlköpfe gibt, die nichts begreifen, die nie etwas begriffen haben, die nie etwas von Geschichte verstanden haben.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir zeigen den Bürgern in der ganzen Welt, daß wir Deutschen die Geschichte verstanden haben: Hunderttausende von Menschen demonstrieren, und darauf sind wir stolz. Aber wir sagen auch dem Ausland: Hört auf, eure Vorurteile, sei es im Film oder in den Zeitungen, gegen uns auszuspielen! Auch ihr habt eine Verantwortung uns gegenüber, auch ihr habt Verantwortung vor der Geschichte!

(Beifall bei der F.D.P.)

Jetzt noch einmal zurück in unsere kleine Welt hier, nach Nordrhein-Westfalen: Parlamentsreform. Es mag sein, daß sich die Mehrheitsfraktion kurzfristig Vorteile ausrechnet, wenn sie der Opposition z. B. ein Enquete-Recht für eigene Untersuchungen erst gar nicht einräumt. Das heißt aber, daß sie sich selbst den Ast absägt, auf dem sie sitzt. Wer ständig Anträge der Opposition abschmettert, wer der Opposition nicht

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

die Rechte einräumt, die sie braucht, um wirksam zu werden, der diskreditiert selbst den Parlamentarismus, und andere werden daraus ihre Früchte ziehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zur Parlamentsreform, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört auch eine Verkleinerung des Parlaments. Es ist nicht einzusehen, daß wir nicht auch da von Unternehmen lernen: Landesregierung als Vorstand eines Unternehmens, der Landtag in seiner Gesamtheit eine Generalversammlung, die z. B. den Haushalt beschließt, im übrigen aber der Landtag, vertreten durch einen Aufsichtsrat.

Zur Reform des Landes gehört auch, daß sich die SPD endlich dafür entscheidet - wir hoffen, zu Beginn des nächsten Jahres -, in den Gemeinden eine effektives Stadtmanagement einzuführen. Dazu gehört auch die Direktwahl des Bürgermeisters.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Schlüsselwort "Reform der Strukturen von Schulen und Universitäten" will ich nur antippen. Wir alle haben lange davon geredet. Jetzt muß endlich gehandelt werden. Deswegen fordern wir von der Regierung einen Zeitplan, wann sie was umsetzen will.

(B)

Bis zum März 1993 erwarten wir die Vorlage der Regierung zu einer Kommunalverfassung, die diesen Namen auch verdient. Bis April 1993 erwarten wir das Konzept zur Reform der Schullandschaft, auch für ein modernes Hochschulmanagement. Bis zum September 1993 sollen die konkreten Schritte zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen vorgestellt werden; ich fände es gut, wenn eine Bürger-II-Kommission dazu ihre Arbeit leisten könnte.

Was wir jetzt brauchen, ist eine Koalition der Vernunft, insbesondere angesichts der sich rapide verschlechternden Wirtschaftslage. Alle sind bereit, Abstriche zu machen. Alle müssen Abstriche machen. Man muß sich nur einmal vor Augen führen, daß Deutschland nach der Wiedervereinigung von Platz 3 auf Platz 13 der wohlhabenden Nationen zurückgefallen ist, so daß eine Koalition der Vernunft notwendig ist. Das, was in Schweden möglich war, wo man viele, viele Jahre daran glaubte, es gehe immer so

(C)

weiter, muß auch in der Bundesrepublik Deutschland möglich sein: nämlich eine Koalition der Vernunft, um die Volkswirtschaft nicht ständig überzustrapazieren.

Das heißt, daß die Kostenbelastung in der Wirtschaft ein Maß erreicht hat, das nicht mehr zu verkraften ist. Die Politik muß die Strömungen der zunehmenden Erkenntnis, daß es so nicht weitergeht, daß wir eine solche Koalition der Vernunft brauchen, in der Wirtschaft, bei den Gewerkschaften, in der Politik aufnehmen.

Dazu gehört auch der breite Bevölkerungsschichten treffende Abbau von Subventionen und Finanzhilfen. Dazu gehören auch gezielte Einnahmenverbesserungen, beispielsweise, Herr Farthmann, über einen wieder einzuführenden Solidarzuschlag zur Einkommensteuer, eine Vermögensabgabe auf Immobilienbesitz. Nur wenn die Bürger das Gefühl haben, daß die Lasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit verteilt sind, nicht nach einem irgendwie gearteten politischen Opportunitätsprinzip, werden sie diese notwendigen Opfer akzeptieren.

Für Nordrhein-Westfalen heißt das: Wir müssen

1. den wirtschaftlichen Strukturwandel rasch nach vorne bringen, einhergehend mit einem drastischen Abbau von Erhaltungssubventionen und dem Ausbau wissens- und technologieintensiver Produktionen; (D)
2. die hochentwickelte Industrie Nordrhein-Westfalens als Systemkopf intelligenter und kreativer Arbeit verstehen;
3. Realeinkommen und Sozialleistungen für die Zeit der Umstrukturierung einfrieren, kombiniert mit Investivlöhnen;
4. unsere Ausbildungssysteme Schule und Hochschule erneuern und weiterentwickeln - eine ganz, ganz wichtige Aufgabe, um den Einstieg in die Wissens- und Informationstechnologie zu schaffen;
5. deregulieren, rationalisieren, privatisieren, auch Lösungen finden, das große private Geldver-

(A) (Dr. Rohde [F.D.P.]

mögen für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben zu mobilisieren.

Deswegen zum Schluß: Die demokratischen Traditionsparteien haben mitgeholfen, die Bundesrepublik und damit das Land Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Die erste Bewährungsprobe haben wir alle bestanden.

Die zweite Bewährungsprobe im neuen Deutschland müssen wir noch bestehen. Ich habe aber das Zutrauen zu der vielgescholtenen "politischen Klasse", die gar nicht so schlecht ist, wie sie draußen angesehen wird. Ihr ist es zu verdanken, daß wir in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen soviel geschafft haben. Ich habe das politische Vertrauen zu dieser politischen Klasse in Nordrhein-Westfalen, daß sie auch die zweite Bewährungsprobe bestehen wird. - Vielen herzlichen Dank!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Sprecherin der Fraktion DIE GRÜNEN, Frau Kollegin Höhn, das Wort. Bitte schön.

(B) Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Wir stehen am Ende des Jahres 1992 vor einer schwierigen gesellschaftlichen Situation. Die Armut wächst unter fast immer größeren Teilen der Bevölkerung. Die Wohnungsnot empfinden immer mehr Menschen als bedrohlich, Zukunftsangst macht sich breit, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus haben ein Ausmaß angenommen, das mich und meine Fraktion und, denke ich, Sie alle mit Abscheu und Wut erfüllt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir müssen diese Haushaltsberatungen nutzen, um Lösungen für diese Probleme zu finden. Die Aufgaben dazu muß die öffentliche Hand erfüllen. Sie muß Programme im Bereich Wohnungsbau, bei der Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit, zur Sicherung des Sozialstaates und gegen zusätzliche Verschmutzung der natürlichen Ressourcen wie Wasser, Boden und Luft, gegen das Waldsterben und die Klimakatastrophe auflegen.

(C)

Herr Linssen, in Ihrer Rede haben mir ganz wichtige Aspekte gefehlt. Es geht dabei um den Sozialabbau und Wohnungsnot. Dazu haben Sie nur ganz wenig gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben nur etwas zum Ausbau der Polizei gesagt. Das ist zu einfach.

Diesen wachsenden Aufgaben stehen die immer enger werdenden finanziellen Spielräume für die nächsten Jahre gegenüber. NRW wird durch den neuen Länderfinanzausgleich und die drohende Verteilung der Altschulden der ehemaligen DDR ab 1995 wesentlich stärker belastet werden. Die nachlassende Konjunktur wird in Nordrhein-Westfalen wesentlich geringere Steuereinnahmen bewirken.

Diese neue Situation darf aber nicht dazu führen, daß die öffentlichen Haushalt zu Lasten der einkommensschwachen Bevölkerungsanteile saniert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Gegenteil: Nach Jahren der Umverteilung von unten nach oben muß die soziale Gerechtigkeit wieder ihren Stellenwert erhalten. Für die sozialen Aufgaben ist immer mehr Geld erforderlich, das bereitgestellt werden muß.

(D)

Trotzdem müssen wir sparen. Genau das wollen wir GRÜNEN tun. Nicht, weil wir in das allgemeine Klagelied einstimmen wollen, sondern weil das Sparen aus unserer Sicht durchaus Reformchancen bietet. Sparen ist sinnvoll bei unsinnigen Großprojekten, superteuren U-Bahnen, Neubauten von Straßen. Würde dort konsequent gespart, wäre genug Geld für sinnvolle Aufgaben vorhanden. Wir wollen einen radikal verbesserten Öffentlichen Personennahverkehr, also mehr Straßenbahnen und Busse, mehr verkehrsberuhigte Zonen, mehr Güterverkehr auf die Bahn. Dadurch könnte es weniger Autos und weniger CO₂-Ausstoß geben.

Was könnten wir alles finanzieren, wenn in der Vergangenheit Fehler vermieden worden wären!

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

(A) (Höhn [GRÜNE])

Ein Beispiel: 1992 wird das Milliardengrab Atomreaktor Hamm-Uentrop wird noch einmal 170 Millionen DM aus dem Landeshaushalt verschlingen. Das sind 170 Millionen DM, die im sozialen Bereich wesentlich besser helfen würden als für dieses Milliardengrab.

Was wäre, wenn wir die vergeudeten Milliarden von Kalkar noch zur Verfügung hätten! - Auch damit könnten wir Wohnungsbauprogramme auflegen, für die die Mittel jetzt nicht mehr vorhanden sind.

Wir müssen also unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten sparen und umverteilen. Wir brauchen einen neuen ökologischen und sozialen Pakt, einen New Deal für eine grüne Zukunft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ministerpräsident Rau hat einen ähnlichen Gedanken auf die Formel gebracht: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache. - Wir glauben, daß ein Haushalt, der diesem Gedanken entspricht, für 1993 möglich wäre. Wir haben dazu einen Vorschlag unterbreitet: Angesichts der zukünftigen finanziellen Belastungen wollen wir 1993 darüber hinaus sogar noch 500 Millionen DM weniger Schulden machen, als dies die Landesregierung vorgesehen hat. Außerdem wollen wir erhebliche Mittel im bestehenden Haushalt umverteilen. Das betrifft zum einen den Sozialhaushalt, Wohnungsbauprogramme und den Ausbau von Jugendbetreuung. Wir meinen, es dürfen in den Schulen keine Lehrerstellen gekürzt werden - im Gegenteil. Das gilt auch für soziokulturelle Zentren und Jugendheime.

(B)

Es kann nicht sein, daß in der jetzigen Situation Mittel für Jugendliche gekürzt werden, wie es im Landeshaushalt aber vorgesehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es sind die klaren Frage zu beantworten: Welche Projekte sind nicht mehr bezahlbar? Wen können wir belasten? Wer hat in diesem Verteilungskampf die stärkeren Schultern?

(Vorsitz: Vizepräsident Schmidt)

(C)

Bei Einsparung und dem Umverteilung geht es im wesentlichen um zwei wichtige Bereiche, und zwar zum einen um eine humanere und ökologischere Wirtschafts- und Umweltpolitik und zum anderen um eine Sozial- und Wohnungspolitik, die diesen Namen endlich verdient.

Ich fange mit der Wirtschafts- und Umweltpolitik an: Die Landesregierung betreibt eine Wirtschaftspolitik, die zunehmender Kritik von allen Seiten ausgesetzt ist. Die Gewerkschaften, die die Arbeitsplätze im Auge haben, sagen dazu, es sei eine Wirtschaftsförderung nach Gutsherrenart. Die Arbeitgeber haben sich durch die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer zu Wort gemeldet. Nach einer Umfrage kommen sie zu folgendem vernichtenden Urteil: 84 % der subventionierten Unternehmen sind der Meinung, daß die Subventionen keinerlei Bedeutung für ihre Investitionsentscheidung haben.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Hört! Hört!)

Sinnvolle Kriterien für die Vergabe dieser Wirtschaftsförderungsmittel sind in den letzten Jahren nicht erstellt worden. Im Gegenteil: Trotz Fehlens solcher sinnvollen Kriterien sind die Ausgaben dafür immer stärker gestiegen. Sie haben sich von 400 Millionen DM 1985 auf inzwischen 1,6 Milliarden DM im Jahre 1993 vervierfacht.

(D)

Wir stellen fest, daß die Betroffenen diese Wirtschaftsförderungsmittel offensichtlich gar nicht benötigen. Die Folge kann doch nur sein: Streichen wir sie, meine Damen und Herren! Wir haben es hier mit starken Schultern zu tun. Diese 1,6 Milliarden DM können wir sehr gut in anderen Bereichen gebrauchen und dort für schwache Schultern etwas tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Woanders dagegen wird sehr schnell gehandelt und gekürzt. Der Finanzminister hat angekündigt, daß er 6 900 Stellen im öffentlichen Dienst streichen will.

Herr Ministerpräsident Rau, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vom November dieses Jahres die Notwendigkeit der Personaleinsparung damit begründet, daß Sie gesagt haben: Wir müssen uns dieser Aufgabe auch deshalb stellen, weil die Personalkosten

(A) (Höhn [GRÜNE])

sonst einen immer größeren Teil des Landeshaushalts beanspruchen würden.

Herr Ministerpräsident, ich möchte Sie in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Personalquote im Haushalt in den letzten 15 Jahren sogar leicht rückläufig war: 1977 betrug sie 40,7 %, 1984 noch 40,2 % und 1992 nur noch 39,7 %. Das eine Prozent, um das sie jetzt niedriger ist als noch vor 15 Jahren, bedeutet immerhin 750 Millionen DM. Die könnten wir also auch nach Ihrer Rechnung, ohne die Personalquote zu erhöhen, im personellen Bereich investieren. Ich denke, das macht Sinn.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Das ist eine Milchmädchenrechnung!)

- Das ist keine Milchmädchenrechnung! Personalquote ist und bleibt Personalquote! Sie machen eine Milchmädchenrechnung!

Auch aus dieser Sicht macht es keinen Sinn, jetzt Personaleinsparungen zum Teil mit der Brechstange vorzunehmen und noch mehr Arbeitslosigkeit in einer Zeit zu erzeugen, in der die Konjunktur sinkt.

(B) Meine Damen und Herren! Das Zauberwort der CDU und F.D.P. in diesen Haushaltsberatungen heißt: der schlanke Staat. Das hat Herr Rohde eben auch noch einmal formuliert. Der Staat soll nur noch möglichst wenig Aufgaben übernehmen; möglichst viele Bereiche sollen privatisiert werden. Wir stellen fest, daß die SPD diese Politik offensichtlich leider mitmacht und sich damit aufs Glatteis führen läßt.

Erste Pläne der Landesregierung liegen vor. Privatisiert werden sollen zum Beispiel Teile des Reinigungsbereichs. Das sind, so stelle ich fest, niedrigbezahlte Arbeitsplätze von Frauen. Wenn dieser Bereich privatisiert wird, folgen daraus in der Regel schlechtere Sozialleistungen für die Frauen. Es wird seltener geputzt; dafür müssen aggressivere Putzmittel verwendet werden. Das ist ökologisch und gesundheitlich schädlich.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Oh, oh!)

(C)

Es gibt genug Fälle, in denen Privatisierung im Reinigungsbereich eingeführt wurde, was dazu geführt hat - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Linssen [CDU])

- Herr Linssen, rufen Sie nicht "oh"! Es gibt genug Fälle, in denen wir Reinigungsfrauen aus den schmalen Räumen, in denen die Putzmittel aufbewahrt werden, halb ohnmächtig herausziehen mußten. Gehen Sie einmal durch, wenn diese scharfen Reinigungsmittel in Räumen eingesetzt werden! Dann wird Ihnen auch schlecht werden. Und die Frauen müssen unter solchen Bedingungen tagtäglich arbeiten! Ich glaube, Sie, Herr Linssen, haben Arbeitsbedingungen, die wesentlich besser sind als die von Putzfrauen, und Sie sollten sich daher mit Ihrem "Oh" hier ein solches Urteil nicht erlauben!

Das ist nur ein kleines Beispiel, das aber zeigt, wie ökologischer Unsinn mit sozialem Abstieg sogar noch einhergeht.

Wie wenig seriös die Berechnungen sind, nach denen die Privatisierung wirklich kostengünstiger ist, zeigt das Beispiel des Aachener Klinikums. Der Finanzminister bezieht sich hier auf eine Untersuchung, die nie - hören Sie zu! - veröffentlicht und mittlerweile zurückgezogen worden ist. Das ist also die Grundlage dafür, sich hier für Privatisierung zu entscheiden.

(D)

Wir stellen fest, daß die Landesregierung beabsichtigt, auf Kosten einer schwachen Gruppe in dieser Gesellschaft, den Frauen mit Niedrigstlöhnen, häufig ausländischen Frauen, zu sparen. Wir halten das nicht nur für falsch; wir wollen versuchen, das zu verhindern, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im übrigen noch ein Argument: Selbst wenn die Landesregierung die geplanten 6 900 Stellen abbauen und damit zu einem zusätzlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit beitragen würde, könnte sie damit noch nicht einmal ganz 500 Millionen DM im Jahr einsparen. Das sind aber noch weniger als 30 % dessen, was die Unternehmen über diese Wirtschaftsförderung bekommen und was sie gar nicht haben wollen. Das zeigt: Wenn wir die Wirtschaftsförderung sparen würden,

(A) (Höhn [GRÜNE])

könnten wir damit gut und gerne diese 6 900 Stellen finanzieren und hätten darüber hinaus noch eine weitere Milliarde DM zur Verfügung.

Wir fragen: Wo soll denn eigentlich der Stellenabbau stattfinden, der doch mit der Privatisierung eingeleitet werden soll? Etwa in den Schulen, wo der Kahlschlag nach dem Kienbaum-Konzept gerade angefangen hat? Etwa in den Hochschulen, wo seit Mitte der 70er Jahre mit einer hoffnungslosen Überlastung der Beschäftigten zu kämpfen ist? Etwa bei den Polizeibehörden, wo sich die Überstunden ins Unermessliche aufblähen? Etwa in den Krankenhäusern, wo jetzt schon zu wenig Personal ist? Etwa in den Umweltbehörden, damit sich die Betriebe noch weniger an Umweltauflagen halten müssen? Oder bei den Finanzämtern, damit die Steuereinnahmen sinken, weil nicht mehr so gut überprüft werden kann? Wir sind auf die noch nicht veröffentlichten konkreten Vorschläge der Landesregierung gespannt!

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister, Sie haben uns an Ihrer Seite, wenn wir gemeinsam an den Abbau von Sozial- und ungerechtfertigten Privilegien im öffentlichen Dienst herangehen würden! Hier könnte nach unserer Meinung gespart werden - hier treffen wir auf starke Schultern - und nicht dadurch, daß Sie ganze Bereiche privatisieren wollen.

(B)

Mich empört es immer wieder, wie ungerecht dieser Staat ist. Eine besserverdienende Beamtin, die ein Kind großgezogen hat, erhält für ein Kindererziehungsjahr 150 DM Zuschlag für ihre Pension, während eine Angestellte oder Arbeiterin oder Hausfrau für die gleiche gesellschaftliche Leistung, nämlich auch ein Kind großzuziehen, für ein Kindererziehungsjahr nur 30 DM pro Monat Zuschlag zu ihrer Rente erhält.

Dieser Staat sieht also offensichtlich die Erziehung eines Beamtenkindes für fünfmal so wichtig an wie die Erziehung eines Kindes in einer Angestellten- oder Arbeiterfamilie. Das halte ich für eine bodenlose Ungerechtigkeit, die beseitigt werden muß.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum kommen Besserverdienende im öffentlichen Dienst häufig mit einem Fünftel des Krankenversiche-

(C)

rungsbeitrages aus, wenn sie alle Vergünstigungen des öffentlichen Dienstes nutzen? Sie können damit Tausende von DM im Jahr sparen - übrigens mit dem zweiten damit verbundenen Nachteil, daß sie sich dann privat versichern müssen und damit den gesetzlichen Krankenkassen besserverdienende Mitglieder entzogen werden. Auch das geht wieder auf Kosten der Allgemeinheit.

Ich möchte noch ein weiteres Beispiel nennen, um zu zeigen, wo nach unserer Meinung angesetzt werden könnte. Nehmen wir einmal die Gewinnspanne im öffentlichen Dienst: A 3 bedeutet je nach Familienstand ein Einkommen von ungefähr 2 500 DM im Monat. B 10 sind ca. 15 000 DM im Monat; Zulagen kommen noch hinzu. Eine lineare Tarifierhöhung von 5 % bringt dem Menschen mit A 3 also 125 DM im Monat, dem Menschen mit B 10 750 DM im Monat. Unter den Polizisten sind zum Beispiel eine große Zahl schlecht bezahlter Kolleginnen und Kollegen. Die einzig richtige Methode für die Bekämpfung der Kriminalität scheinen mir eine angemessene Bezahlung und, damit verbunden, gut motivierte Polizisten zu sein, meine Damen und Herren!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern den Finanzminister auf, bei den nächsten Tarifierhöhungen auf ein Ergebnis zu drängen, das diese sozialen Ungerechtigkeiten nicht weiter verschärft. Und wir fordern die Landesregierung auf, entschieden für eine Reform des öffentlichen Dienstes einzutreten und dabei die ungerechtfertigten Privilegien von gutverdienenden Beamten und Beamtinnen abzubauen.

(D)

Auch wir wollen die Verwaltung effizienter machen. Wir schlagen dafür aber einen ganz anderen Weg vor. Entscheidungsstrukturen müssen dezentraler angelegt werden. Die Aufgabe von Behörden und Verwaltungen muß sein, daß sie für die Bevölkerung arbeiten. Sie dürfen nicht häufig so tun, als wenn die Bevölkerung nur ein lästiges Übel sei, das auch noch verwaltet werden müsse. Der richtige und notwendige Weg aus unserer Sicht ist also nicht der schlanke Staat, sondern eine Umstrukturierung der Behörden, eine Reform des öffentlichen Dienstes.

(A) (Höhn [GRÜNE])

Ähnlich verhält es sich bei der Umstrukturierung der Wirtschaft zugunsten des Umweltschutzes. Wir erlauben uns ein Wirtschaftssystem, das sich zu Lasten der Schwachen, Herr Ministerpräsident, in dieser Gesellschaft, nämlich unserer Kinder, auswirkt. Wir wissen alle, daß die Umweltschäden, die Altlasten, die Verseuchung der Luft, des Bodens und des Wassers durch die heutige Produktion entstehen, von den nach uns kommenden Generationen aber teuer bezahlt werden müssen. Wir wissen, daß Veränderungen in der Produktion solche Schäden für die Umwelt vermeiden könnten. Dies käme um ein vielfaches billiger als das heutige Wirtschaften.

Warum ziehen wir aus diesem Wissen nicht endlich Konsequenzen? Es ist immer viel leichter, ein Problem vor sich herzuschieben, in eingefahrenen Gleisen weiterzumachen, als sich den Widerständen, die sich auf neuen Wegen zeigen, zu stellen.

Wir GRÜNEN aber sind der Meinung, daß die Politik vor dieser Verantwortung ihre Augen nicht weiter verschließen darf und dieses Problem anpacken muß.

(B) Eine solche notwendige Veränderung der Wirtschaft wollen wir auch durch Ökoabgaben erreichen. Wir wissen aus Erfahrung in den Ländern, in denen solche Abgaben inzwischen eingeführt worden sind, daß sie nur dann eine Wirkung erzielen können, wenn sie eine bestimmte Höhe erreichen. Wir wollen unterschiedlichste Öko-abgaben einführen, die schon kurzfristig Einnahmen von 1,2 Milliarden DM ermöglichen würden. Diese Mittel wollen wir verwenden, um Umweltmaßnahmen zu finanzieren.

Wir glauben, daß die bisherige Politik der Landesregierung hierbei in die falsche Richtung gegangen ist. Das möchte ich am Energie- und Verkehrsbereich erläutern.

Wir wissen alle, daß der Wald nicht mehr langsam, sondern immer schneller stirbt. Immer mehr Menschen sehen ein, daß die Klimakatastrophe fatale Auswirkungen haben wird.

Dagegen stehen noch vollmundige Versprechungen der verantwortlichen Politiker, den CO₂-Ausstoß um 30 % zu verringern. Das ist ein Wort, aber getan wurde nichts. Im Gegenteil! Seit 1976, Herr Minister-

(C)

präsident, sind die Ausgaben des Landeshaushalts für rationelle Energienutzung von 200 Millionen auf 80 Millionen DM für 1993 zusammengestrichen worden.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: 1986!)

- Auf 80 Millionen für 1993 zusammengestrichen worden!

Mit der Aussetzung des REN-Programms wird die Bereitschaft einzelner engagierter Bürgerinnen und Bürger zerstört. Es spricht doch für das Programm, daß es einen Überhang von 8 000 Anträgen gibt. Warum wird nicht weiter aufgestockt, warum werden die Bearbeitungszeiten nicht verkürzt?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Während Projekte zur Energieeinsparung unzureichend gefördert werden, puscht die Landesregierung weiterhin so unsinnige Großprojekte wie das 770-Megawatt-Kraftwerk in Gelsenkirchen. Vielleicht werden wir auch irgendwann einmal sagen: "Diese Ausgaben hätten wir uns sparen können!", so wie in Kalkar, "und hätten hier sehr viel mehr in kleinere, dezentrale Einheiten hinein umsteuern müssen." So werden Großprojekte, die großen Gewinn abwerfen, die von großen Energieversorgungsunternehmen gepusht werden, auch von der Landesregierung favorisiert; und damit wird eine unsägliche Energiepolitik weitergeführt.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist wahrlich ein energiepolitischer Offenbarungseid, in den die in eingefahrenen Gleisen sich bewegende Politik der Landesregierung immer noch mündet.

Ich verstehe, wenn Jugendliche dazu einfach sagen: "In der Politik wird viel geredet, aber das Gegenteil von dem wird getan." - Damit entsteht Politikverdrossenheit, und damit entsteht bei Jugendlichen auch der Wunsch, selbst aktiv einzuschreiten und etwas zu unternehmen, weil Politiker offensichtlich unfähig sind, ihre Probleme richtig umzusetzen.

Hier in Nordrhein-Westfalen bestimmt die Politik für die Großkonzerne die Richtlinien, während die Klei-

(A) (Höhn [GRÜNE])

nen das Nachsehen haben. Damit verhindert die Wirtschaftspolitik der Landesregierung, die zu sehr auf die Interessen der Großunternehmen ausgerichtet ist, den ökologischen Fortschritt.

In der letzten Haushaltsrede hat Ministerpräsident Rau auf die Frage der GRÜNEN, warum entgegen der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten mehr für den Straßenneubau als für den öffentlichen Personennahverkehr ausgegeben wurde, geantwortet, man müsse das Ganze über die gesamte Wahlperiode sehen und könne nicht von einem einzigen Jahr ausgehen.

Die Zahlen der letzten vier Jahre sprechen aber gegen diese Aussage. Denn auch für die letzten vier Jahre gilt: 3,2 Milliarden DM wurden für den Straßenneubau, nur 1,9 Milliarden DM für den ÖPNV ausgegeben. Auch über die ganze Wahlperiode gilt also, daß der Straßenausbau und eben nicht der öffentliche Nahverkehr - so, wie wir es wollen - gefördert wurde.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Haben wir ihn also erwischt!)

(B) Für sündhaft teure U-Bahnen ist immer noch Geld vorhanden: 100 Millionen DM für einen Kilometer! Was könnten wir mit 100 Millionen DM in anderen Bereichen alles machen?! Damit wird dann nur ein Kilometer U-Bahn gebaut.

Wir schlagen deshalb vor, den Straßenneubau kurzfristig um 200 Millionen DM, mittelfristig um mindestens eine halbe Milliarde DM zu kürzen und diese Mittel in anderen Bereichen, wo wir es für dringender halten, einzusetzen.

Herr Farthmann, im Umweltbereich ist es so, daß jeder kleine Umweltsünder, der seinen Müll in den Wald kippt, eine drastische Strafe erhält. Das finden wir auch in Ordnung; das ist richtig so.

Aber weshalb gilt das denn nicht für Industrieunternehmen, die mit dem, was sie tun, ein Vielfaches von dem anrichten als jemand, der seinen Müll in den Wald kippt? - Im Gewerbeaufsichtsamt kommen auf einen Aufsichtsbeamten 500 Betriebe. Es kann sich doch jeder Betrieb an fünf Fingern ausrechnen, daß er sich an Umweltauflagen gar nicht halten muß, weil

(C)

die Wahrscheinlichkeit, daß er bei dem, was er tut, erwischt wird, derart gegen Null tendiert, daß er das Risiko ruhig auf sich nehmen kann. Das ist eine indirekte Subventionierung der Betriebe in Nordrhein-Westfalen, und zwar auf Kosten der Umwelt, die uns mit den nächsten Altlasten teuer zu stehen kommen wird.

Auch bei der Steuerfahndung gibt es eine Gerechtigkeitslücke. Es kann nicht sein, daß Steuerhinterziehung, bei der Milliarden am Staat vorbeigeschleust werden, immer noch als Kavaliersdelikt gilt, während jeder abhängig Beschäftigte automatisch seine Lohnsteuer abgezogen bekommt.

Auch hier sind wieder die Starken, Herr Schauerte, besonders begünstigt und die Schwachen besonders betroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Nach Berechnungen des Bundesrechnungshofs entgehen dem Staat wegen mangelnder Betriebsprüfung pro Jahr 10 Milliarden DM. Das sind Zahlen von 1984. Würden wir sie auf 1993 hochrechnen, dann wäre es noch eine Menge mehr, was wir umverteilen könnten. Wir wollen denjenigen mit den starken Schultern genauso auf die Finger klopfen wie den Schwachen, nicht mehr und nicht weniger, Herr Schauerte.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist wohl legitim.

Ich komme zu einem Gebiet, das in der Politik der Landesregierung bisher immer eine sehr wichtige Rolle gespielt hat, zum Ruhrgebiet. Herr Ministerpräsident, Sie sprechen sehr oft von dem Ruhrgebiet als dem Herzstück von Nordrhein-Westfalen. Dem kann ich zustimmen. Die Menschen im Ruhrgebiet haben durch ihre Arbeit einen wesentlichen Anteil am Wirtschaftsaufbau der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg gehabt. Sie haben mit extrem hohen Umweltverschmutzungen leben müssen, und sie sind durch die Bergbau- und Stahlkrisen auch sozial besonders gebeutelt worden. Ich habe ein besonders warmes Verhältnis zum Ruhrgebiet, weil ich mit

(A) (Höhn [GRÜNE])

meiner Familie dort lebe, in der nicht gerade bevorzugten Emscher-Region.

Gerade das Ruhrgebiet kann als besonders gutes Beispiel für die Sünden vergangenen Produzierens, die gesundheitlichen Belastungen und die finanziellen Folgen gelten. Ich nehme als Beispiel die Altlastgeschädigten in Bochum-Wattenscheid, Martin-Lang-Straße. Sie kennen den Fall; die Leute haben Ihnen geschrieben. Sehen wir uns diesen Fall einmal genauer an!

Zunächst ist ein ehemaliges Zechengelände saniert worden. Dann sind acht Gutachten erstellt worden, um festzustellen, ob das Gelände bebaut werden könne. Dann sind dort Menschen eingezogen, haben dort gelebt, haben ihren Garten angelegt, die Kinder haben im Garten im Boden gebuddelt. Vor einigen Jahren wurde nun festgestellt, daß es gesundheitsgefährdend ist, dort zu wohnen. Also wurden 15 Millionen DM für die Umsiedlung bereitgestellt, nicht um Ersatz für etwaige gesundheitliche Schäden zu leisten, sondern nur für den materiellen Wert der Häuser.

(B)

Sehen wir einmal die Tragödie, die es für eine Familie bedeutet, jahrelang auf einem verseuchten Boden zu leben und jahrelang den Streit mit der Kommune und dem Land wegen einer Einigung zu führen, so ist es auch finanziell ein Desaster. Das alles sind Millioenschäden, die eine Firma verursacht hat, weil sie umweltschädigend produziert hat. Für diese Schäden müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nun aufkommen, obwohl am Ende für die Betroffenen nicht einmal eine befriedigende Lösung geschaffen wurde. Die Bewohner müssen nun unterschreiben, daß sie auf Ersatz für den möglichen Schaden, der durch den verseuchten Boden verursacht wurde, verzichten.

Damals, als die Zeche diese Schäden verursachte, war sich die Mehrheit der Bevölkerung der negativen Begleitfolgen der Verseuchung durch die Produktion gar nicht bewußt. Nun wissen wir das alles, und trotzdem werden keine Konsequenzen für die Zukunft gezogen. Das kann nicht so weitergehen. Bei der Produktion wird weiter die Umwelt verseucht; die Altlasten von morgen entstehen heute. Das ist ein Politikverständnis, das ich nicht teilen kann. Wir

(C)

müssen da ansetzen, wo die Ursachen sind: bei der Produktion direkt. Bei dem jetzigen Verfahren wird das auf Kosten der kleinen Leute ausgetragen. Letzten Endes kann das jeden von uns treffen, und damit ist dann ein jahrelanges Elend verbunden. Auch hier muß es heißen: Starke Schultern müssen mehr tragen als schwache.

Obwohl wir inzwischen alle diese Erfahrungen gemacht haben und wissen, was wir von Gutachten zu halten haben, die eine gesundheitliche Unbedenklichkeit für jetzt und die Ewigkeit bescheinigen, stellt diese Landesregierung die Weichen dafür, daß Tausende von Tonnen Müll in die ausgedienten Bergwerke des Ruhrgebiets eingelagert werden. Sie wissen, daß es sich dabei um keine rückholbaren Deponien handelt, sondern daß dieser Müll dort verschwindet und man nie wieder an ihn herankommen wird.

(Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: Wo waren die GRÜNEN bei der Besichtigung in Walsum? Nicht da!)

- Die Grünen sind da, Herr Meyer, und wissen das. Ich bin dort schon unter Tage gewesen. Wir, die GRÜNEN-Fraktion, haben ein Gutachten erstellen lassen. Das ist der wichtige Punkt, Herr Meyer:

(D)

(Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: Selbst in Augenschein nehmen!) [F.D.P.]

Die Gefährdung des Grundwassers ist nicht auszuschließen. Das heißt: Von der Landesregierung wird jetzt ein Verfahren eingeleitet, und damit vielleicht letzten Endes die Verantwortung übernommen oder auch nicht übernommen - ich weiß es nicht -, das die Gefahr in sich birgt, daß das gesamte Grundwasser des Ruhrgebiets im großen Stil verseucht wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich könnte diese Verantwortung nicht übernehmen. Denn in der Vergangenheit haben Gutachten oft genug versagt.

Ich habe den Eindruck, daß die Landesregierung einige sehr bittere Pillen für das Herzstück des Landes vorgesehen hat. Es kann nicht angehen, daß die

(A) (Höhn [GRÜNE])

Landesregierung insbesondere die Emscher-Region mit Müllverbrennungsanlagen vollknallt und nun auch noch den ganzen Müll in die alten Stollen abschieben will. Will die Landesregierung wirklich das Ruhrgebiet zum "Müllklo" der Nation machen? Eine solche Politik haben die Menschen dort nicht verdient. Wir werden versuchen, auch das zu verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

- Ja, vor allem die GRÜNEN. Die müssen nämlich anfangen, wenn Sie nicht bereit sind, die ersten Schritte zu tun. Es kann nicht sein, daß sich die Großväter und Väter in den Bergwerken und beim Stahlkochen ihr Asthma und ihre Bronchitis geholt haben und daß die Töchter und Enkelkinder jetzt den Müll vor die Tür gekippt bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bekomme das Herzflattern, wenn ich sehe, wie die Landesregierung mit diesem Herzstück des Landes, dem Ruhrgebiet, umgeht.

(B) Wir machen den konkreten Vorschlag, daß mit einem Teil der 300 Millionen DM, die eine Abwärmeabgabe einbringen würde, im Ruhrgebiet etwas Produktives gemacht wird, daß nämlich das Fernwärmenetz im Ruhrgebiet ausgebaut wird. Das würde den Menschen dort helfen, nicht aber die Pläne der Landesregierung. Das wäre ein Beitrag Nordrhein-Westfalens zur CO₂-Reduktion, und dafür wäre das Ruhrgebiet hervorragend geeignet. Wir haben zur Zeit in Nordrhein-Westfalen einen Ausbaugrad des Fernwärmenetzes von 5,2 %. Der Durchschnitt im Bundesgebiet liegt bei 5,6 %, und das Vorbildland Dänemark hat einen Ausbaugrad von 45 %. Das Ruhrgebiet würde sich mit seiner dichten Bevölkerungsstruktur und seinen großen Städten wunderbar für einen solchen Ausbau eignen. Das sollten wir in Angriff nehmen. Dann könnten wir auch etwas zur CO₂-Reduktion beitragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist der Umbau der Industrie besonders wichtig, um gesundheitliche Schäden zu vermeiden, zukünftige Kosten zu minimieren und Arbeitsplätze langfristig zu erhalten. Besonders

(C)

betroffen wären hier die starken Schultern, nämlich die Chemieindustrie und die Energiekonzerne, die diese Abgabe gut verkraften würden.

Ich denke, es ist ein Skandal, daß in diesem Jahr die Ausgaben im Umweltbereich des Landeshaushalts nochmals um die Hälfte reduziert worden sind. Sie machten vorher 1,5 % des Landeshaushalts aus. Jetzt ist der Prozentsatz so gering, daß wir ihn bald gar nicht mehr nennen mögen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben im letzten Jahr bei der dritten Lesung des Landeshaushalts auf meine Frage, wieviel Geld für Frauenpolitik ausgegeben wird, gesagt - und darüber habe ich mich sehr gefreut -: 37 Milliarden DM.

Das fände ich toll, wenn wir das erreichen würden. 37 Milliarden DM sind die Hälfte des Haushaltes; ich denke, der Hälfte der Bevölkerung würde auch die Hälfte des Haushaltes gut anstehen. Leider sind die Erfahrungen, die wir gemacht haben, andere. Frauenpolitik findet in den anderen Ressorts nicht statt.

(Minister Matthiesen: Das stimmt ja nicht!)

- Ja, Herr Matthiesen, gerade Sie haben nichts für Frauenförderung übrig mit Ihrer Müllpolitik.

(D)

(Minister Matthiesen: Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

Es gilt, das hehre Ziel Arbeitsmarktförderung - besonders zur Bekämpfung der Frauenarbeitslosigkeit - zu nutzen. Das Gegenteil ist aber der Fall. Durch die ABM-Kürzungen werden gerade Frauenprojekte besonders gefährdet; die brechen zusammen, da droht Arbeitslosigkeit.

Die Verwendung der Wirtschaftsförderungsmittel zeigt auch einen traurigen Rekord. 0,3 Prozent der Mittel werden an Frauenprojekte gegeben, auch hier viel zu wenig.

Man hätte doch die Neubesetzung des MAGS dazu nutzen können, dem Frauenministerium den Bereich Arbeit zu übertragen. Das wäre eine Aufwertung des Frauenministeriums gewesen. Das wäre ein positives

(A) (Höhn [GRÜNE])

Zeichen seitens der Landesregierung, die Schwachen zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Plenartage und in diesem Rahmen die Haushaltsberatungen der letzten Woche sind besonders von einem Thema beherrscht worden, dem wachsenden Rassismus. Ich habe den Eindruck, bei diesem Thema haben sich CDU und F.D.P. ganz schön verrechnet. Wenn wir die Entwicklung Revue passieren lassen, ist folgendes passiert. Vor einigen Jahren fing es an, daß Vertreterinnen und Vertreter dieser Parteien die Sommermonate nutzten, um vor der Flut von Ausländern zu warnen, um dieses Thema zu puschen. Inzwischen ist es soweit, daß es ein Thema geworden ist. Herr Linssen hat sich hier im Landtag daran beteiligt mit Begriffen wie Asyltourismus, Asylschwindel und vielem mehr.

Jetzt bekommt die CDU zunehmend Schwierigkeiten mit ihrer populistischen Politik. Die eigene Basis meldet Kritik an.

(B) Ich habe hier eine Anzeige in der TAZ - vielleicht können Sie die von da hinten erkennen -, da steht hier links: "Das Boot ist voll". Ich erinnere daran, daß es der Herr Rühle war, der mit diesem Ausdruck in die Asyldebatte eingegriffen hat. Wer war es, wer macht diese Anzeige? Die Katholische Jugend. Die sagt: Sie sagen, das Boot ist voll und Sie, hier rechts, sagen: Wir sagen, ein demokratisches Deutschland braucht offene Grenzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sagt die Katholische Jugend. Ich denke, wir müssen ihr Recht geben. Weiter: "Für den Erhalt des Grundrechts auf Asyl. Für die rechtliche und politische Gleichstellung aller Menschen in Deutschland, für eine eindeutige Antidiskriminierungspolitik."

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, Sie haben langsam Probleme, Ihre eigene Politik selbst bei Katholiken, sonst Ihr großes Wählerpotential, herüberzubringen.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

(C)

Die katholische junge Gemeinde sagt auch, was Sie hier bestritten oder nicht aufgegriffen haben. In der Wohnungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik muß etwas geändert werden und nicht im Asylrecht.

Aber das ist noch nicht alles. Auch bei den Wirtschaftsbossen bekommen Sie mit Ihrer Politik zunehmend Probleme.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Es ist interessant, daß die GRÜNEN mit den Wirtschaftsbossen zusammen gegen Fremdenfeindlichkeit aktiv geworden sind und daß die Unternehmen zunehmend auf der anderen Seite der CDU stehen, die sonst immer behauptet, sie würde deren Interessen vertreten.

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

Und aus welchem Grund? In vielen Konzernen haben wir mittlerweile einen Beschäftigungsanteil von Ausländerinnen und Ausländern von 30 bis 40 %. Die Ruhrkohle - AG z. B. will keine Randalen unter Tage im Bergwerk haben, weil, wenn hier über Asyl und über Fremdenfeindlichkeit geredet wird, von der CDU dieses Thema gepuscht wird.

(D)

Ich denke, bei dieser ganzen Debatte haben Sie eins verpaßt: Die Stimmung ist umgekippt, und sie ist nach Mölln umgekippt, weil die Leute gemerkt haben, daß hier überzogen worden ist.

Nun sind Sie von der CDU mit Ihrer Strategie, die Ausländer als Sündenböcke für verfehlte Politik zu benennen, vollkommen in die Defensive geraten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist nicht wahr!)

Ich möchte noch auf eine Behauptung von Frau Philipp und Herrn Schauerte eingehen, die sie in den letzten Tagen hier genannt haben. Da sagen Sie: Linke Lehrer produzieren rechte Schüler.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Leider wahr!)

(A) (Höhn [GRÜNE])

Wissen Sie was, Herr Schauerte, was ich da nur sagen kann? Das ist der Frust von Herrn Schauerte, daß die CDU zwanzig Jahre lang einer Jugendbewegung hinterhergerannt ist, bei der sie nie eine Chance hatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich denke, dahinter steckt Frust.

Ich sage Ihnen einmal, wie unsinnig eine solche Aussage ist, einen solchen simplen Zusammenhang herzustellen. Ich selbst habe zwei Söhne in dem Alter, von den Jugendlichen, die momentan Brandanschläge verüben; meine beiden Söhne sind fünfzehn und sechzehn Jahre alt. Sie haben grüne Eltern, sie haben auf der einen Seite einen roten Großvater und auf der anderen Seite schwarze Großeltern. Ihre Lehrerinnen und Lehrer sind links, rechts, F.D.P. ist auch dabei.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Das ist aber Zufall!)

(B) Einer meiner Söhne will Börsenmakler werden, der andere hat zusammen mit einer ausländischen Mitschülerin stellvertretend für die Oberhausener Schülerinnen und Schüler bei einer Demonstration des DGB gegen Fremdenfeindlichkeit dort die Rede für die Schülerinnen und Schüler gehalten. Ich sage nur: Die beiden sind weder rechts noch links, aber sie sind - darauf bin ich stolz - beide Demokraten. Das gilt für ihre Freunde und Freundinnen genauso.

Das gilt für Schülerinnen und Schüler, die gegen den Golfkrieg demonstriert haben, genauso; das gilt für diejenigen, die sich mit ihren Lehrern zusammen vor Asylheime gestellt und sie verteidigt haben. Als Sie von der CDU noch Verständnis für die Täter hatten und kein Wort über die Opfer verloren haben, standen diese Schülerinnen und Schüler vor den Asylheimen und haben sie geschützt. Das ist die Wahrheit, und die wollen Sie nicht hören!

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordneter van Schewick [CDU]: Das ist ungeheuerlich!)

- Das ist nicht ungeheuerlich, sondern was Sie hier machen, indem Sie sagen "linke Lehrer produzieren rechte Schüler!", ist platt und ist genau das, was Sie

(C)

den Medien vorwerfen, indem Sie sagen "Dort werden nur einseitig die Steinewerfer gezeigt". Was Sie machen, ist, daß Sie einen Teil der Jugendlichen, der in keiner Weise die Mehrheit darstellt, plötzlich als die große Jugendbewegung hinstellen. Damit puschen Sie die rechte Jugendbewegung und nicht die Mehrheit der Jugendlichen, die sich hier für Demokratie einsetzt.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Das stimmt doch gar nicht! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: So dumm sind wir doch gar nicht! - Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Frau Kollegin Höhn, ich möchte Sie herzlich bitten, Ihre Redewendungen so einzurichten, daß Sie der demokratischen Partei, die Sie in diesem Zusammenhang angesprochen haben, nicht unterstellen, daß Verständnis für Gewaltakte möglicherweise von der Fraktion geduldet wird.

(Beifall bei der CDU)

Abgeordnete Höhn (GRÜNE): Ich möchte in diesem Zusammenhang auf ein Zitat hinweisen, das ich heute über den Herrn Linssen in der Zeitung gelesen habe, der, als er die Auswirkungen des Privatfernsehens beschrieben hat, gesagt hat: "Das haben wir nicht gewollt."

(D)

Meine Damen und Herren, Sie haben sich immer für das Privatfernsehen eingesetzt. Es ist auch eine Quelle, eine der vielen Ursachen, warum heute Gewalttätigkeit in dieser Gesellschaft vorhanden ist.

Sie sagen: Das haben wir nicht gewollt. Aber gleichzeitig unterstellen Sie letzten Endes, daß die linken Lehrer für die rechten Ausschreitungen verantwortlich sind.

In der Rede des Vertreters der CDU habe ich Aussagen über den Sozialabbau, zur Wohnungsnot und zur Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, für die die Politik der CDU auf Bundesebene hauptverantwortlich ist, vermißt. Dazu hätte ich gern klare Worte von Ihnen gehört.

(A) (Höhn [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

- Vielleicht wird mein Sohn der erste linke Börsenmakler oder auch Nachfolger von Herrn Neuber; dann könnte er die Bankenpolitik auf linken Kurs trimmen. Das wäre doch auch eine interessante Variante.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Schöne Aussichten!)

Die SPD hat sich in der Flüchtlingsfrage von der CDU und von Meinungsumfragen treiben lassen. Einzelne Mitglieder haben sich gewehrt; aber die Mehrheit ist leider hinterhergerannt. Die SPD wollte - daran möchte ich nur leise erinnern - mit dem Mehrparteienkompromiß die Abschaffung des Asylrechts verhindern. Das ist gerade ein halbes Jahr her. Heute ist das Asylrecht ausgehöhlt; wir haben eine Situation, in der es wahrheitsgemäß heißen müßte: Politisch Verfolgte genießen Asyl, aber nicht mehr bei uns. - Dazu hat die SPD leider einen großen Teil beigetragen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Abgeordnete Philipps [CDU]: Unsinn! -Zuruf des Abgeordneten Hardt [CDU])

(B)

Die Aushöhlung des Asylrechts ist die politische Kapitulation vor der Gewalt auf der Straße; das wissen auch Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten schon lange konsequent etwas gegen den Sozialabbau und die Wohnungsnot tun müssen. Das sind die Probleme der Menschen, die nicht dadurch vermindert werden, daß Sie am Artikel 16 herumfummeln. Sie werden den Rassismus durch eine Änderung des Artikels 16 nicht beseitigen, sondern Sie werden ihn nur beseitigen, wenn Sie in den Problemfeldern, die ich aufgezeigt habe, aktiv werden.

Der Druck gegen den Rassismus ist leider nicht von der Politik gekommen. Es waren die GRÜNEN, die auch schon vor einem Jahr die einzig Standhaften waren. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich von unten gewehrt. Auch das ist ein Erfolg der Arbeit der

(C)

GRÜNEN, die jahrelang auf Basisdemokratie, auf direkte Demokratie gesetzt und gesagt haben: Der Druck muß von unten kommen. - Und mittlerweile kommt der Druck von unten; das sagt auch etwas über das Versagen von Politik aus.

(Beifall des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Lichteremonstrationen, Rockkonzerte gegen Rechts und Aktionen in Fußballstadien - viele dieser Aktionen haben deutlich gemacht, wie viele der beliebten Stars - seien es Fußball- oder Medienstars - Ausländer und Ausländerinnen sind. Rudi Carell hat am Samstag gesagt, er habe in München auch mit demonstriert; er habe nichts gegen Deutsche. - Das, was er damit ausdrückt, muß doch zu denken geben.

Ich selbst bin Norddeutsche, einige meiner Vorfahren kommen aus den Niederlanden, aus Dänemark, aus Ungarn, aber ich habe auch einen großen Teil deutsches Blut in meinen Adern. Ich verstehe mich zum Beispiel sehr gut mit Herrn Wendzinski, dessen Name schon deutlich macht, daß auch er wahrscheinlich Vorfahren aus anderen Ländern hat. Wir alle sollten einmal gucken, inwieweit die Deutschen eigentlich Deutsche und wir zum Positiven dieses Landes eine Mischung aus vielen Völkern sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

(D)

Meine Damen und Herren, es wird Zeit, daß sich die Politik wieder einmischt, daß sie gegen Rechts Zeichen setzt und aktiv wird. Wir sind uns in vielen Punkten mit der SPD über die Ursachen einig. Herr Farthmann hat sie im Gegensatz zu den Rednern von CDU und F.D.P. sehr deutlich genannt. Wir sind uns einig, daß bei der Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher angesetzt, gegen das immer schärfer werdende soziale Unrecht angegangen werden muß. Das wollen wir deutlich machen, indem wir in diesem Haushalt Zeichen setzen.

Ich beginne mit der Schulpolitik und frage mich allen Ernstes: Können wir in der jetzigen Situation Stellen im Schulbereich streichen? Ich denke, das geht nicht. Bei den Problemen, die momentan auch die Jugendlichen sehr deutlich machen, ist das nicht möglich. Das wäre das falsche Zeichen.

(A) (Höhn [GRÜNE])

Ich nehme einen anderen Punkt: Der zunehmende Rassismus in der Gesellschaft führt zu einer wachsenden Gewalt auch gegen Schwache und Behinderte. Nun gibt es in Nordrhein-Westfalen einen Schulversuch zur Integration von Behinderten in Grundschulen. Ich nenne einmal das Beispiel einer Behinderten in der vierten Klasse. Sie merkt tagtäglich, daß sich das Klima gegen sie verschärft.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Wann waren Sie das letztmal in der Schule?)

Sie merkt tagtäglich, daß sich in dieser Gesellschaft etwas verändert; denn Rassismus geht auch stets gegen Behinderte vor. Sie stellt fest, daß sie nach der vierten Klasse in eine Sonderschule für Behinderte abgeschoben werden soll. Das kann nicht das richtige Zeichen sein und macht den Versuch, der unternommen worden ist, wieder zunichte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen, daß Integration vom Kindergarten bis zur Berufsausübung stattfindet. Das ist möglich und würde eine Gesellschaft auszeichnen.

(B) Der Antrag der CDU "1 000 Lehrerinnen und Lehrer mehr" ist ein Versuch, mit dem Sie wieder populistisch - -

(Abgeordnete Philipp [CDU]: 1 000 umschichten!)

- Genau, gut, daß Sie es selber sagen: 1 000 Lehrer umschichten, nicht 1 000 Lehrer mehr, sondern umschichten.

(Abgeordnete Philipp [CDU]: Und 1 000 Lehrer mehr!)

Sie sagen auch gleich, woher. Aus den Schulen, in denen noch ein Ansatz eines integrativen Schulsystems sein könnte, nämlich den Gesamtschulen und Kollegschulen, wollen Sie die Stellen nehmen, um sie in anderen Schulformen einzusetzen. Das ist der falsche Ansatz; deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: 1 000 Lehrer umschichten und 1 000 Lehrer mehr! - Weitere

(C)

Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, viele Kommunen schließen Einrichtungen für Jugendliche, um die Mittel für zusätzliche Kindergartenplätze bereitstellen zu können. Hier werden Löcher gestopft, indem andere gravierende Löcher gerissen werden. Auch eine solche Politik, in der Schwache gegen Schwache ausgespielt werden, lehnen wir ab. Wer jetzt Jugendheime schließt, braucht sich nicht zu wundern, wenn soziale Problemgruppen von Jugendlichen wie Hooligans und jugendliche Neonazis in ein paar Jahren bei Polizei und Justiz mehr Stellen erforderlich machen. Ich denke, wir sollten Vorsorge und nicht Nachsorge betreiben,

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

jetzt nicht für mehr Polizisten demonstrieren, sondern für die Jugendheime etwas tun.

(Beifall des Abgeordneten Appel [GRÜNE])

Das gleiche gilt für soziokulturelle Zentren. Auch sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Jugendarbeit. Soziokulturelle Zentren, die Discos, Jugendarbeit mit ausländischen Jugendlichen, Berufsausbildung für Jugendliche anbieten und in denen außerordentlich viel ehrenamtliche Arbeit geleistet wird, drohen jetzt wegen des Wegfalls von AB-Maßnahmen auszutrocknen. Wir empfinden es als ganz fatal, daß so viele AB-Maßnahmen wegfallen und dadurch in einem sehr wichtigen sozialen Bereich Löcher gerissen werden, die enorme gesellschaftliche Probleme bringen werden.

(D)

Das gleiche gilt für den Sozialhaushalt. Wir wollen den Sozialhaushalt durch Umverteilung um 280 Millionen DM erweitern. Mittel in dieser Größenordnung stehen auch zur Verfügung. Vorhin habe ich gesagt, daß in Straßen-Neubauten enorm investiert wird. Wir haben also genügend Mittel, um umzuverteilen. Wir wollen das tun, weil wir ein Programm zur Überwindung von Armut, Erwerbslosigkeit und Wohnungsnot auflegen wollen.

(A) (Höhn [GRÜNE])

Wir wollen das tun, um die AB-Maßnahmen, die jetzt gekürzt worden sind, wobei das Land diese Kürzungen sogar noch verstärkt, zu retten und damit die vielen Bereiche, in denen AB-Maßnahmen eine wichtige Funktion haben, erhalten bleiben können.

Wir wollen das tun, um ein Ergänzungsprogramm gegen Arbeitslosigkeit und Armut in Höhe von 137 Millionen DM zu schaffen. Wir wollen das auch für ältere Menschen tun. Ältere Menschen, vor allem ältere Frauen leiden besonders unter der Armut. Deshalb wollen wir in diesem Bereich für ältere Menschen 84 Millionen DM zur ambulanten und komplementären Hilfe für neue Wohnungen und Betreuungsformen einsetzen.

Wir sollten uns einmal überlegen, ob das Land neue Straßen bauen oder ob es in diesem Bereich investieren soll. Wir sollten vor allem überdenken, ob es schlimmer ist für die einzelnen Menschen, zehn Minuten am Tag länger im Stau zu stehen, wobei sie ja noch die Alternative haben, auf den ÖPNV umzusteigen, oder aber ob es schlimmer ist, wirklich ohne ein Dach über dem Kopf und in Armut zu leben. Dazu kann ich selber nur sagen: Für mich ist es wichtiger, hier aufs Rasen zu verzichten und diese Mittel in den Sozialbereich hineinzugeben, weil in diesem Bereich die Not ganz elementar ist und hier geholfen werden muß.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ihre Politik vergrößert die Armut!)

- Nein, nein. Das ist die alte Formel der CDU. Unsere Politik tut etwas gegen die Armut, und Sie haben auf Bundesebene die Verschärfung der Situation durch das Auseinanderdriften von Reich und Arm - - Wir haben heute mehr Millionäre als je zuvor, und wir haben heute mehr Obdachlose als je zuvor. Das ist die Politik der CDU und nicht die der GRÜNEN gewesen. Ich denke, daß Sie endlich einmal die Verantwortung für diese Politik übernehmen und hier nicht so herumreden sollten, Herr Schauerte!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der SPD)

Der einzige Fonds auf Landesebene zur Förderung der Integration ausländischer Arbeitnehmer im Sozial-

haushalt soll erneut gekürzt werden. Das wollen wir nicht; dagegen wehren wir uns.

30 Millionen DM stellt das Land jährlich den Kommunen für die Betreuung von Flüchtlingen zur Verfügung. Dieses Geld kommt aber bei den Flüchtlingen gar nicht an. Auch das wollen wir nicht. Das Geld muß weitergeleitet werden, muß zu den Flüchtlingen gelangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Krieg in Bosnien-Herzegowina hat uns das Elend von vergewaltigten Frauen drastisch vor Augen geführt. Die Präsidentin hat vorhin die gemeinsame Resolution dazu vorgelesen. Das zeigt, daß die Motivation von Frauen, zu fliehen, häufig eine ganz andere als die der Männer ist. Das bedeutet auch, daß wir, wenn sie kommen, mit ihnen anders umgehen müssen. Deshalb wollen wir einen Modellversuch "Frauenflüchtlingsheim" in Nordrhein-Westfalen starten. Wir würden die Landesregierung bitten, für dieses Projekt Geld einzusetzen. Einen entsprechenden Antrag haben wir gestellt.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Den Krieg beenden! Daran liegt es.)

Unabhängig von allen finanziellen Anträgen meinen wir, daß jetzt eine Initiative gestartet werden müsse, um Ausländerinnen das allgemeine Wahlrecht zu bringen und die Möglichkeit einer Doppelstaatsbürgerschaft zu schaffen. Das wäre, denke ich, ein Anstoß, den wir alle zusammen fraktionsübergreifend geben könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Städte und Gemeinden melden einen drastischen Anstieg der Zahl von Obdachlosen und Nichtsehaften. Die Versorgung mit preisgünstigem Wohnraum verschlechtert sich. Die Wohnungsnot ist eindeutig einkommensabhängig. In Köln liegen 80 % der Wohnungssuchenden 20 % unter den bisherigen Einkommensgrenzen für Sozialwohnungen. Notwendig wäre also ein Wohnbauprogramm zur Schaffung preisgünstigen Wohnraums. Notwendig wären 100 000 neue Wohnungen im Jahr; die Landesregierung will aber nur 28 000 bis 35 000

(C)**(D)**

(A) (Höhn [GRÜNE])

neue Wohnungen jährlich schaffen. Das ist zu wenig. Deshalb sagen wir, daß hier weiter aufgestockt werden muß, daß hier insbesondere ein Bestand von preiswertem Wohnraum neu geschaffen werden muß. Denn trotz dieser vielen Investitionen droht der Bestand sogar noch zu schrumpfen, weil so viele Sozialwohnungen die Bindung verlieren.

Wir wollen also ein Wohnungsbauprogramm vor allem für folgende Gruppen: für einkommensschwache Familien, für Obdachlose, für Flüchtlinge und für Studenten. Ich denke, es würde der SPD gut anstehen, ein solches Programm zu unterstützen und hier zu investieren.

Es ist schon ein Skandal, wenn gut Verdienende die wenigen Sozialwohnungen belegen. Dann muß die bestehende Fehlbelegerabgabe wesentlich verschärft werden. Auch das, denke ich, wäre eine Sache, die wir gemeinsam mit den Sozialdemokraten betreiben könnten. Wir haben die Vorschläge auf den Tisch gelegt.

(Zurufe von der CDU)

(B)

Meine Damen und Herren, das alles sind einige Beispiele für die von uns eingebrachten Änderungsanträge, die deutlich machen, daß wir sehr wohl finanzielle Spielräume sehen. Alle diese Anträge sind abgelehnt worden. Ich appelliere an die Sozialdemokraten: Machen Sie nicht weiter so wie bisher! Zeigen Sie in Nordrhein-Westfalen eine Alternative zu Bonn auf! Ich denke, es geht. Der Schlüssel zur Lösung der sozialen Probleme und auch der Wohnungsprobleme im großen liegt zwar in Bonn. Aber daß Sie hier in Nordrhein-Westfalen noch nicht einmal den Versuch einer Trendwende machen, hat meiner Meinung nach viel damit zu tun, daß Sie in Bonn auf die Große Koalition setzen.

Ich möchte das an einigen Beispielen deutlich machen.

In der Gesundheitsreform: Große Koalition in Bonn!

Beim Asylkompromiß: Große Koalition in Bonn!

Bei der entscheidenden Unterstützung für das Beschleunigungsgesetz zum Bau neuer Straßen: Große

(C)

Koalition hier mit Herrn Matthiesen! Herr Matthiesen und Herr Töpfer in einem Boot! Wieder die SPD und die CDU - eine Große Koalition!

(Zuruf des Ministers Matthiesen)

- Mein, wir leisten Widerstand dagegen, Herr Matthiesen. Darauf können Sie sich verlassen.

(Minister Matthiesen: Sie in der Mitte!)

- Ja, ich in der Mitte! Nicht schlecht! Ich würde Sie beide aus dem Boot hinauswerfen und dann, so denke ich, den richtigen Kurs steuern.

(Zurufe und Heiterkeit)

So, das Ganze ist gegen den Widerstand von rechts und von den rot-grünen Landesregierungen passiert. Daran sieht man, was Sie momentan vorhaben. Sie betreiben augenblicklich die Politik einer Großen Koalition, und dies unterstützen Sie auch hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das finde ich wirklich enttäuschend; denn dieses Land hätte eine Trendwende zu einem Umbau im ökologischen und sozialen Sinne verdient.

(D)

Ein weiteres Jahr wird verschenkt, ohne daß die Probleme richtig angegangen werden. Ein weiteres Jahr tragen die Schwachen die Hauptlast. Die GRÜNEN meinen, wir könnten uns das nicht länger leisten.

Meine Damen und Herren, Weihnachten steht vor der Tür.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Richtig! - Heiterkeit)

Der heutige Tag ist der letzte Plenartag in diesem Jahre. Ich wünsche uns allen, daß wir die Zeit finden, innezuhalten und über die Entwicklung in diesem Lande nachzudenken, nachzudenken über das, was sich in diesem Jahr an bedrohlichen Tendenzen abzeichnet hat. Ich wünsche, daß wir darüber nachdenken, was mit Familien ist, die in diesem Jahr viel-

(A) (Höhn [GRÜNE])

leicht die Kündigung des Arbeitsplatzes auf dem Weihnachtstisch haben werden. Welche Konsequenzen das für sie hat, ist etwas, was viele von uns sich gar nicht mehr richtig vorzustellen vermögen!

Ich wünsche uns allen auch, daß wir die Zeit finden, darüber genau nachzudenken, die Probleme anzupacken im Sinne der Menschen auf den Gebieten, wo diese Menschen der Schuh drückt. Dann wären wir hier einen Schritt weiter. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Schmidt: Vielen Dank, Frau Kollegin Höhn!

Ich erteile nun der Frau Kollegin Carla Boulboulé das Wort. Bitte schön!

Abgeordnete Boulboulé (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Haushalt der Landesregierung ist bestimmt durch das Ziel eines strikten Sparkurses. Damit bewegt er sich in dem politischen Rahmen, den der Bundeskanzler vorgegeben hat: "Das Sparen wird durchgesetzt, ohne Wenn und Aber." - Vor allem die Länder und Gemeinden sollen zum Sparen verpflichtet werden.

(B)

Und wenn die Bundesregierung ihre Forderung durchsetzt, daß die alten Länder den Schuldendienst für die Treuhand und den Kreditabwicklungsfonds mit übernehmen sollen, dann würden nach Aussage des Finanzministers, des Kollegen Schleußer, "Länder und Gemeinden ... durch eine solche Finanzpolitik stranguliert."

Der Haushalt der Landesregierung ist Ausdruck dieses finanzpolitischen Diktats aus Bonn. Bis 1995 soll es keine neuen Leistungsgesetze geben, und wichtige soziale Errungenschaften sind bedroht. Zu einem Kernpunkt dieser Sparpolitik wird die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Bleibt einer sozialdemokratischen Landesregierung kein anderer Weg als diese Politik des Sparens, die "in den öffentlichen Haushalten an die Substanz" geht - um noch einmal Kollegen Schleußer zu zitieren?

(C)

Tatsächlich geht es um politische Entscheidungen. Unter Berufung darauf, daß kein Geld da ist, betreibt die Bundesregierung seit Jahren eine systematische Politik der Umverteilung von unten nach oben. Die Politik der Entindustrialisierung trifft mit ihren dramatischen Folgen für die Sozialstruktur keineswegs nur Ostdeutschland, sondern besonders auch die Industrieregionen an Rhein und Ruhr.

Die gleiche Privatwirtschaft, die immer mehr Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in die Arbeitslosigkeit wirft, verfügt nach Bundesbankbericht über rund 600 Milliarden DM, die jederzeit abrufbar sind, d. h. für Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden könnten. Doch mit Spekulation auf Finanzmärkten läßt sich nun einmal mehr verdienen.

Die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zahlen für diese Politik mit Kürzungen bei den sozialen Leistungen, während Milliarden in eine weitgehend unkontrollierbare Wirtschaftsförderung fließen oder als Steuergeschenke an die Unternehmer gehen.

Und was ist mit den angeblichen Kosten der Einheit? Ab 1995 sollen die Länder die Schulden der Treuhand und des Kreditabwicklungsfonds mit übernehmen. Bundeskanzler Kohl spricht von Erblast. Aber von welcher Erblast bei Treuhandschulden? Im wesentlichen geht es hier doch um neue Schulden der letzten zwei Jahre, die als Folge der gescheiterten Privatisierungspolitik der Bundesregierung entstanden sind.

(D)

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist ja lachhaft!)

Denn die Bilanz dieser Politik heißt: Zerstörung der Produktion und Massenarbeitslosigkeit. In Ostdeutschland existieren nur noch 26 % der industriellen Arbeitsplätze, im Maschinenbau in Sachsen nur noch 9 %.

Die Treuhand, auf die unser Landtag keinen Einfluß hat, deren Politik er nicht zu verantworten hat und über die er keinerlei Kontrolle hat, ist das Instrument der Bundesregierung für diese verheerende Politik, deren Kosten nun über die Plünderung der Haushalte auf die Bürger und Bürgerinnen abgewälzt werden können. Auch der Kreditabwicklungsfonds erweist

(A) (Boulboullé [fraktionslos])

sich vor allem als ertragreiche Pfründe für Banken und Finanzspekulanten, und das auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen!

Unter dem Gesichtspunkt angeblicher Kostenersparnis drängen die Bonner Regierung sowie CDU und F.D.P. hier im Landtag zu weitgehender Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen.

(Abgeordneter Schultz-Tornau [F.D.P.]: Sie verwechseln das mit dem Finanzminister!)

1945 wurden gesellschaftliche Aufgaben, in denen sich die sozialen Interessen der Bevölkerung konzentrieren, der Privatwirtschaft entzogen und in die demokratische Kontrolle der Bevölkerung und ihrer gewählten Abgeordneten gegeben. Das ist ein Ergebnis jahrzehntelangen Kampfs der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie.

Nach der Privatisierung entscheidet nicht mehr der gesellschaftliche Auftrag, sondern Renditeinteressen privater Investoren. Es ist das Ziel der Privatwirtschaft, der Klientel von CDU und F.D.P., die Kosten für gesellschaftliche Aufgaben massiv zurückzudrängen und gesetzliche Verpflichtungen zu sozialen Leistungen abzubauen. Damit aber, meine Damen und Herren, werden der Sozialstaat und die parlamentarische Demokratie in Frage gestellt. Das ist der "schlanke Staat" mit dem "schmalen Haushalt", den Sie, Herr Schauerte, meinen. Das ist der Weg in eine andere Republik.

(B)

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Die Folgen für die Bürger und Bürgerinnen sind Verteuerung oder Abbau der Leistungen. Für die Beschäftigten heißt das Entlassungen, schlechtere Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne. Das Finanzministerium von NRW hat in einer Untersuchung dargestellt, daß bei der Privatisierung des Reinigungsdienstes 30 % der Kosten allein wegen niedrigerer Löhne eingespart werden.

Herr Schauerte, Sie sprechen davon, daß die öffentlichen Haushalte unter "Anspruchsdenken" stehen. Und das tun Sie, obwohl in NRW, wie Herr Kollege Busch hier schon gesagt hat, der Anteil der Sozialausgaben am Landeshaushalt sinkt und obwohl nach einer

(C)

Studie der Caritas 25 % der westdeutschen Bevölkerung am Rande der Armut leben.

Herr Schauerte, wenn es um den Sozialhaushalt geht, sprechen Sie von "Entrümpelung". Was wird denn hier entrümpelt? Schon jetzt sehen sich Kommunen gezwungen, Krankenhäuser zu schließen, Kranke abzuweisen. Sozialhilfe soll gekürzt werden. Sie sprechen von "Entrümpeln", wenn es um Menschen geht, um ihre Gesundheit, ihre Wohnung und ihre menschenwürdige Existenz. Für Sie sind soziale Dienstleistungen unverdiente Privilegien, die der Staat den Bürgern und Bürgerinnen willkürlich gewähren und entziehen kann.

Für Sozialdemokraten aber gibt es ein Recht aller auf qualifizierte und ausreichende Sozialleistungen, ein gleiches Recht für alle - unabhängig vom Geldbeutel - auf Gesundheitsversorgung und Bildung, auf Altenpflege und Kindergartenplatz. Das ist der Kern des Sozialstaatsgedankens.

Wenn einer Politik, die in einem immer gigantischeren Umverteilungsprozeß die Fundamente des Sozialstaates selbst in Frage stellt, keine Alternative entgegengesetzt wird, dann wird der Boden für soziale Explosionen gelegt. Wenn sich immer mehr Menschen mit ihren berechtigten Forderungen durch keine der Parteien mehr vertreten fühlen, gibt das Rechtsradikalen die Möglichkeit für ihre Aktionen.

(D)

Und, meine Damen und Herren von der CDU, nutzen nicht Ihre Regierungsparteien in Bonn, die mit jahrelanger Hetze über Asylantenschwemme und Überfremdung durchaus auch Verantwortung tragen für die Entfaltung des Rechtsextremismus, nun diese Gewalttaten, um die Aushebelung des Asylrechts und Angriffe auf demokratische Rechte durchzusetzen, wonach Sie ja schon lange gerufen haben?

Ich möchte mich noch einmal ausdrücklich an die sozialdemokratische Landesregierung und die SPD wenden. Haben Sozialdemokraten nicht die alleinige Verantwortung für die Entscheidung, zu einer Politik des sozialen Kahlschlags nein zu sagen? Über eine Million Menschen haben in den letzten Wochen gegen die Politik der Regierung Kohl, für die Verteidigung der Demokratie und des Asylrechts demonstriert.

(A) (Boulboullé [fraktionslos])

(C)

Darauf muß sich sozialdemokratische Politik stützen. Die SPD wird das Vertrauen der Wähler und Wählerinnen, die sich aus Enttäuschung jetzt enthalten, wiedergewinnen, wenn sie gegen die Politik der Bundesregierung die Interessen und Forderungen der arbeitenden Bevölkerung konsequent verteidigt. Das ist auch der Auftrag der großen Zahl der Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen an die SPD.

Jede weitere Vernichtung von Arbeitsplätzen muß gestoppt werden. Gewinne privater Unternehmen, die nicht reinvestiert werden, sind mit einer Sonderabgabe zu belegen. Die liquiden Milliardensummen der Wirtschaft sind für Investitionen zu mobilisieren.

Durch gemeinsames Handeln mit den Gewerkschaften müssen die Arbeitsplätze im Bergbau sowie in der Stahl- und Metallindustrie gegen Billigkonkurrenz und Abwanderung der Unternehmen in Billiglohnländer geschützt werden. Wirtschaftsförderung darf nur bei garantierter und einklagbarer Arbeitsplatzbeschaffung erfolgen.

Eine sozialdemokratische Landesregierung kann nicht ja sagen zur Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und zu Kürzungen bei Sozialausgaben, zur Streichung in den Bereichen der Bildung, der Krankenversorgung, der Altenpflege oder der Sozialhilfe.

(B)

Mit der SPD darf es keine Einschränkung demokratischer Rechte geben.

Mit einer solchen Politik wird sich die SPD als die Partei bestätigen, die Herr Ministerpräsident Rau auf dem SPD-Parteitag eingefordert hat als die "Schutzmacht der kleinen Leute". Das ist die Basis für den sozialen Pakt mit der Bevölkerung, der die Kraft für die Durchsetzung sozialdemokratischer Politik gibt.
- Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Boulboullé. - Für die Landesregierung erteile ich das Wort dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Rau.

Ministerpräsident Dr. Rau: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es soll kein falscher Vorgriff auf den Weihnachtsfrieden sein, wenn ich mich für die

Diskussionsbeiträge dieses Vormittags zur dritten Lesung des Haushalts herzlich bedanke.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Bitte!)

Mein Eindruck war, daß ganz unabhängig von unterschiedlichen Positionen, die hier vertreten worden sind, diese Debatte in einem Stil geführt worden ist, der der Situation im Lande gerecht wird.

Wir brauchen in schwierigen Zeiten ruhige Kraft, und wir in der Bundesrepublik gehen in schwierige Zeiten; die Diskussionsbeiträge haben das deutlich gemacht. Mir läge daran, daß auch deutlich und öffentlich wird, daß der Haushalt, den wir heute verabschieden, einen Beitrag dazu leistet, daß wir solche schwierigen Zeiten bewältigen können.

(Beifall bei der SPD)

Es liegt oft im Wesen parlamentarischer Auseinandersetzungen, daß man einen Haushalt danach bemißt, was in ihm fehlt, was in ihm noch wünschenswert wäre, wo man noch Verstärkungen oder Verlagerungen wünscht. Das ist richtig so, aber man muß den Haushalt auch daraufhin untersuchen, was er denn leistet, was er denn zur Verfügung stellt und ob er so gestaltet ist, daß er in die wirtschafts- und finanzpolitische Situation des Gesamtstaates hineinpaßt.

(D)

Herr Kollege Farthmann hat dazu, wie ich finde, wichtige Äußerungen gemacht. Nun könnte es sein, daß der eine oder andere glaubt, daß er das müsse, da er ja der Vorsitzende der Mehrheitsfraktion ist, die natürlich die Regierung verteidigt.

Ich würde deshalb gern zu den Sachargumenten, die Herr Kollege Farthmann hier vorgetragen hat, noch ein Zitat vom heutigen Tage stellen, das ich einer Zeitung entnehme, die nicht in dem Verdacht steht, vom Verleger oder vom Auftrag her sozialdemokratische Politik zu fördern. Ich meine das "Handelsblatt". Darin steht heute ein Bericht über die Haushalte der kommenden Jahre, in dem es heißt:

Eine der sparsamsten im Konzert der Altländer ist Nordrhein-Westfalens Finanzminister Heinz Schleußer, der den Ausgabenzuwachs 1993 auf

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

3,3 % begrenzen will. Trotzdem liegt die Investitionsquote mit 13,8 % deutlich über dem Durchschnitt der Westländer mit 12 %. In den neuen Ländern beträgt diese Maßzahl knapp 30 %. Die rege Investitionstätigkeit an Rhein und Ruhr ermöglicht zum einen die mit 61,8 Milliarden DM höchsten Steuereinnahmen unter allen alten Ländern.

Die Steuerdeckungsquote, das Verhältnis von Steuereinnahmen und Gesamtausgaben, beläuft sich auf satte 79,9 %. Im Durchschnitt der westlichen Bundesländer beträgt dieser Indikator hingegen knapp 68 %, in den neuen Ländern infolge ihrer strukturellen Schwäche erst 27,2 %.

Zum anderen hat Schleußer die Finanzpolitik auf Konsolidierungskurs getrimmt. Mit dem Personaletat 1993 verkündet der SPD-Politiker einen Nullstellenplan. Neueinstellungen soll es auf absehbare Zeit nicht geben. Darüber hinaus werden bis 1995 fast 7 000 Planstellen und Stellen gestrichen. So wird es Schleußer möglich, 1993 die Nettokreditaufnahme auf dem Vorjahresniveau von 4,3 Milliarden DM zu belassen. Damit entfallen im Etat 1993 auf jeden Einwohner 248 DM an neuen Schulden. Im Durchschnitt aller alten Länder sind es hingegen 260 DM.

(B)

Meine Damen und Herren, diese knappe Zusammenfassung dessen, was heute zur Abstimmung ansteht, halte ich für eine gerechte Beschreibung dessen, was wir heute miteinander zu entscheiden haben.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wer hat Ihnen denn die Zahlen geliefert? Er zitiert sich selber! Die Pressestelle hat ihm die Zahlen gegeben, und jetzt zitiert er sich selber!)

- Wenn dabei auch noch ein Lob für die Pressestelle des Finanzministers herauskommt - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er sagt doch ... Wertung!)

- Nein, Sie haben doch gesagt, da käme es her. Ich habe gesagt, daß es aus dem "Handelsblatt" von heute kommt.

(C)

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Sie wollen doch dem Handelsblatt nicht unterstellen, daß die einfach unsere Angaben abschreiben, Herr Kollege Schauerte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Er hat sich ein bestelltes Attest schreiben lassen!)

- Kümmern Sie sich einmal darum! Lesen Sie gute Zeitungen; das bildet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Darauf können Sie sich verlassen!)

Ich möchte gerne einige Bemerkungen zu ein paar anderen Stichworten aus dem machen, was heute hier - ich sage noch einmal - in einem Stil der Debatte erörtert worden ist, wie ich ihn mir seit langem gewünscht oder zurückgewünscht hätte.

Ich nehme das Stichwort Privatisierung. Das ist für die einen eine Monstranz, die sie vor sich hertragen, und für die anderen ein furchtbares Schreckgespenst. Ich bin nicht für den "schlanken" Staat; aber ich bin für den "effektiven" Staat.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Ich bin der Auffassung, daß es gut ist, von Zeit zu Zeit zu prüfen, ob wir mit dem, was wir an personellem Aufwand treiben - und der ist geringer als in den anderen Ländern -, den Herausforderungen gerecht werden, die vor uns liegen. Da ist Privatisierung nicht gemeint, Frau Kollegin Höhn, als das Abschieben öffentlicher Aufgaben auf andere.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das wollen Sie aber doch in den Bereichen tun!)

Da werden wir ganz gewiß nicht mit den Reinigungskräften anfangen. Aber wir werden auch über Reinigungskräfte sprechen, so wie wir es in einer Zeit getan haben, in der uns Reinigungskräfte angedient wurden, die ohne Sozialschutz und ohne Krankenver-

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

sicherung waren. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen abgestellt.

(Beifall bei der SPD)

Sie müssen auch einmal solche Entwicklungen sehen. Auch die privaten Reinigungskräfte werden nicht ohne gewerkschaftlichen Schutz sein. Darauf werden wir zu achten haben.

In Wirklichkeit geht es doch um anderes: In Wirklichkeit geht es darum, daß schon wegen der hochindustrialisierten Entwicklung des Landes ständig neue Aufgaben auf den Staat zukommen, die er allein nur dann erfüllen kann, wenn er ganz neue Beamtenstrukturen, zum Beispiel im technischen Bereich, aufbaut, wenn er für Genehmigungsverfahren riesige Behörden schafft.

Da sagen wir: Es gibt auch außerhalb des öffentlichen Dienstes so viel Sachverstand, daß wir unser öffentliches Leben so organisieren müssen, daß dieser private Sachverstand für die hoheitlichen Entscheidungen genutzt werden kann.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

(B) Das ist der Sachverhalt, um den es sich handelt. Um den werden wir uns kümmern.

Sie können, Frau Kollegin Höhn, die in einem Haushaltsplan zum Ausdruck kommende Politik nicht allein daran messen, wie hoch der Personalaufwand ist, und dann noch seine Steigerung herbeiwünschen. Denn wir brauchen mehr Geld für Investitionen. Und wenn wir mehr Geld für Investitionen brauchen, dann müssen wir den öffentlichen Bereich so kappen, daß Steuermittel für solche öffentlichen Investitionen frei werden. Das ist die Aufgabe.

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Sie investieren in Straßen!)

- Nein, nein. Sie können ja, wenn Sie die Vorwürfe der verschiedenen Oppositionsparteien miteinander vergleichen, sehen, daß wir ganz richtig liegen. Denn wir haben uns ja jahrelang vorhalten lassen, wir riefen die Bonner Straßenbaumittel nicht ab, weil wir so "straßenunfreundliche" Politik betrieben.

(C)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Da war Herr Zöpel ja auch noch da!)

- Sehen Sie. Das ist der eine Vorwurf. Jetzt kommt der nächste von Ihnen, wir bauten zuviele Straßen. Im übrigen: Es gibt auch verkehrlichen Bedarf im Bereich der Straße; aber vorwiegend liegt er im Bereich der Schiene und der Wasserstraßen. Unsere Politik ist darauf gerichtet, daß mehr Lasten auf die Schiene kommen, damit die Straßen frei sind dafür, daß Mobilität möglich ist, die Sie und ich in Anspruch nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Wir werden die schmerzhaften und schwierigen Prozesse beim Stellenabbau sorgfältig, entschieden, zielgerichtet, konsequent, aber auch so umzusetzen haben, daß das Vertrauensverhältnis zwischen öffentlichem Dienst und öffentlicher Hand nicht verlorenght. Darüber sprechen wir mit den Vertretungen der Arbeitnehmer. Wir sind in einem ständigen Dialog. Ich selber habe gemeinsam mit dem Kabinett in der vergangenen Woche dazu ein Gespräch geführt. Wir haben verabredet, wie wir beieinander bleiben - auch bei schwierigen Einschnitten, die nötig sind.

(D)

Frau Kollegin Höhn, lassen Sie mich noch darauf eingehen, daß Sie den Rückgang der Mittel für rationelle Energieverwendung angesprochen haben. Das trifft zu. Nur, vollständig wäre Ihr Bild, wenn Sie hier einmal dargestellt hätten, was mit Hilfe dieser Landesregierung und durch diese Landesregierung in den letzten zehn Jahren geschehen ist, damit Schwefeldioxyd reduziert wird

(Beifall bei der SPD)

und Staub reduziert wird und Stickoxyde reduziert werden. Wenn Sie einmal von dem großen Emissionsminderungsplan gesprochen hätten, der nicht mehr Plan, sondern Realität ist und der dazu geführt hat, daß zweistellige Milliardenbeträge in die Umrüstung und in den Neubau von Kraftwerken in Nordrhein-Westfalen gekommen sind!

(Beifall bei der SPD)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Das ist industrielle Erneuerung Nordrhein-Westfalens unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Fahren Sie einmal nach Dänemark. Da können Sie sich einmal ansehen, wie rationelle Energieverwendung gemacht wird; aber nicht in Nordrhein-Westfalen.)

- Richtig. Wir können auch von Dänemark vieles lernen. Übrigens, in anderen Bereichen sollten wir nicht von den Dänen lernen. Aber daß Dänemark eine andere energiepolitische Situation als Nordrhein-Westfalen hat, wird jedem bekannt sein, der unser Land kennt. Wir sind nun einmal das energiewirtschaftliche Zentrum der Bundesrepublik, und wir wollen es bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Aber es kommen Veränderungen, über die man reden muß, etwa im Bereich der Braunkohle durch die östlichen Länder, durch Sachsen, durch Sachsen-Anhalt und Brandenburg.

(B)

(Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das hat doch damit nichts zu tun!)

Sie haben die Sorge, Frau Kollegin Höhn - das soll die letzte oder vorletzte Bemerkung an Ihre Adresse sein -, daß wir heimlich an einer großen Koalition häkelten. Es ist ja gut, wenn es dann einmal öffentlich ausgesprochen wird. Sehen Sie, es gibt große Reformvorhaben in der Geschichte der Bundesrepublik - seit ihrer Gründung -, die nur umgesetzt worden sind, weil die großen Parteien den Konsens gesucht und gefunden haben. Ich nenne die Mitbestimmung, und ich nenne die Rentenpolitik, und ich füge jetzt die Gesundheitsreform hinzu.

Aber ich sage: Alle diese Vereinbarungen der großen Parteien sind zustande gekommen, wenn eine der großen Parteien in der Regierung war und die andere in der Opposition. Die Sehnsucht der Sozialdemokraten ist nicht die große Koalition, sondern die Regierungsführung in Bonn. Das ist unser Ziel. Das möchten wir gerne erreichen.

(C)

(Beifall bei der SPD - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Das können Sie nicht ändern, wenn Sie der CDU hinterherlaufen! - Gegenrufe von der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.]

- Frau Kollegin Höhn, das werden wir Sozialdemokraten auch nur erreichen - das sage ich Ihnen streng vertraulich -,

(Heiterkeit bei der SPD)

wenn wir jetzt nicht mit Koalitionsspielchen anfangen, wie sie auch hier in der Opposition gelegentlich stattfinden. Wenn man regieren will, darf man nämlich nicht über Koalitionen spekulieren, sondern man muß versuchen, Wähler zu gewinnen. Das ist der richtige Weg zur Regierungsverantwortung.

(Beifall bei der SPD)

Noch eine Bemerkung, mit der ich mich nicht nur an Sie wende. Ich greife ein Stichwort auf, das uns in diesen Tagen sehr bewegt: der Asylkompromiß, der getroffen worden ist. Ich habe daran mitgewirkt, ich habe mitzuhelfen versucht, und ich bin froh darüber, daß es zu dieser Verständigung gekommen ist. Ich füge hinzu:

(D)

Die Umsetzung dessen, was da besprochen und beschlossen worden ist, ist nicht nur eine riesige innenpolitische Herausforderung, sondern auch eine große außenpolitische Aufgabe;

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Sehr richtig!)

denn wir dürfen auf gar keinen Fall das aufs Spiel setzen, was in den letzten zwei Jahrzehnten in der Ostpolitik zustande gebracht worden ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen auch nicht den Eindruck erwecken, wir packten unsere Lasten anderen auf, sondern es geht um das, was man "Burden-sharing" nennt. Ob und wie wir das zustande bringen, wird sich in den nächsten Monaten entscheiden. Wir müssen uns alle darum bemühen.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Ich will noch einmal deutlich machen: Politisch Verfolgte haben Anspruch auf Asyl,

(Beifall bei SPD und CDU - Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Außer in Deutschland!)

auch und gerade bei uns.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Leider nicht! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Wenn sie mit dem Fallschirm abspringen!)

Was aber nicht geht, ist, daß zwei Drittel bis vier Fünftel all derjenigen, die auf der Wanderung sind, wegen der besonderen verfassungsrechtlichen Situation in ein einziges Land der Europäischen Gemeinschaft kommen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wir müssen jetzt Wege finden - und das meine ich mit "Burden-sharing" -, die andere Zugänge für Menschen nach Deutschland ermöglichen

(B) (Abgeordneter Kreutz [GRÜNE]: Andere Länder nehmen im Verhältnis mehr Flüchtlinge auf als die BRD!)

und die nicht jeden auf den Weg über den Asylantrag schicken. Die allerwichtigste Entscheidung, meine Damen und Herren, die beim Asylkompromiß getroffen worden ist, ist, daß die Kriegsflüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien endlich nicht mehr den Weg über den Asylantrag gehen müssen, sondern daß es für Kriegsflüchtlinge das Bleiberecht gibt.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Ich denke, dies ist aktuell unsere erste Aufgabe.

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Deswegen haben Sie auch 40 Millionen DM gekürzt bei De-facto-Flüchtlingen!)

Für mich, Herr Kollege, hat die gemeinsame Entschließung des Plenums zu dem Schicksal der vergewaltigten Frauen in Bosnien, die heute morgen am

(C)

Anfang unserer Sitzung verlesen worden ist, zum Bewegendsten gehört, was ich in den letzten Monaten zu diesem Thema vernommen habe. Ich hoffe, es bleibt nicht bei Proklamationen, sondern wir tun etwas, damit diesen Menschen geholfen wird.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Herr Dr. Linssen, Ihnen wird vielleicht bewußt sein, daß Sie mit Ihrer Rede heute morgen einen gewissen Überraschungseffekt erzielt haben, weil - ich sage das ohne jeden Vorwurf; ich fand es hochinteressant - Sie einmal eine so grundsätzliche Etatrede gehalten haben.

(Abgeordnete Schumann [GRÜNE]: Grundsätzlich falsch!)

Das ist kein Koalitionsangebot - das nur eben zu den GRÜNEN, sonst glauben sie, sie würden von Überlegungen ausgeschlossen, und das will ich ihnen nicht zumuten.

(Heiterkeit bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist die größte Angst, die die haben! - Abgeordnete Höhn [GRÜNE]: Wir werden damit fertig!)

(D)

Herr Kollege Linssen, ich fand sehr vieles in Ihrer Rede, dem ich gern zustimme. Ich bin froh darüber, daß Sie einem völkischen Nationsbegriff eine klare Absage erteilt haben und daß Sie - mit Recht - gesagt haben, wir dürften den Patriotismus nicht den Rechten überlassen.

Gut fand ich auch Ihren Hinweis auf die besondere Verantwortung, die uns Deutschen aus unserer jüngeren Geschichte erwachsen ist.

(Zuruf von der CDU: Aber?)

- Kein Aber! Ich will sagen, daß mich das sehr bewegt. Es gibt Antisemitismus überall, auch in ganz Europa. Aber es ist ein Unterschied, ob es ihn in England oder in Deutschland gibt; denn hinter uns Deutschen liegt eine Geschichte, in der Millionen von Menschen, Millionen von Juden vernichtet worden sind, eine Geschichte, die uns selbst ärmer gemacht hat. Wir haben einen Teil - bis 1945 - unserer eige-

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

nen Geschichte amputiert. Deshalb muß unsere Hemmschwelle größer sein als die jedes anderen europäischen Landes.

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Ich fand Ihren Hinweis richtig, daß Europa keine Festung werden darf und kann; denn jeder, der auch nur die Nachrichten hört, weiß: Europa kann keine Insel des Glücks in einem Meer von Elend und Not sein.

Auch richtig fand ich, daß sowohl Sie als auch Herr Dr. Rohde und auch Frau Höhn gesagt haben, sozialer Friede sei nicht teilbar, das gelte für das vereinte Europa, das gelte auch für unser eigenes Land, und daß bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht nur der Staat gefordert sei, sondern daß dies Sache eines jeden einzelnen sei.

Ich will das alles nicht relativieren, wenn ich sage: Ich habe trotzdem manches nicht ganz verstanden.

Sie haben im ersten Drittel Ihrer Rede fehlendes Staatsbewußtsein, das Fehlen des Staates als verinnerlichten Wert beklagt. Am Ende Ihrer Rede haben Sie, wie ich finde zu Recht, die Bürgergesellschaft propagiert und gesagt, diese leide nicht unter ihren temperamentvollen Auseinandersetzungen, sondern allenfalls daran, daß sich zu viele den vorherrschenden Verhältnissen anpaßten.

Diese beiden Aussagen am Anfang und am Ende Ihrer Rede passen für mich nicht richtig zusammen. Darum kann ich auch Ihre Kritik an unserem rheinischen Landsmann Jürgen Habermas nicht nachvollziehen. Sie haben ihn damit zitiert: Man dürfe

Staatstreue nicht mit Verfassungstreue verwechseln. Diese stützt sich auf Einsicht, jene auf Gehorsamsbereitschaft.

Ich halte das in der Sache für richtig. Ich hätte das formuliert mit dem Satz von Gustav Heinemann:

Das Grundgesetz ist ein großartiges Angebot.

Dieser Satz sagt ja nicht nur, daß dieses Grundgesetz eine große Ausstrahlung hat, sondern er besagt auch:

(C)

Das, was das Grundgesetz beschreibt, ist noch nicht ganz vorhanden. - Es gibt eine Verfassungswirklichkeit; sie ist immer ein Stück hinter dem Verfassungstext und hinter dem Verfassungsgeist zurück.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn Gustav Heinemann vom Grundgesetz als großartigem Angebot gesprochen hat, dann ist das ein Auftrag zu politischem Handeln. Das heißt auch: Das Grundgesetz schreibt nicht fest, was heute ist. Es schreibt die herrschenden Verhältnisse nicht fest. Darum muß man auch über Dinge, die das Grundgesetz unter besonderen Schutz stellt, reden und nachdenken können.

Sie haben über Werteverlust gesprochen. Das war wie ein schwarzer Faden in Ihrer Rede. Nun will ich nicht fragen: Was hat die geistig-moralische Wende in den letzten zehn Jahren gebracht?

(Beifall bei der SPD)

Sondern ich will fragen: Könnte es nicht sein, daß dieser Werteverlust auch mit sozialen Ursachen zusammenhängt, die wir nicht früh genug erkannt und nicht rechtzeitig verändert haben? Ist die Orientierungslosigkeit und das Sich-Orientieren allein an materiellen Werten - von denen Sie gesprochen haben - nicht auch damit zu erklären, daß viele von uns eine Politik propagiert haben, in der individuelle Durchsetzungsfähigkeit und Konkurrenz um fast jeden Preis wie ein Wert an sich erschienen sind?

(Beifall bei der SPD)

Ist nicht die Idealisierung von sogenannter freier Marktwirtschaft, von Wettbewerb, von Konkurrenz auch einer der Gründe für einen solchen Werteverlust?

Nun will ich sagen, und ich meine das nicht zynisch: Die Älteren unter Ihnen werden sich erinnern, wie oft die sozialdemokratischen Medienpolitiker hier - d. h. im alten Landtag - gestanden haben und sich Häme und Spott haben anhören müssen, von Albert Pürsten bis ich weiß nicht zu wem, weil sie das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem halten und bewahren wollten und weil sie nein sagten zum dualen System.

(D)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

Lesen Sie das einmal alles nach! Da war übrigens die F.D.P. zu bestimmten Zeiten noch näher bei der SPD, als das heute gelegentlich den Eindruck macht.

(Heiterkeit)

Was haben wir uns alles über den "mündigen Bürger" sagen lassen müssen, der sein Fernseh- und Radioangebot selber aussucht und dessen Vormund wir nicht sein sollten.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist anders geworden. Die Sozialdemokraten haben diesen Widerstand aufgegeben. Er war inhaltend; er hat uns jahrelang beschäftigt, manchmal auch gequält. Jetzt haben wir das duale System. Nordrhein-Westfalen sucht seinen Standortvorteil bei der Ansiedlung von Medienunternehmen wahrzunehmen, auch mit der Filmstiftung und mit der Filmförderung.

Dazu wäre noch ein Sondersatz zu sprechen, weil Herr Reul mir die Freude gemacht hat - - Nein, ich muß es so sagen: Ich wußte schon, als ich die "Welt am Sonntag" gelesen hatte, daß Herr Reul mir eine Freude machen würde; denn darin stand der Brief abgedruckt, der dann am Dienstag bei mir ankam.

(B)

(Heiterkeit)

Das habe ich als einen Angriff auf Schwarz-Schilling verstanden.

(Abgeordneter Reul [CDU]: Nein!)

- Doch, Herr Reul, aber sicher. Aber das macht ja nichts.

(Widerspruch bei der CDU)

Da gibt es jede Menge Aufregung über einen Film, den ein unabhängiges Filmbüro in Nordrhein-Westfalen gefördert hat.

(Abgeordneter Hunger [SPD]: Herr Reul hat den Film noch nie gesehen!)

- Das weiß ich nicht. Ich auch nicht! Ich weiß nur: Dieser Film ist nach persönlicher Inaugenscheinnahme

(C)

des Intendanten des Südwestfunks gesendet worden. Dieser Mann ist Intendant geworden, nachdem er viele, viele Jahre Chef der Staatskanzlei beim gegenwärtigen Bundeskanzler Helmut Kohl war. Da haben Sie eine falsche Adresse gewählt, Herr Reul.

(Beifall bei der SPD)

Sie mußten an den Südwestfunk schreiben, nicht an mich.

(Zurufe von der SPD: Reul, heul, Reul, heul!)

- Ruhig, Freunde! - Ich möchte hinzufügen: Wenn dieser Film und ein weiterer Gewalt verherrlichen und Menschenjagd darstellen, dann darf man sie weder fördern noch senden.

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Aha! Fangen wir mal mit der Förderung an!)

Weder fördern noch senden! - Aber was man daraus nicht schließen kann, ist, daß wir die Selbstbestimmung im Bereich des Filmbüros aufgeben und eine Art staatliche Qualitätskontrolle einführen; denn das ist mit Freiheit von Kunst und Kultur nicht zu vereinbaren.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Eine ganz andere Aufgabe besteht bei den Gremien der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, übrigens auch bei den privaten. Ich muß schon sagen - ich weiß nicht, ob es in der letzten Woche ausgesprochen worden ist; wir haben im Kabinett darüber gesprochen -: Es ist schon ärgerlich, anzusehen, wenn verummte Skinheads über zehn Minuten in einer Fernsehendung ihre Postulate bekanntgeben dürfen

(Lebhafter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

und eine Demonstration in München mit 150 000 oder 200 000 Menschen, die Kerzen tragen, nur als Standbild oder als kleine Nachricht nachgeliefert wird. Die Proportionen stimmen nicht!

(Erneut lebhafter Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

(C)

Für mich ist das kein Eingriff in die Rundfunkfreiheit, sondern für mich gehört zur Rundfunkfreiheit auch, daß ein Politiker öffentlich sagen darf, was er von einer bestimmten Programmauswahl hält.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

Ich habe die Gelegenheit wahrgenommen, das hier einmal auszusprechen.

Ich darf auf diese Entwicklung bei den Medien zurückkommen. Die haben wir nicht gewollt, die haben wir nicht gefördert. Die haben unter dem Stichwort "Privatisierung" politische Kräfte gefördert und vorgebracht,

(Abgeordnete Hieronymi [CDU]: Staatsverträge!)

die heute wie ich Sorge haben, die mir aber vor ein paar Jahren entgegengehalten haben, ich sei wirtschafts- und technikfeindlich, wenn ich nicht endlich alles zuließe, was auf dem Markt sei.

(B) Herr Kollege Linssen, Sie fordern einen Konsens des Verzichts, eine Ethik der Bescheidenheit. Sie haben mittelbar und Herr Kollege Rohde unmittelbar die Wiedereinführung des Solidarzuschlags für richtig empfunden und anempfohlen. Ich stimme dem zu, allerdings mit dem Zusatz: Ich hätte ihn nach einem Jahr gar nicht erst abgeschafft. Das war der Fehler.

(Beifall bei der SPD)

Können Sie sich daran erinnern, daß ich am 15. November 1989 in einer Regierungserklärung unter dem Gelächter der Opposition vorgeschlagen habe, auf die dritte Stufe der Steuerreform zu verzichten, damit wir Geld haben, um die Kosten der deutschen Einheit zu finanzieren?

(Abgeordneter Henning [SPD]: Genau!)

Ich bin von Ihnen allen aufgefordert worden, das nicht zu wiederholen.

Ich will jetzt nicht noch auf die Probleme der Parlamentsreform eingehen. Dem Landtag habe ich in dieser Sache keinen Rat zu geben.

Herr Kollege Linssen, ich will noch etwas zur Rolle der Erziehung sagen und dabei gar nicht den Streit aufgreifen, den es vor einer Stunde zum Thema "Linke Lehrer - rechte Schüler" gegeben hat.

Es gibt ja seit Jahrzehnten die Diskussion um die Frage: Hat die Schule einen Erziehungsauftrag, und, wenn ja: welchen? - Sie haben zu Recht darauf hingewiesen: Die Schule darf nicht für alles haftbar gemacht werden; das erste sind Familie und Elternhaus. Da stimme ich Ihnen völlig zu.

Ich stimme Ihnen auch darin zu, daß wir über Erziehungsziele und Wege der Erziehung neu nachdenken und möglicherweise streiten müssen.

Als ich selbst für Erziehung noch mitzuständig war - das ist ja noch nicht so lange her -, habe ich einen Satz gelesen, weiß aber nicht mehr, ob der von Pestalozzi oder von Fröbel ist, also zwei großen, nicht gerade hochmodernen Pädagogen. Aber immerhin: Fröbel haben wir ja eigentlich den Kindergarten zu verdanken, wie es ihn gibt und er nicht als Verwahranstalt oder Bastelstube mißverstanden wird. Pestalozzi muß ich nicht erläutern.

(D) Einer von den beiden hat einen Satz gesagt, der mir jedenfalls nicht aus dem Sinn gegangen ist. Er ist ganz schlicht und heißt: "Erziehung ist Beispiel und Liebe." - Sonst nichts.

Wenn wir das lernten, sagten, lebten und vermittelten, würden wir uns übrigens auch in der Frage der Glaubwürdigkeit der Politik und

(Beifall bei der SPD)

in der Frage nach der Krise der Institutionen, mit denen wir es zu tun haben, manchen Streit ersparen. Es ist ja doch ein Phänomen, daß innerhalb von zehn Jahren erst die Gewerkschaften, dann die Parteien und jetzt die Kirchen in eine Institutionenkrise geraten zu sein scheinen. Daß das Stichwort "Politische Klasse" wieder auftaucht, ist für mich schon ein Zeichen von Krise.

"Beispiel und Liebe" sind für mich jedenfalls mehr und anderes als Belehrung und Disziplin.

(A) (Ministerpräsident Dr. Rau)

(Zuruf von der F.D.P.: Das gehört aber auch dazu!)

- Disziplin ist ein Ergebnis; Disziplin ist eine Haltung. Ich werde die Sekundärtugenden nicht schlecht machen. Sie haben ein paar Zitate gebracht, die sehr, sehr alt waren. Sie haben einen alten Hirschen zum frischen Wasser geführt.

(Zustimmung bei der SPD - Abgeordneter Hardt [CDU]: Der Satz ist noch älter!)

- Ja, das ist erlaubt.

Sie haben die Dementis und die Klärungen gar nicht mehr genannt, die dem gefolgt sind. Ich will deutlich machen, daß ich auch nicht der Meinung bin, daß wir die Soße der Harmonie über die Konflikte schütten dürfen. Das ist nicht Politik. Wir müssen den Mut zu klaren Konturen haben, zu unterschiedlichen Meinungen.

Aber die Menschen müssen merken, daß es uns um die Sache geht, um die wir streiten. Ich selber glaube: Es gibt ein Geheimrezept für politischen Erfolg. Das wollte ich eigentlich nicht verraten, sage es jetzt aber einmal, selbst wenn Sie es nutzen: Politiker haben nur dann eine Chance zu gewinnen, wenn die Menschen merken, daß wir sie mögen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Das fehlt mir in der Politik oft, daß die Menschen merken, wir rackern uns ab, und zwar nicht etwa, weil wir unsere Ideen durchsetzen oder unsere Gebäude noch ein bißchen schöner haben wollen, sondern weil wir ihre Lebensverhältnisse bessern, verändern und sichern wollen. Die Menschen müssen merken, daß wir sie mögen.

Dazu gehört, daß wir aufhören müssen, zwischen den politischen Parteien Feindbilder zu entwerfen oder Menschen zu jagen. Dazu gehört auch - ich nehme an, Sie nehmen mir eine so friedliche Bemerkung nicht übel -, daß nicht alles, was der Opposition nicht gefällt, gleich als Skandal dargestellt wird. Da haben Sie in den letzten Jahren so überzogen, daß ich fürch-

(C)

te, Sie haben inzwischen ein Messer ohne Knauf und Klinge.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich rate Ihnen - obwohl ich das eigentlich nicht dürfte -: Halten Sie den Stil ein, den es heute hier gegeben hat. Dann sind zwar die Gegensätze nicht weg, aber dann spüren die Menschen vielleicht wieder: Es geht um unser Land Nordrhein-Westfalen, den Beitrag unseres Landes zur Hilfe für die neuen Länder, den Beitrag unseres Landes zur Weltoffenheit und zur Hilfe gegenüber der dritten Welt. Die kommt nämlich sonst und macht die erste Welt kaputt. Wir müssen wissen, daß das passiert, falls wir nicht umdenken, umlernen und umsteuern.

Ich hoffe, daß ich in den letzten Monaten dazu einige neue Einsichten gewonnen habe. Die werden nicht alles leichter machen; aber ich werde sie keinem vorenthalten, und ich will meine Einsichten dann gern an denen der anderen messen, seien sie Gegner, Partner, Wettbewerber; Feinde sollen sie nicht sein. - Ich wünsche Ihnen allen ein gutes Weihnachtsfest.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Beifall bei Abgeordneten von CDU und F.D.P.)

(D)

Präsidentin Friebe: Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten. - Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die **Beratung**.

Wir kommen zur **Abstimmung**. Ich rufe zunächst die Abstimmung über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 1993** auf. Wer dem Gesetzentwurf **entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/4746** zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Keine Enthaltung. Dann darf ich feststellen, daß der Gesetzentwurf damit in dritter Lesung verabschiedet ist.

Ich rufe jetzt das **Haushaltsgesetz 1993** auf und lasse zunächst über den **Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 11/4839** zu § 7 a Abs. 2 des Haushaltsgesetzes abstimmen. Wer diesem **Änderungsantrag der Fraktion der SPD** zustimmen möchte, den

(A) (Präsidentin Friebe)

bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Änderungsantrag der SPD-Fraktion damit angenommen ist.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/4840 abstimmen. Ich darf darauf hinweisen, daß es in diesem Änderungsantrag zu Kapitel 07 060 bei der Erhöhung für die sogenannten De-facto-Flüchtlinge nicht um 60 Millionen, sondern um 45 Millionen DM geht. Ich darf Sie bitten, diese Änderung vorzunehmen. - Dann lasse ich jetzt über diesen Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Gesetzentwurf abstimmen. Wer dem Gesetzentwurf und damit dem Haushaltsplan entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses unter Einbeziehung des soeben angenommenen Änderungsantrags Drucksache 11/4839 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen, daß der Gesetzentwurf damit in dritter Lesung angenommen und verabschiedet ist.

(B)

Ich rufe die Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1992 bis 1996 auf. Entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 11/4754 bitte ich um Kenntnisnahme. Dies stelle ich hiermit fest.

Ich lasse jetzt über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/4799 - Stichwort: 1 000 neue Lehrerstellen - abstimmen. Die Fraktion DIE GRÜNEN hat entsprechend § 52 unserer Geschäftsordnung Einzelabstimmung über die Abschnitte I und II beantragt.

Ich lasse zunächst über den Absatz I des CDU-Antrags abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - CDU und GRÜNE. Wer ist dagegen? - Die Fraktion der SPD. Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist dieser Absatz I abgelehnt.

(C)

Ich rufe jetzt den Absatz II des CDU-Antrags auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - GRÜNE und SPD. Damit ist auch dieser Abschnitt abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Gesamtabstimmung über diesen Änderungsantrag der Fraktion der CDU auf. Wer für diesen Änderungsantrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU in Drucksache 11/4819 auf - Stichwort: Personaldefizit bei der Polizei. Hierzu hat die Fraktion der F.D.P. Einzelabstimmung über die drei Ziffern beantragt.

Ich rufe zunächst die Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU auf. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Enthaltung bei der F.D.P. Damit ist diese Ziffer 1 abgelehnt.

Ich rufe die Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU auf. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist auch die Ziffer 2 abgelehnt.

(D)

Ziffer 3 rufe ich jetzt auf. Wer für die Ziffer 3 des Änderungsantrags der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Damit ist auch die Ziffer 3 abgelehnt.

Ich rufe die Gesamtabstimmung über diesen Entschließungsantrag auf. Wer für diese Entschließung der CDU ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Bei Enthaltung der Fraktion der F.D.P. ist diese Entschließung damit auch abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Mit dieser Abstimmung über den Entschließungsantrag sind die Beratungen über den Haushaltsplan für das Jahr 1993 beendet, und damit ist auch der Tagesordnungspunkt 1 erledigt.